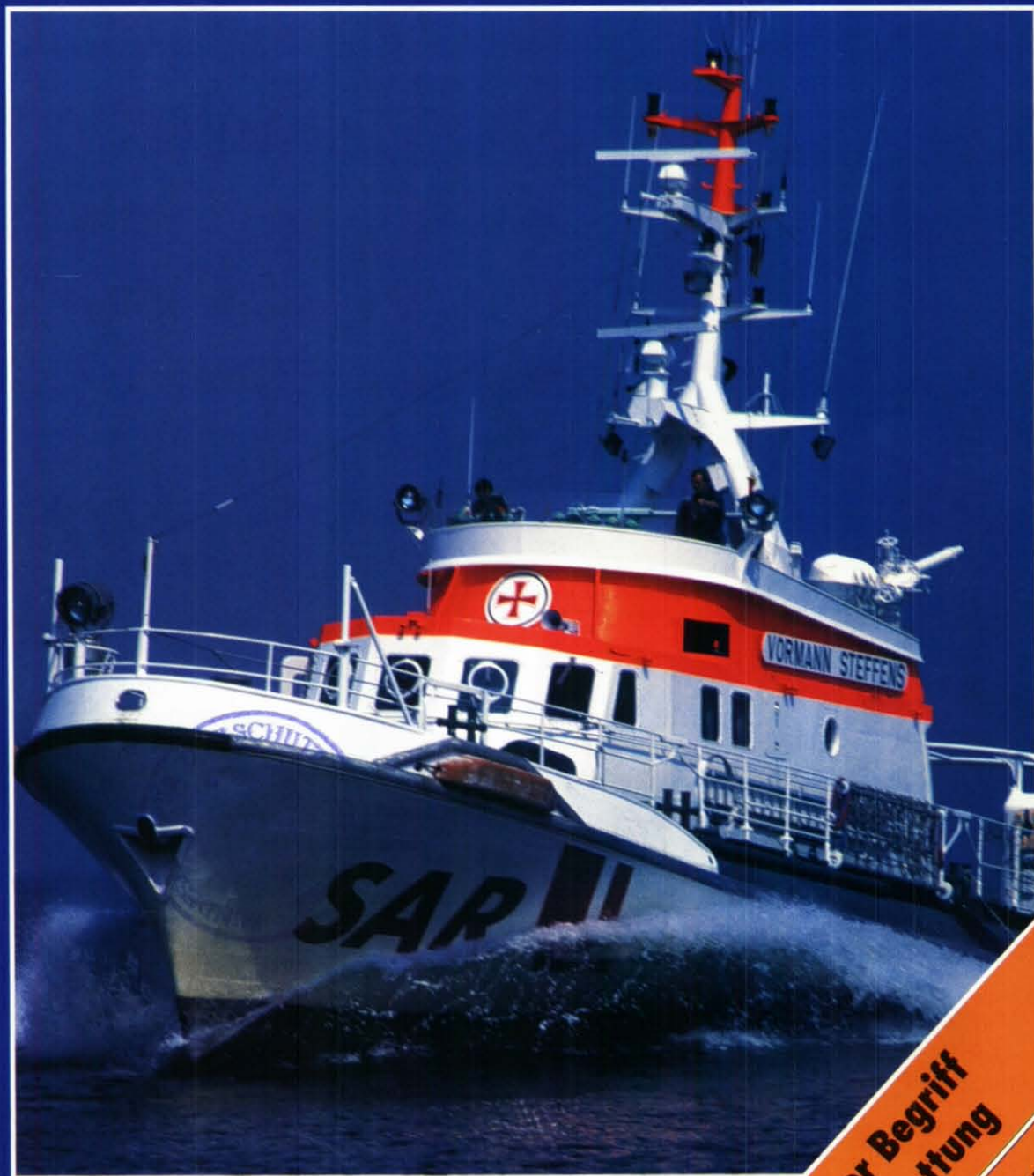


Bevölkerungs- schutz

Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz



Nr. **4** 4. Quartal 1997

**DGzRS - der Begriff
für Seenotrettung
Gesundheitsreform
und Rettungsdienst**



Die „Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“ konstituierte sich, nachzulesen ab Seite 3.



Ab Seite 9 vorgestellt: Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger.



Im Rahmen des Deutschen Jugendfeuerwehrtages in Dresden präsentierte sich die Feuerwehr auf dem Altmarkt im Herzen der Stadt, ab Seite 18 wird über die Veranstaltung berichtet.

Menschen

Personalien aus Zivil- und Katastrophenschutz 2

Politik und Gesellschaft

Neue Konzepte für den Katastrophenschutz

„Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“
konstituierte sich 3

„Brandenburg sagt: Danke!“

Helfer mit Oderflut-Medaille geehrt..... 6

Neue Aufgaben des DRK

Eine Betrachtung aus der Sicht des Berliner Roten Kreuzes..... 7

INHALT

4-97

Aus der Praxis

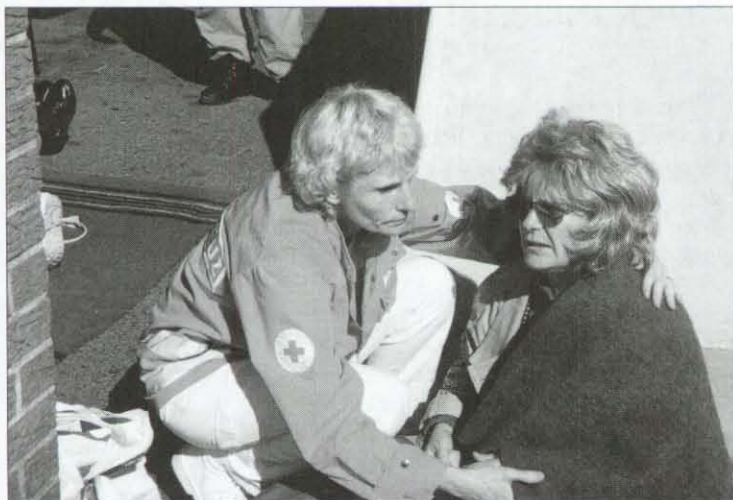
- „SOS ... Kurs Menschen retten!“**
Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 9
- „Horror-Szenario“ im Wilmersdorfer Stadion**
Einsatzübung des Berliner Katastrophenschutzes 16
- Dresden im Zeichen der Jugendfeuerwehr**
16. Deutscher Jugendfeuerwehrtag in der Elbmetropole 18

Technik und Wissenschaft

- Retter müssen auf Airbag achten**
Tips für den richtigen Umgang mit dem Luftsack 20

Aus- und Weiterbildung

- Zehn Stationen fordern Flexibilität**
DRK-Bundeswettbewerb Erste Hilfe 1997 in Hameln 21



Vielfältige Aufgaben gab es für die Teilnehmer am DRK-Bundeswettbewerb Erste Hilfe in Hameln zu lösen, ab Seite 21 geben wir einen Einblick in das Geschehen.

Aus den Organisationen

- Arbeiter-Samariter-Bund** 34
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft** 36
- Deutscher Feuerwehrverband** 38
- Deutsches Rotes Kreuz** 40
- Johanniter-Unfall-Hilfe** 42
- Malteser-Hilfsdienst** 43
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.** 45
- Technisches Hilfswerk** 47

Rubriken

- Stellungnahmen** 48
- Rundblick** 53
- Termine** 54
- Für Sie gelesen** 55
- Zuletzt** U 3

In der Heftmitte befindet sich ein heraustrennbarer Kalender 1998 mit einer Präsentation des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) und der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) sowie dem AkNZ-Jahresprogramm 1998.

Dr. Maske verabschiedet

Nach 31-jähriger Tätigkeit im Bundesamt für Zivilschutz (BZS) wurde Abteilungspräsident Dr. August-Jürgen Maske durch den Präsidenten des BZS, Helmut Schuch, in den Ruhestand verabschiedet. Zahlreiche Gäste sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesamtes hatten sich zur Abschiedsfeier eingefunden. Schuch würdigte die Verdienste Dr. Maskes und stellte dessen beruflichen Werdegang kurz vor.

Nach dem Abitur 1954 in Holzminde absolvierte Dr. Maske eine einjährige praktische Ausbildung beim Oberbergamt Clausthal-Zellerfeld als Voraussetzung für die Zulassung zum Hochschulstudium. Von 1955 bis 1960 studierte er Bergbauwissenschaft an der Universität Göttingen und der TU Berlin. Das Studium schloß Dr. Maske mit der Diplom-Hauptprüfung ab. Es folgte die Zeit als Bergreferendar in Clausthal-Zellerfeld sowie als Wiss. Assistent am Lehrstuhl für Bergrecht der Bergakademie Clausthal. 1965 promovierte er zum Doktor der Naturwissenschaften.

Nach anderthalb Jahren als Wissenschaftlicher Angestellter bei der Wirtschaftsvereinigung Bergbau e. V. in Bad Godesberg trat Dr. Maske 1966 in den Dienst des damaligen Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz (BzB). 1969 übernahm er die Leitung des Referates „Maschinenteknik des Warndienstes“ und wurde 1975 Leiter der Abteilung „Warn- und Alarmdienst“ im Bundesamt für Zivilschutz. 1992 erfolgte die Ernennung zum Abteilungspräsidenten und die zusätzliche Übernahme der Abteilung „Katastrophenschutz“ des Amtes. Nach der Reorganisation des BZS 1995 wurde Dr. Maske mit der Leitung der neu gebildeten Abteilung I betraut.

Dr. Maske brachte seinen Sachverstand in vielen, auch internationalen Gremien ein. So engagierte er sich ab 1973 vier Jahre lang als stellvertretender Vorsitzender im Berufsbildungsausschuß des Bundesverwaltungsamtes. 1975 übernahm er für rund zehn Jahre den Vorsitz des

BZS-Präsident Helmut Schuch (rechts) bei der Verabschiedung von Abteilungspräsident Dr. August-Jürgen Maske.



Unfallverhütungsausschusses im Bundesamt. Von 1988 bis 1993 war Dr. Maske Vorsitzender der Operations Warning Group und danach bis 1996 Vorsitzender der NATO-Group Of Experts On Warning & Detection Systems. Ende 1991 wurde er für einen Monat zum Mitglied der EG-Monitormission in Jugoslawien berufen.

In der langen Zeit der Zugehörigkeit zum Bundesamt habe Dr. Maske die ihm gestellten Aufgaben mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Bravour gemeistert, sagte Präsident Schuch. Der Scheidende

habe sich stets mit Nachdruck für die humanitäre Aufgabe Zivilschutz eingesetzt und in seiner Arbeit Erfüllung gefunden.

Mit Grußworten brachten der Direktor des Technischen Hilfswerks, Gerd Jürgen Henkel, der Vorsitzende des örtlichen Personalrates, Oberregierungsrat Diethard Klitsch, sowie Wiss. Direktor Dr. Heinz Schlesinger für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung I ihren Dank für die langjährige gute Zusammenarbeit zum Ausdruck und wünschten Dr. Maske einen erfüllten Ruhestand.

DRK trauert um Dr. Schlegelberger

Das Deutsche Rote Kreuz trauert um seinen ehemaligen Vizepräsidenten Dr. Hartwig Schlegelberger, der am 6. Oktober im Alter von 84 Jahren gestorben ist. DRK-Präsident Prof. Knut Ipsen würdigte die Verdienste des Verstorbenen: „Mit Hartwig Schlegelberger verliert das Rote Kreuz eine markante und tatkräftige Persönlichkeit, die das Gesicht unserer Organisation in der Nachkriegszeit entscheidend mitgeprägt hat.“

Schlegelberger zählte 1947 zu den Mitbegründern des DRK-Landesverbands Schleswig-Holstein und war von 1979 bis 1991 Vizepräsident des DRK. 1991 übernahm Schlegelberger das Amt des Präsidenten des DRK-Landesverbands Berlin; ein Amt, das er bis 1995 innehatte.

1913 in Berlin geboren, war Schlegelberger von 1963 bis 1971 Innenminister des Landes Schleswig-Holstein und von 1971 bis 1975 Vizepräsident des schleswig-holsteinischen Landtages.

Neue Konzepte für den Katastrophenschutz

„Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“
konstituierte sich – Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger
übernimmt Vorsitz

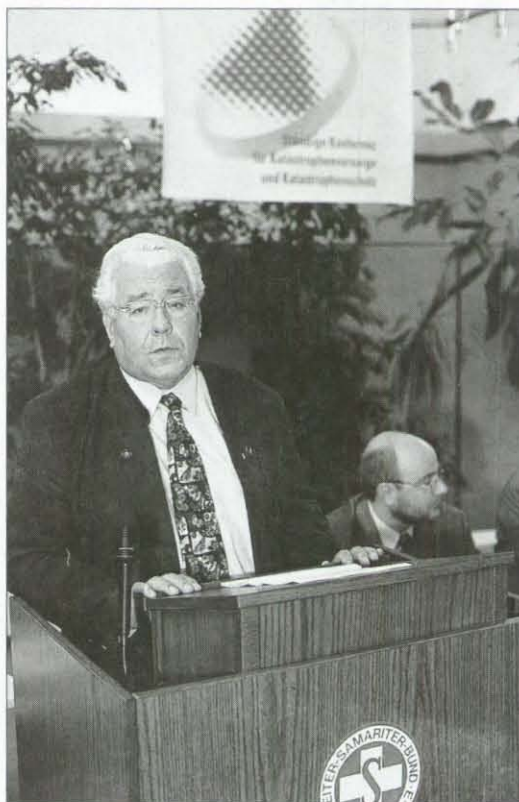
Von Anita Lindlar

Am 29. September 1997 fand die konstituierende Sitzung der „Ständigen Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“ in Köln statt. Dieses neue interdisziplinäre Expertengremium steht unter dem Vorsitz des Kölner Oberbürgermeisters Norbert Burger, der einstimmig gewählt wurde.

Initiiert hatten die „Ständige Konferenz“ die Organisationen Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG), Deutscher Feuerwehrverband (DFV), Deutsches Rotes Kreuz (DRK), Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH), Malteser-Hilfsdienst (MHD) sowie die Helfervereinigung des Technischen Hilfswerks und der Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland (ARKAT).

Die Geschäftsführung wird der ASB-Bundesverband für die nächsten vier Jahre übernehmen. An den Sitzungen – die nächste findet am 9. März 1998 statt – sollen teilnehmen:

Norbert Burger,
Kölner
Oberbürgermeister,
übernimmt
für vier Jahre
den Vorsitz
der „Ständigen
Konferenz“.



- Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland e.V. (ASB)
- Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (ARKAT)
- Deutscher Feuerwehrverband e.V. (DFV)
- Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG)
- Deutsches Rotes Kreuz e.V. (DRK)
- Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. (JUH)
- Malteser Hilfsdienst e.V. (MHD)
- Technisches Hilfswerk (THW) - Helfervereinigung e.V.
- Bundesministerium des Innern (BMI)
- Bundesministerium der Verteidigung (BMVg)
- Bundesminister für Gesundheit (BMG)
- Bundesamt für Zivilschutz (BZS)/Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AknZ)
- Arbeitskreis V der Innenministerkonferenz (AK V Ausschuß KatS)
- Kommunale Spitzenverbände: Deutscher Städtetag/Deutscher Landkreistag/Deutscher Städte- und Gemeindebund
- Deutsches IDNDR-Komitee
- Ständige Konferenz für den Rettungsdienst
- Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin (DGKM)
- Schutzforum
- Versicherungswirtschaft
- Katastrophenforschungsstelle der Universität Kiel
- Bürgergruppen der Notfallvorsorge

Alle am Zivil- und Katastrophenschutz interessierten Verbände, Organisationen und staatlichen Einrichtungen seien eingeladen, an dieser „Ständigen Konferenz“ mitzuwirken, versicherte Wilhelm Müller,



Blick in die Expertenrunde.

Bundesgeschäftsführer des ASB, in seiner Eröffnungsrede.

Viele waren dieser Einladung bereits gefolgt, so z. B. die Vertreter aller Hilfsorganisationen, der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Helmut Schuch, Dr. Olaf von Brevem und Hansjürgen Kuck von den Innenministerien Mecklenburg-Vorpommern und Nordrhein-Westfalen, Dr. Paul Wilhelm Kolb vom Schutzforum, oder Peter Limbach und Hermann Ahrens vom Bundesministerium des Innern, um nur einige zu nennen.

Ziel der Konferenz ist es, als integratives Gremium eine interdisziplinäre Zusammenarbeit aller am Katastrophen- und Zivilschutz Beteiligten sicherzustellen, um auf dieser Basis allgemeingültige und möglichst bundesweite Empfehlungen zur Optimierung der Versorgung zu gewährleisten. Dies alles soll vor dem Hintergrund von Qualitätskontrolle, Qualitätssicherung und Kostendämpfung einerseits und den sachlichen Erfordernissen und Rahmenbedingungen andererseits stattfinden.

Der Grund, ein solches Ziel anzustreben, ist der moralisch-ethische sowie der gesetzlich verankerte Anspruch jedes Bürgers der Bundesrepublik Deutschland auf eine möglichst optimale Hilfeleistung im Notfall.

Der Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger erinnerte in seinem Grundsatzreferat an die Katastrophenanfälligkeit von hochkomplexen Industriegesellschaften wie die Bundesrepublik Deutschland. Eine Studie des Deutschen IDNDR-Komi-

tees sowie der „Gefahrenbericht der Schutzkommission beim Bundesminister des Innern“ machten deutlich, wie komplex das zivile Gefahrenpotential in Mitteleuropa und insbesondere in Deutschland sei. Dies liege in der hohen Dichte an technischen, chemischen und sonstigen industriellen Einrichtungen begründet.

Doch nicht nur das Potential sei vorhanden, auch an realen Katastrophen bzw. katastrophenhähnlichen Ereignissen mangle es, so Burger, in unserem Lande nicht. Die „Münchener Rück-Versicherung“ spreche von 30 Naturkatastrophen pro Jahr durch Überschwemmungen, Stürme, Unwetter, Hagelschlag, Erdbeben, Schneedruck usw. und nenne Schadenssummen in zweistelligen Milliardenbereichen.

Die dritte „Katastrophensparte“ faßte OB Burger mit Technikkatastrophen und den möglichen Gefahren aus Waffenpotentialen zusammen. Vor solchen Szenarien sei es mehr als zweifelhaft, ob die bisher vorliegenden Konzepte zur Bewältigung von Katastrophen noch den heutigen Anforderungen entsprechen.

Vielmehr bestehe die Gefahr, so Burger, einer völligen Zergliederung des Katastrophenschutzes in den 16 Bundesländern. Auf Bundesebene gebe es keine Koordinierungsorgane für den Ernstfall. Dies könne beim grenzüberschreitenden Einsatz sowohl zwischen Bundesländern als auch mit den Nachbarstaaten zu Abstimmungsproblemen führen, die eine effektive Gefahrenabwehr nachhaltig schwächen würden.

OB Burger schloß sein Referat mit der Feststellung, die „Ständige Konferenz für Katastrophenvorsorge und Katastrophenschutz“ böte eine gute Chance, die Gräben zwischen Bund, Ländern, Kommunen, Organisationen und Bürgern zumindest ansatzweise zu schließen und darüber hinaus die wohl immer noch vorhandenen Synergiepotentiale zu erschließen und nutzbar zu machen.

Dr. Heinrich Klingshirn, Bayerisches Staatsministerium des Innern, überbrachte der „Ständigen Konferenz“ und ihrem neuen Vorsitzenden die Erfolgswünsche des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz, verbunden mit einem Dialogangebot. Der AK V wolle mit dem neuen Gremium eine offene, vertrauensvolle Zusammenarbeit pflegen.

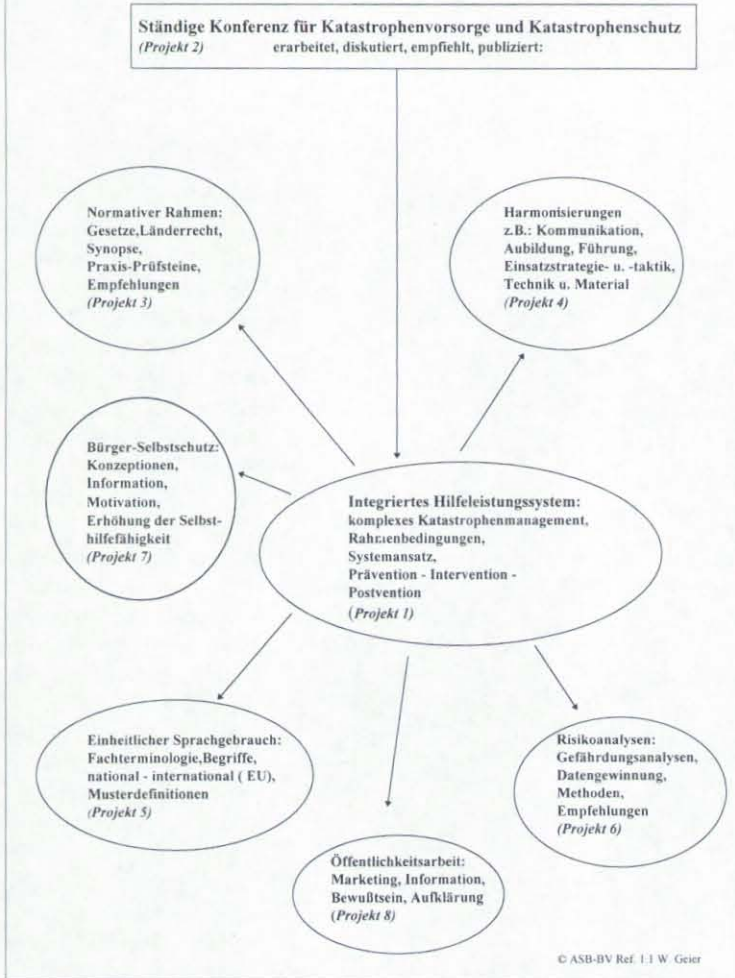
In einer Diskussionsrunde begrüßte Dr. Reinhold Schultze von der Deutschen Gesellschaft für Katastrophenschutz die Beendigung der Sprachlosigkeit, die durch die Gründung der „Ständigen Konferenz“ eintrete. Die Konferenz müsse eine „Denkfabrik“ werden, die auch bisher tabuisierte Themen aufgreife.

Wolfram Geier vom ASB-Bundesverband berichtete nachfolgend von einer Klausurtagung der Katastrophenschutzorganisationen in Hürth. Er hob dabei hervor, daß es ein wichtiger Punkt sei, die „Vorsorgeidee“ bei den sonst nur auf Reaktion programmierten Organisationen zu verankern.



Dr. Heinrich Klingshirn überbringt die Erfolgswünsche des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz.

PROJEKTPROGRAMM KATASTROPHENVORSORGE / KATASTROPHENSCHUTZ IM RAHMEN DER „STÄNDIGEN KONFERENZ“:



Anschließend wurden die Ergebnisberichte aus den Arbeitsgruppenprojekten (Zwischen- und/oder Endberichte) von den jeweiligen Projektleitern vorgetragen.

Projekt 1, vorgestellt von Klaus-Dieter Kühn (ARKAT), will unter anderem mit dazu beitragen, ein „Schutzsystem der Zukunft“ zu formen und strebt an, z. B. Personalstrukturen, Logistik, Ausbildung und Kommunikation integrativ zu ändern.

Die größte Katastrophe sei das Wort „Katastrophe“ selbst, stellte Benedikt Liefänder (MHD) fest. Angefangen von den einzelnen Ländergesetzen bis hinein in alle Lebensbereiche werde das Wort anders definiert und verstanden. Auch das Wort „Großschadensereignis“ bringe keine Besserung. Hier und in vielen anderen Dingen

mehr Klarheit zu schaffen, sei ein Ziel des Projekts 3.

Das große Sprachwirrwarr im nationalen und internationalen Bereich müsse abgebaut werden in Gesetzen, Vorschriften, Einsatzplänen, Anweisungen. Das Projekt 5, erläutert von Dieter Stoffels (DLRG), strebt die Vereinheitlichung von Begriffen an und will Musterdefinitionen erstellen.

Das Projekt 6, kurz skizziert von Dr. Wolf R. Dombrowsky (Universität Kiel), befaßt sich z. B. mit der Gefahrenanalyse, hinterfragt die Datenerhebung (wer? wie? für wen? warum?) und -gewinnung. Dr. Dombrowsky hob weiter hervor, daß die Medien ein hohes Informationsdefizit zum Thema „Bürgerselbstschutz“ hätten.

Wolfram Geier (ASB) faßte die noch verbliebenen Projekte 4, 7 und 8 in Kurzform zusammen. Diese acht Projekte sollen die Grundlage der künftigen Arbeit der „Ständigen Konferenz“ bilden.

Am Nachmittag folgte dann ein vom Vorsitzenden Burger angeregter Blick über die Grenzen hinweg: Urs Hösli vom Schweizer Bundesamt für Zivilschutz in Bern, gab in seinem Fachvortrag Einblicke in den Zivil- und Katastrophenschutz seines Landes. Ganz konkret stellte er das Zusammenwirken der Hilfskräfte, der Planungen und Maßnahmen am Beispiel der jüngsten Überschwemmungskatastrophe in Sachseln/Kanton Obwalden dar.

Vertreter des Zivilschutzes aus anderen Nachbarländern sollen auch bei künftigen Sitzungen der „Ständigen Konferenz“ über die Aktivitäten ihres Landes berichten und auch die Gelegenheit nutzen, durch Fragen an unser System der Gefahrenabwehr in einen konstruktiven Dialog zu treten. „Voneinander lernen in einem zusammenwachsenden Europa“, so ermunterte der Vorsitzende Norbert Burger die Teilnehmer.



Urs Hösli (BZS-Schweiz in Bern) erläutert Einsatzabläufe im Katastrophenfall.

Zum Abschluß der Veranstaltung faßte Burger das Ziel der „Ständigen Konferenz“ zusammen: „Es geht um einen echten Neuanfang für den Katastrophenschutz in diesem Land, der nur dann gewährleistet ist, wenn alle damit befaßten Institutionen zur Kooperation bereit sind.“

„Brandenburg sagt: Danke!“

Ministerpräsident Stolpe ehrte Helfer mit Oderflut-Medaille

Von Gerd Pätzold

Am 20. September 1997 hat sich das Land Brandenburg in Frankfurt (Oder) bei den Helferinnen und Helfern für den Kampf gegen das Hochwasser der Oder und bei den zahlreichen Spendern aus ganz Deutschland bedankt.

Im Rahmen eines Festaktes unter dem Motto „Brandenburg sagt: Danke!“ überreichte Ministerpräsident Manfred Stolpe in Anwesenheit von Bundespräsident Roman Herzog und Verteidigungsminister Volker Rühle die ersten Oderflut-Medaillen stellvertretend für die insgesamt 50.000 Hilfskräfte an 18 Helferinnen und Helfer.

3.500 Angehörige des Technischen Hilfswerks, der Feuerwehr und der Hilfsorganisationen Arbeiter-Samarter-Bund, Deutsches Rotes Kreuz, Malteser-Hilfsdienst, Johanniter-Unfall-Hilfe und Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft sowie von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei waren aus ganz Deutschland zu dem Festakt vor dem Frankfurter Rathaus gekommen.



Der Regierungschef bezeichnete den Kampf gegen das Hochwasser als einen Akt nationaler Solidarität. In Erinnerung seien Bilder von Menschen geblieben, die sich bis zur Erschöpfung und unter Einsatz ihres Lebens der Bedrohung widersetzt hätten. Wenn es darauf ankomme, würden die Deutschen zusammen-

stehen, stellte Stolpe unter dem Beifall der Teilnehmer fest.

Bundespräsident Herzog erinnerte in seiner Rede daran, daß die Flut die Nachbarn in Polen und der Tschechischen Republik noch schlimmer als die Brandenburger getroffen habe. Er rief angesichts des riesigen Ausmaßes der Schäden und der verzweifelten Lage vieler Opfer in den Nachbarländern dazu auf, die deutsche Hilfe fortzusetzen. Zugleich müsse gemeinsam über einen wirksamen Hochwasserschutz nachgedacht werden; eine noch intensivere Zusammenarbeit der Oder-Anrainer sei erforderlich: „Die Flut macht

an der Staatsgrenze nicht halt – Umwelt- und Naturschutz, Hochwasservorsorge und Katastrophenschutz dürfen es auch nicht tun.“

Verteidigungsminister Volker Rühle dankte für das Vertrauen in die Bundeswehr: „Die Streitkräfte haben gezeigt: Die Bundeswehr ist da, wenn sie gebraucht wird.“

Zum Festakt kann Ministerpräsident Manfred Stolpe (rechts) prominente Gäste begrüßen (v. rechts): Bundespräsident Roman Herzog, der brandenburgische Landtagspräsident Dr. Herbert Knoblich, Bundesverteidigungsminister Volker Rühle, Staatssekretär Prof. Dr. Kurt Schelter (Bundesinnenministerium) und Berlins Innensenator Jörg Schönbohm.



Neue Aufgaben des DRK

Von Präsident Dr. Klaus Schütz, Landesverband Berliner Rotes Kreuz e.V.

Das gemeinsam von Berliner Polizei und Feuerwehr veranstaltete 7. Katastrophenschutzseminar am 4. September 1997 bot den Rahmen für eine Reihe von Referaten zu Themen des Katastrophenschutzes. Aus der Sicht des Berliner Roten Kreuzes zeigte deren Präsident Dr. Klaus Schütz die neuen Aufgaben des DRK auf. Seine Ausführungen werden hier im Wortlaut wiedergegeben.

Die Mitwirkung beim Schutz der Zivilbevölkerung ist von jeher eine satzungsgemäße Aufgabe auch des Berliner Roten Kreuzes. Sie beschränkt sich nicht nur auf den Teil, der durch das materielle und formelle Recht des Bundes und des Landes Berlin beschrieben wird. Sondern sie umfaßt darüber hinaus auch andere Aufgabenbereiche und Wertigkeiten. Katastrophenschutz ist nach unserer Auffassung eine Aufgabe und nicht etwa eine Institution des Staates. Unsere Mitwirkung an dieser Aufgabe setzt also voraus, daß die Eigenständigkeit des Deutschen Roten Kreuzes gewahrt bleibt. Und dies gilt sowohl im Zivil- und Katastrophenschutz als auch im Zuge der Rechtsgrundlagen. Da, wo sie weiter entwickelt werden und auch da, wo sie neu geschaffen werden.

Vor dem Hintergrund der Veränderungen der sicherheitspolitischen Situation der Bundesrepublik Deutschland hat der Zivil- und Katastrophenschutz eine veränderte, jedoch nicht eine geringere, Bedeutung erlangt.

Der Begriff Katastrophenschutz kann heute nicht mehr ausschließlich als Hilfeleistung bei großen Schreckensszenarien definiert werden. Er umfaßt vielmehr die notwendigen, ergänzenden Hilfeleistungen bei all den Schadenereignissen, die mit dem vorhandenen System zur Abwehr von sogenannten Alltagsgefahren nicht mehr in erforderlicher Weise geleistet werden können.

Daraus resultieren Anforderungen, die sich in erster Linie aus Schadenereignissen ergeben, wie sie in einer modernen Industriegesellschaft möglich sind. Um genau diesen Anforderungen gerecht werden zu können, ist ein Hilfeleistungssystem zu entwickeln, mit dem flexi-

bel und zeitnah bei Schadenereignissen jeder Größenordnung den Betroffenen gezielt und wirksam geholfen werden wird.

Dieses System muß auf die bereits bestehenden Strukturen des Rettungsdienstes und der Feuerwehr abgestimmt sein und es muß multifunktional gestaltet werden. Und dies vor allem im Hinblick auf die Durchführung von Aufgaben der Fachdienste Sanitäts- und Betreuungsdienst in lagebedingtem Wechsel.

Darüber hinaus kommt den Schnelleinsatzgruppen als Schnittstelle zwischen der von den zuständigen Behörden wahrzunehmenden Abwehr von Alltagsgefahren und dem Einsatz von Einheiten des Katastrophenschutzes besondere Bedeutung zu. Das Berliner Rote Kreuz hat solche Schnelleinsatzgruppen im Bereich des Sanitätsdienstes bereits seit Jahren aufgestellt und vorgehalten.

Wir sind als erste und meines Wissens einzige Hilfsorganisation im Land Berlin dabei, solche Schnelleinsatzgruppen auch für den Bereich des Betreuungsdienstes aufzustellen.

Das Deutsche Rote Kreuz hat bereits im Jahre 1992 beschlossen, multifunktionale Einsatzeinheiten aufzustellen. Dazu ist einmal die „Vorschrift über die Tätigkeit des Deutschen Roten Kreuzes bei Katastrophen und anderen Notständen sowie über seine Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz (Katastrophenschutzvorschrift des DRK)“ zu beachten und ein neu erstellter Stärke- und Ausstattungsnachweis aufzustellen.

Damit verfügen wir flächendeckend über ein Hilfeleistungssystem, mit dem wir auch unsere

Verpflichtungen erfüllen, die das Rote Kreuz durch die Anerkennung der Bundesregierung als die nationale Hilfsgesellschaft der Bundesrepublik Deutschland und die Anerkennung als nationale Rotkreuzgesellschaft durch das Internationale Komitee vom Roten Kreuz übernommen hat.

Auch im Blick auf die Rolle der Stadt Berlin als deutsche Hauptstadt wird sich das Berliner Rote Kreuz darüber hinaus dafür einsetzen, daß es an Maßnahmen der Prävention, die beschrieben, zugeordnet, durchgeführt und überwacht werden müssen, beteiligt sein wird. Dazu gehören alle Maßnahmen der präventiven Katastrophenverhütung in den Bereichen, die im Falle von Schadenereignissen den Einsatz des Sanitäts- und des Betreuungsdienstes bedingen. Wir sehen für uns nicht mehr allein den Auftrag, im Falle eingetretener Schäden zu reagieren, sondern auch im Vorfeld zu agieren.

Zu den präventiven Maßnahmen gehört auch der von den Hilfsorganisationen geleistete vorbeugende Sanitätsdienst bei Großveranstaltungen. Dieser Dienst läßt bisher jedoch manches zu wünschen übrig im Hinblick auf die rechtliche Verpflichtung der Veranstalter, entsprechende und, im Ergebnis einer durchgeführten Gefahrenanalyse, ausreichende Vorsorge durch die Beauftragung der Hilfsorganisationen zu treffen. Einschlägige Richtlinien hierfür müssen geschaffen und für die Veranstalter verpflichtend in materielles und formelles Recht eingearbeitet werden.

Aufgrund der besonderen völkerrechtlichen Stellung des Roten Kreuzes und der damit verbundenen Neutralität steht das Berliner Rote

Kreuz auch bei der Bewältigung von besonderen Schadenlagen zur Verfügung, die der Vermittlung zwischen beteiligten Parteien bedürfen. Ich meine hier beispielsweise Schadenlagen im Flüchtlings- und Asylbewerberbereich, im Zusammenhang mit sogenannten ethnischen Minderheiten oder bei Geiselnahmen. Es ist aus unserer Sicht dringend erforderlich, das Berliner Rote Kreuz in entsprechende Einsatzpläne fest einzubinden. Das kann und wird helfen, Konflikte zu vermeiden oder zumindest einzugrenzen.

Weiterhin kommen den Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege bei großen Schadenfällen umfangreiche und wichtige Aufgaben zu. Das sind Aufgaben, die in ihrer Art und in ihrem Umfang bisher noch nicht beschrieben sind. Die Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege sind bisher auf derartige Belastungen nicht vorbereitet und eingestellt. Es ist daher eine strukturierte Planung für die Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege zu schaffen. Natürlich ohne deren Gefüge und die sensiblen Beziehungen zu den zu Betreuenden in Zeiten, in denen ein entsprechender Einsatz nicht erfolgt, ernsthaft zu tangieren. Eine enge Zusammenarbeit zwischen den Trägerorganisationen und der Sozialverwaltung des Landes Berlin ist hierbei erforderlich.

Der Einsatz von Schnelleinsatzgruppen kann und sollte wesentlich früher erfolgen als es bisher geschah. Um die Zeitspanne zwischen deren Alarmierung und ihrem Eintreffen an der Schadenstelle möglichst gering zu halten, scheint mir eine frühzeitige Lageinformation an die Vertreter der Trägerorganisationen sinnvoll.

Übrigens auch bei Schadenereignissen, die den Einsatz der Schnelleinsatzgruppen noch nicht erforderlich machen, bei denen ein solcher Einsatz aber aufgrund einer ungünstigen Lage oder deren Entwicklung nicht ausgeschlossen werden kann. Es sollte ernsthaft geprüft werden, die Weitergabe solcher Lageinformationen an die Hilfsorganisationen in die Ausrückordnung der Berliner Feuerwehr einzusetzen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen über die Ehrenamtlichkeit unserer Arbeit. Ihr kommt bei der Bewältigung von großen und besonderen Schadenlagen hohe Bedeutung zu.

Ehrenamtliche Helfer in allen Bereichen zu gewinnen ist deshalb nicht nur Aufgabe der Hilfsorganisationen, sondern auch der Landesregierung. Allein die Durchführung von Helfertagen und die Freistellung von Helfern reichen hierzu nicht aus. Vielmehr sind die Motivationseinbußen bei Führungskräften und Helfern zu untersuchen.

Ihre Ursachen liegen etwa in einem Wandel in der Einstellung der Helfer zu den gesellschaftlichen Grundwerten, in der mangelnden Attraktivität der Aufgaben und in der fehlenden Durchlässigkeit der Strukturen zur Mitwirkung einzelner. Hier ist eine Analyse notwendig. Ihr müssen aber auch Taten folgen. Und das heißt: Wir müssen auch bereit sein, die geeigneten Maßnahmen zu ergreifen. Übrigens: Programme zur Gewinnung Ehrenamtlicher in anderen Bundesländern können hierfür Beispiel geben.

Die Ausbildung der ehrenamtlichen Helfer ist durch die Organisationen zu gestalten. Sie sollte neben den erforderlichen Fachdienstausbildungen, zumindest für Führungskräfte, auch Elemente aus dem Bereich des modernen Managements enthalten, insbesondere im Hinblick auf die Gewinnung und Führung von Helfern.

Dabei sollte erkannt werden, daß eine Ausbildung und Tätigkeit im Ehrenamt, die sich auch im privaten Bereich des Helfers anwenden läßt, eine höhere Akzeptanz erlangt. Sie kann zugleich einen nicht zu unterschätzenden Motivationsschub schaffen.

Auch das Helferrecht ist zu überprüfen und wohl auch zu überarbeiten. Es muß die soziale Sicherung und die Erstattung von Auslagen für die Helfer gleichberechtigt regeln, unabhängig davon welcher Organisation diese angehören. Der aktuellen Arbeitsmarktsituation ist hier besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Gestatten Sie mir noch einen Hinweis - allerdings einen Hinweis von zentraler Bedeutung: Der hohe Eigenanteil, den die Hilfsorganisationen in der Finanzierung ihrer Mitwirkung im Zivil- und Katastrophenschutz leisten, kann nicht dauerhaft geleistet werden. Vielmehr ist ein neues Finanzierungsmodell für die durch die Hilfsorganisationen wahrgenommenen staatlichen Aufgaben zu entwickeln.

Er darf nicht nur einseitig die Haushaltslage des Bundes und des Landes Berlin berücksichtigen, er muß auch orientiert sein an den Problemen und Möglichkeiten der die Aufgaben wahrnehmenden Hilfsorganisationen.

Die neuen Aufgaben, die ich Ihnen hier, ohne den Anspruch auf erschöpfende Behandlung, beschrieben habe, bitte ich als gemeinsame Anstrengungen zu verstehen. Unser Ziel ist es, die Situation notleidender Menschen zu verbessern. Keinesfalls soll die Abgrenzung der Aufgaben der zuständigen Behörden von jenen der Hilfsorganisationen aufgehoben werden. Und keinesfalls darf eine schädliche Konkurrenz in der Aufgabenwahrnehmung geschaffen werden.

Allerdings muß erkannt werden, daß eine flexiblere Abgrenzung oder gar eine Überlappung der Aufgabefelder in einzelnen Bereichen durchaus Vorteile für das gemeinsame Ziel haben kann.

Kinder brauchen Freiräume...



...und im Notfall Ihre Hilfe

Dir
zu
liebe
**ERSTE
HILFE**
Mir
zu
liebe
Rotes Kreuz

Das Rote Kreuz dankt für den kostenlosen Abdruck

„SOS ... Kurs Menschen retten!“

Das Motto der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat seit über 100 Jahren Geltung

Von Paul Claes

6. September 1997, die Presse bringt eine Kurzmeldung: „Vogelwart entdeckte Schiffbrüchige – Der Aufmerksamkeit eines Helgoländer Vogelwartes verdanken eine 29-jährige Frau und zwei 19 und 39 Jahre alte Männer ihr Leben. Mit ihrer Segelyacht waren die drei Personen am Abend sechs Seemeilen nördlich der Insel bei Schauerböen der Stärke 7 gekentert. Die Besatzung rettete sich auf das kieloben treibende Boot und verharrte dort die ganze Nacht. Durch sein starkes Fernglas bemerkte der Vogelwart in den frühen Morgenstunden die winkenden Menschen, die daraufhin unterkühlt, doch ansonsten unverstört, gerettet werden konnten.“

Naja, ist ja nochmal gutgegangen, wird man denken – und zur nächsten Meldung übergehen. Die allerwenigsten Leser werden sich gefragt haben, wie die Rettungsaktion denn abgelaufen sein könnte. Wer hat die Menschen aus ihrer Lage befreit? Wie wurden sie anschließend versorgt? Wer hat sich um das gekenterte Boot gekümmert?

Fünf Buchstaben bei Seenot

Fragen, die im Binnenland meist nur ein Achselzucken hervorrufen. Anders dagegen die Reaktion der Menschen an der Küste, denen beim Stichwort „Seenot“ sofort fünf Buchstaben einfallen: „DGzRS“ oder weniger prägnant: „Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“. Hätte der Vogelschützer von seinem Turm aus einen Waldbrand bemerkt, die Feuerwehr wäre schnell alarmiert gewesen. Bei der Beobachtung, daß sich ein Mensch verletzt hat, hätte er den Rettungsdienst gerufen. Aber wenn Menschen auf hoher See Hilfe brauchen, dann wendet man sich eben an die DGzRS und setzt damit eine Rettungsaktion in Gang.

Das traditionelle Hansekreuz, rot auf weißem Grund, ist die offizielle Dienstflagge der DGzRS.



Der Vogelschützer meldet also seine Beobachtung dem im Inselhafen stationierten Seenotkreuzer „Wilhelm Kaisen“, der daraufhin sofort ausläuft. Der Kreuzer gibt die Meldung unverzüglich an die Seenotleitung Bremen der DGzRS weiter. Von dort wird die Bundeswehr-Leitstelle in Glücksburg alarmiert, die einen Hubschrauber entsendet.

In kürzester Zeit werden die Frau und ihr jüngerer Bruder von den fliegenden Rettern aus ihrer Lage befreit und in das Inselkrankenhaus geflogen. Das Tochterboot des Seenotkreuzers nimmt den zweiten Mann auf, der im Bordhospital versorgt und dann ebenfalls in ärztliche Behandlung weitergeleitet wird. Die von der Seenotleitung informierte Wasser- und Schifffahrtsbehörde schließlich setzt das Mehrzweckschiff „Scharhörn“ zur Bergung der havarierten Segelyacht ein.

Bisher über 50.000 Menschen gerettet

Soweit einer der mehr als 2.000 Einsätze, die die Männer der DGzRS jährlich übernehmen und bei denen sie mehrere hundert Menschen aus Seenot retten oder aus lebensbedrohender Gefahr befreien. Seit der Gründung der Gesellschaft im Jahre 1865 verdanken über 50.000 Menschen ihre Rettung dem Eingreifen der Seenotretter. Beeindruckende Zahlen, hinter denen nicht nur Mut

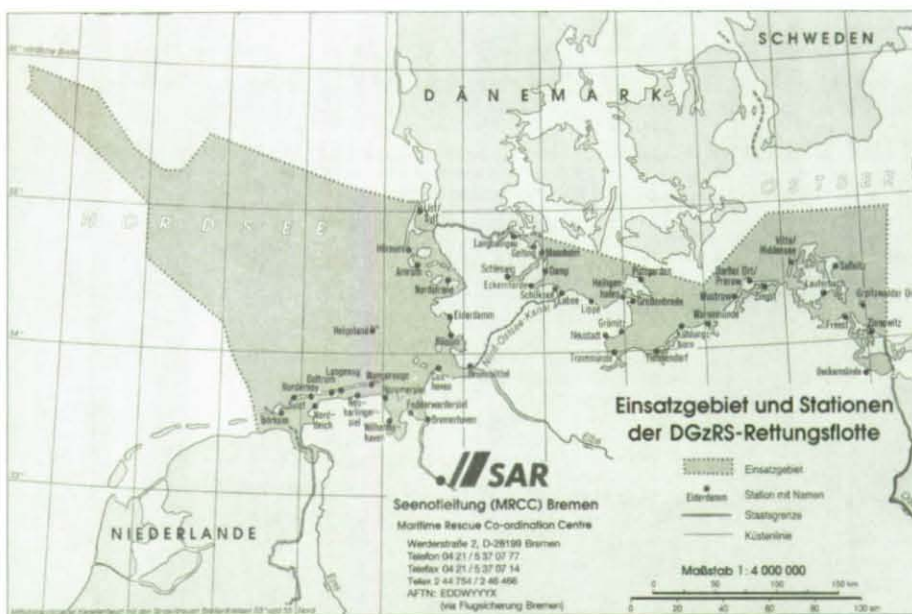
und Können der Seenotretter und die entsprechende Technik, sondern auch eine leistungsfähige Organisation stehen müssen.

Und die Organisation DGzRS kann sich wahrlich sehen lassen. Hier die Fakten: Rund 180 hauptamtliche und über 600 ehrenamtliche Rettungsmänner stehen rund um die Uhr bereit, bei jeder Witterung hinauszufahren, wenn Menschen auf See in Not sind. Zwischen Borkum im Westen und der Pommerschen Bucht im Osten unterhält das Rettungswerk auf 53 Stationen, von denen 21 hauptamtlich besetzt sind, 56 leistungsstarke Seenotkreuzer und Seenotrettungsboote. Während die Hauptamtlichen die Seenotkreuzer ständig besetzt halten, werden die Freiwilligen per Funkmeldeempfänger zu den Seenotrettungsbooten gerufen.

Das Einsatzgebiet der Seenotretter erstreckt sich über 15.000 Quadratseemeilen mit rund 600 Seemeilen Küstenlinie (1 sm = 1,852 km). Neben Such- und Rettungsaktionen führen die Einheiten der DGzRS ständige Kontrollfahrten auf Nord- und Ostsee durch und legen so jährlich rund 65.000 Seemeilen zurück.

Unveränderte Grundsätze seit 1865

Die DGzRS ist eine privatrechtliche Vereinigung, der bereits im



Das Einsatzgebiet der DGzRS reicht von Borkum im Westen bis zur Pommerschen Bucht im Osten.

Jahre 1872 durch den Senat der Freien Hansestadt Bremen die Rechte einer „juristischen Person“ verliehen wurden. Nach heutigem Recht ist dies vergleichbar mit dem Status eines „eingetragenen Vereins“.

Ein ehrenamtlicher Gesellschaftsausschuß wählt den Vorstand: den Vorsitzenden und seinen Vertreter, die ebenfalls ehrenamtlich tätig sind. Die Schirmherrschaft über die DGzRS übernimmt traditionell der Bundespräsident, heute also heißt der Schirmherr Roman Herzog.

Auf regionaler Ebene hat die Gesellschaft Bezirksvereine oder Ortsvertretungen, daneben gibt es im Bundesgebiet elf hauptamtlich besetzte Geschäftsstellen.

Seit ihrer Gründung führt die DGzRS den maritimen Such- und Rettungsdienst eigenverantwortlich und unabhängig durch. In der Satzung ist festgelegt: „Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit Sitz in Bremen gibt sich die Aufgabe, das Rettungswerk an den deutschen Küsten der Nord- und Ostsee durchzuführen und zu fördern sowie den Gedanken selbstlosen Einsatzes zur Rettung von Menschenleben aus Seenot und gefährlichen Situationen im nationalen und internationalen Bereich zu pflegen und zu fördern.“

Freiwillige Zuwendungen sichern den Betrieb

Mit Stolz und Selbstbewußtsein verweist die DGzRS darauf, daß zur Erfüllung ihrer Aufgaben keine

staatlichen Zuschüsse beansprucht werden. Denn die Rettung von Menschen aus Seenot – die grundsätzlich kostenfrei erfolgt – sollte nicht den Charakter einer aus anonymem Steueraufkommen finanzierten behördlichen Dienstleistung haben, sondern vom Gemeinschaftssinn und von der persönlichen Anteilnahme der Mitbürger getragen werden. Die Leistungen und Erfolge im deutschen Seenotrettungsdienst waren und sind daher nur durch die finanzielle und ideelle Unterstützung von seiten der Bevölkerung möglich.

Die Einnahmen der Gesellschaft aus Mitgliedsbeiträgen der rund 200.000 Freunde des Rettungswerks, aus Spenden, Sammlungen und – nicht zu vergessen – aus dem Erlös der bekannten Sammelschiffchen beliefen sich im Jahre 1996 auf rund 28 Millionen DM.

Staatliche Anerkennung

Schon 1964 hat die Bundesregierung die DGzRS als Hilfsgesellschaft im Sinne der Genfer Abkommen anerkannt. 1965 erfolgte eine Erklärung des Bundesministers für Verkehr, in der es heißt, daß die Bundesregierung die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger „als umfassende Organisation des Such- und Rettungsdienstes anerkennt“.

1985 trat das internationale Übereinkommen von 1979 über Suche und Rettung (SAR: Search and Rescue) auf See in Kraft, das von der Bundesrepublik Deutschland 1982

ratifiziert wurde. Die damit verbundenen Verpflichtungen übertrug die Regierung der DGzRS.

In einer Verwaltungsvereinbarung zwischen den Bundesministerien für Verkehr und der Verteidigung über die Zusammenarbeit beim Such- und Rettungsdienst in Seenotfällen wurde sichergestellt, daß der militärische SAR-Dienst die DGzRS im Bedarfsfall durch Luftfahrzeuge unterstützt. Umgekehrt – bei Luftnotfällen auf See – stellt das Rettungswerk seine Fahrzeuge dem militärischen SAR-Dienst zur Verfügung.

Die Zentrale in Bremen

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ machte sich ein Bild vor Ort und stattete der DGzRS einen Besuch ab: Werderstraße 2, 28199 Bremen – hier im Herzen der Hansestadt, direkt am Ufer der Weser, liegt die Zentrale der Seenotretter. Vor der mächtigen Kulisse des historischen Wasserturms sind im „Hermann-Helms-Haus“ Hauptverwaltung, Seenotleitung, SAR-Schule und die eigene Reparaturwerft zu finden. Man merkt dem Haus das Wachsen der Gesellschaft an: Die ursprüngliche „Keimzelle“ der DGzRS verschwindet mittlerweile fast zwischen neuerrichteten Anbauten.

Schon beim Eintritt machen Schiffsboden-Dielen und Türverglasungen in Bullaugenform den maritimen Bezug des Hauses deutlich. Wenige Schritte sind es bis zu der Schaltzentrale, wo alle Fäden zu-

sammenlaufen. Die Seenotleitung Bremen, im internationalen Sprachgebrauch als MRCC Bremen (Maritime Rescue Co-ordination Centre) bezeichnet, ist rund um die Uhr mit erfahrenen Wachleitern besetzt.

Insgesamt stehen in diesem Bereich zwölf Mitarbeiter zur Verfügung, die sich im Schichtdienst ablösen. Hierbei handelt es sich ausschließlich um entsprechend qualifiziertes Personal mit nautischen und/oder funktechnischen Patenten. Daß die Männer aus der Praxis kommen und teils jahrelange Erfahrung auf Seenotkreuzern haben, erleichtert die Arbeit ungemein.

Modernste Technik

Der Raum der Seenotleitung strahlt Ruhe aus, kein Straßen Geräusch dringt herein, der Teppichboden dämpft die Geräusche im Innern. Man merkt, daß hier Konzentration gefordert ist. Die beiden anwesenden Wachleiter halten Kontakt zu DGzRS-Booten draußen auf See. Die Leitplätze verfügen neben EDV über modernste Kommunikationsmittel von Telefon über Funk bis Telefax.

„Im Moment ist Routinebetrieb“, erläutert Andreas Lubkowitz, Pressesprecher der DGzRS, „doch das kann sich von einem auf den anderen Moment ändern. Ein manövrierunfähiges Boot oder ein verirrer Surfer bei ruhiger See können unsere Wachleiter so schnell nicht aus der Ruhe bringen. Doch wenn in einem Hilfersuchen von ‚Drohen zu sinken‘ oder ‚Feuer an Bord‘ die Rede ist, dann wird es hier lebendig. Für diese Fälle ist sichergestellt, daß dienstfreie Kräfte unverzüglich die Seenotleitung verstärken.“

Was die Männer in der Seenotleitung leisten, wird bei einem Blick auf die Statistik des Jahres 1996 deutlich, die 2056 Einsatzfahrten ausweist. Das entspricht fast sechs Einsätzen pro Tag, die hier in Bremen geleitet, koordiniert, dokumentiert und ausgewertet werden müssen. Mit einem Fazit, gemeinsam mit den Seenotrettern draußen vor Ort gezogen, das sich sehen lassen kann: Allein 1996 konnten 384 Menschen aus Seenot gerettet sowie weitere 696 Personen aus kritischer Gefahr befreit werden.

Ein Bündel von Aufgaben

Die Seenotleitung Bremen erfüllt eine Dreifach-Funktion. So ist sie die Betriebszentrale für die eigenen SAR-Einheiten, hält zu ihnen ständige Verbindung und erfaßt sämtliche Einsatz- und Kontrollfahrten. Auch die Übermittlung von Wetterdaten von den Seenotkreuzern zum Seewetteramt zählt zu ihren Aufgaben.

In zweiter Funktion übernimmt die Seenotleitung mit der Leitung und Koordination in Seenotfällen die Aufgaben einer nationalen SAR-Koordinierungszentrale. In diesem Rahmen ist sie für das Einsetzen aller in Frage kommenden Rettungsmittel, ob Eigen- oder Fremdmittel, sowie die Benennung und Unterstützung der örtlichen Einsatzleitung zuständig. Die Anforderung zusätzlicher Kräfte, z. B. internationale Schifffahrt, SAR-Hubschrauber und -Flugzeuge oder Behördenfahrzeuge, sowie die Kontaktaufnahme zu Reedern, Schiffssicherheitsorganen und Dienststellen, die über Besatzung, Schiff, Ladung und Reiseroute Informationen geben können, wird

ebenfalls von der Seenotleitung übernommen.

Daneben ist die Seenotleitung Bremen im Rahmen des weltweiten Seenot- und Sicherheitsfunksystems GMDSS (Global Maritime Distress and Safety System) seit 1992 an die INMARSAT-Satelliten-Kommunikation angeschlossen. Bei diesem im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums entwickelten Alarmierungssystem wird ein Seenotfall eines deutschen Schiffes weltweit über Satelliten und die Funkstelle im bayerischen Raisting direkt nach Bremen gemeldet. In jährlich etwa 170 Seenotfällen mit deutschen Schiffen kann die Seenotleitung außerhalb des eigenen Zuständigkeitsbereiches dann unterstützend oder initiativ tätig werden.

Sicheres Verbindungsnetz

Alle Aktivitäten wären vergebens, könnte die Seenotleitung nicht direkten Kontakt zu den einzelnen SAR-Einheiten aufnehmen. Bediente man sich dazu bis 1989 des Grenzwellen-Funks, verfügt das Rettungswerk seitdem über ein eigenes UKW-Relais-Funknetz. Es trägt die Bezeichnung SARCOM (Search and Rescue Communication) und arbeitet in den SAR-Einsatzgebieten in Nord- und Ostsee flächendeckend.

Die drei funkgeografischen Zentralpunkte Helgoland (Nordsee), Waterneverstorf und Putbus (beide Ostsee) sind mit der Seenotleitung Bremen über feste Telekom-Mietleitungen verbunden. Von diesen Zentralpunkten können über Richtfunkstrecken insgesamt 14 Relais-Stationen angesteuert werden. Diese wiederum leiten den Alarm oder das Gespräch zur jeweiligen SAR-Einheit



Die Zentrale der DGzRS vor der Kulisse des alten Bremer Wasserturms: Rechts die Hauptverwaltung, links die eigene Werft.



Den Wachleitern in der Seenotleitung Bremen steht eine umfangreiche Nachrichtentechnik zur Verfügung.

weiter. Gegenüber dem bisherigen System, das noch als Reservesystem vorgehalten wird, bietet das UKW-Netz eine deutlich bessere Verständigungsqualität ohne Witterungseinflüsse.

Beispielhafte Ausbildungsstätte

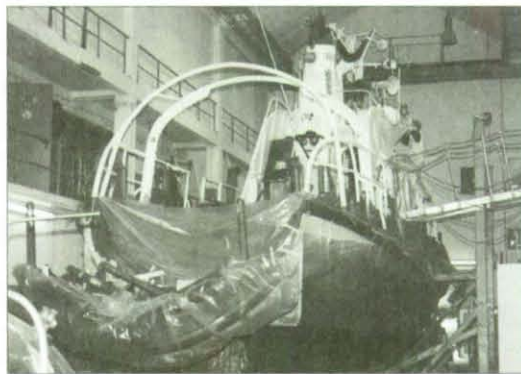
Eine Etage tiefer als die Seenotleitung findet sich die zweite Einrichtung, auf die man in der DGzRS-Zentrale besonders stolz ist. Andreas Lubkowitz: „Unsere SAR-Schule ist eine einzigartige Einrichtung, in der wir die Aus- und Weiterbildung unserer Seenotretter betreiben. Daß die Schule aber auch von anderen Institutionen genutzt wird, ist für uns ein Zeichen, daß die hier gegebenen Voraussetzungen überzeugen.“

In der Tat kann die 1996 durch Bundesverkehrsminister Wissmann eingeweihte Einrichtung allein optisch schon überzeugen. Die Vorstellung, daß hier optimal gelernt werden kann, fällt nicht schwer. Rechts vom Eingang erstreckt sich eine Reihe von fünf Kabinen, die jeweils als Fahrstand eines Seenotkreuzers eingerichtet sind. Mit der hier zur Verfügung stehenden nautischen Simulationssoftware, wie etwa elektronische Seekarten, können Rettungseinsätze unter realistischen Bedingungen trainiert und selbst extreme Situationen durchgespielt werden.

Ergänzt wird die Simulationseinrichtung durch zwei den Kabinen gegenüberliegende Leitplätze, an denen das Vorgehen der Wachleiter und die Einsatzkoordination eingeübt werden können. Von Bedeutung erscheint hier der Hinweis, daß die beiden Leitplätze völlig identisch mit denen der Seenotleitung sind und im Bedarfsfall, an die Seenotleitung angeschlossen, auch für reale Einsätze genutzt werden können.

In einem dritten Raum schließlich ist Platz für den Trainer, der die Übungslage eingibt und die Reaktionen der Teilnehmer überwacht und beurteilt. Der Raum dient auch den Abschlußbesprechungen, die die Teilnehmer stets mit neuen Erkenntnissen und einem mehr an Erfahrung verlassen. Lubkowitz: „Es gab bisher noch keinen Teilnehmer, der nicht von der Perfektion der Anlage begeistert war.“

Der Überblick über die DGzRS-Zentrale wäre nicht komplett ohne



Die DGzRS-Werft führt auch größere Arbeiten durch: Hier werden ein Seenotkreuzer...



... und sein Tochterboot von der Maschine bis zur Lackierung komplett überholt.

die Vorstellung der Reparaturwerft auf dem hinteren Teil des Betriebsgeländes. Bis auf die beiden 44-m-Seenotkreuzer, die auf einer Werft an der Küste gewartet werden, müssen alle DGzRS-Einheiten alle zwei Jahre zu einer mehrwöchigen Wartung hierher. Ausgebildete Mitarbeiter – Bootsbauer, Schlosser, Maler, Elektroniker und Motoren-Fachleute – nehmen sich der Boote an, übrigens zusammen mit der jeweiligen Besatzung, die damit ihr Boot noch besser kennenlernt.

Auf nach Bremerhaven

Von der Theorie zur Praxis – bei der DGzRS liegen rund sechzig Kilometer dazwischen, nämlich die Strecke von Bremen nach Bremerhaven. Auf der Fahrt dahin verlassen wir Bremer Gebiet, um nach rund fünfzig Kilometer niedersächsischen Territoriums wieder auf Bremer Gebiet anzukommen – bilden Bremen und Bremerhaven doch ein gemeinsames Bundesland. Die Fahrt gibt aber auch Gelegenheit, näheres über die Rettungsflotte und über unser Fahrtziel zu erfahren.

Zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben setzt die Gesellschaft unterschiedliche Bootstypen ein, die von ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Ausstattung her zugeschnitten

sind auf die jeweiligen Anforderungen in ihren Revieren. Abgesehen von den 44-m-Seenotkreuzern gilt die 27,5-m-Klasse als Standardtyp der großen SAR-Einheit, der 23 m lange Typ als kleiner Standardkreuzer. Im Bereich der Seenotrettungsboote wird sich die DGzRS zukünftig stärker auf die 8,5-m-Klasse konzentrieren.

Ein neuer Seenotrettungsboot-Typ wurde speziell für die für Mecklenburg-Vorpommern charakteristischen flachen Boddengewässer konstruiert. Diese neuen 7-m-Boote gelangen von ihren Stationen aus auf dem Landweg zum Einsatz. Eine Zugmaschine mit Allradantrieb bringt das Boot auf einem Spezialtrailer über den Strand zu Wasser, bis es aufschwimmt.

Vier neue Konstruktionen

Vier Seenotkreuzer einer völlig neuen Klasse haben seit Mitte vorigen Jahres ihren Dienst aufgenommen, einer davon ist die „Hermann Rudolf Meyer“, der unser Besuch in Bremerhaven gilt.

In Bauart und Ausgestaltung des neuen Seenotkreuzer-Typs sind Erfahrungen eingeflossen, die mit den bisherigen DGzRS-Einheiten gemacht worden sind. Eine neue

Schiffsform, bei der das Hinterschiff die größte Breite aufweist, gewährleistet bei geringem Widerstand gute Stabilität und gute See-Eigenschaften.

Mit dem sogenannten „Zitadellenbetrieb“, einem in sich geschlossenen Filter- und Atemluftversorgungssystem, kann der neue Typ auch in gefährlicher Atmosphäre – beispielsweise bei Chemie- oder Gasunfällen auf See – eingesetzt werden. Außerdem können so Feuer- und Chemieunfall-Spezialisten an Havarierte gebracht werden, um eine fachspezifische Schadensbekämpfung geschützt vorzunehmen.

Zwei Maschinen mit zusammen 1980 kW (ca. 2700 PS) bringen die neuen Seenotkreuzer auf 23 Knoten. Neu ist außerdem ein Hilfsantrieb im Vorschiffbereich, ein Schottel-Pumpjet. Mit diesem Wasserstrahl-Antrieb können Manöver auf engem Raum gefahren werden.

Die besonderen Merkmale aller Seenotkreuzer – doppelte Aluminium-Außenhaut zum Schutz bei Beschädigungen des Rumpfes, schnelles und flachgehendes Tochterboot in der Heckwanne, Bordhospital und modernste Navigations- und Kommunikationsanlagen – bleiben auch für die vier neuen Seenotkreuzer erhalten. Beim Zahlenstudium – Breite 6,00 Meter bei 23,10 Meter Länge – fällt der geringe Tiefgang ins Auge. Mit 1,55 Meter kann das Boot auch im küstennahen Bereich eingesetzt werden.

Eine Feuerlöschanlage mit einem stationären und einem mobilen Monitor und vier B-Anschlüssen an

Deck ist für eine Leistung von 6300 Litern pro Minute ausgelegt. 200 Liter Schaummittel, Hitzeschutzanzüge und Preßluftatmer vervollständigen die Ausrüstung.

Ein Vierteljahrhundert Dienst

Trotz der überaus harten Beanspruchung im täglichen Seenotrettungsdienst erreichen die Boote der DGzRS ein Durchschnittsalter von rund 25 Jahren. Möglich wird dies durch die sorgfältige Pflege von seiten der Besatzungen, aber auch durch die regelmäßige Wartung in der eigenen Werft in Bremen.

Nach gut einem Vierteljahrhundert im SAR-Dienst müssen die Einheiten jedoch ausgemustert und durch moderne Fahrzeuge ersetzt werden. Gerade im Spezialschiffbau sind technische Weiterentwicklungen an der Tagesordnung. Dies gilt sowohl für Rettungseinrichtungen an Bord als auch für Sicherheitsvorkehrungen für die Rettungsmänner. Stillstand wäre somit Rückschritt – die Modernisierung der Rettungsflotte ist ein ständiger Prozeß, eine Herausforderung, der sich das Rettungswerk stets von neuem stellen muß.

„Willkommen an Bord!“

Bremerhaven. Hier, am sogenannten Tonnenhof der Wasser- und Schifffahrtsbehörde, ist der Liegeplatz der „Hermann Rudolf Meyer“. Der Seenotkreuzer geht auf Kontrollfahrt Richtung Helgoland und

124 124 – die Handy-Notrufnummer der DGzRS

Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger hat eine Notrufnummer für Mobiltelefone eingerichtet. Unter 124 124 ist die Seenotleitung der DGzRS in Bremen rund um die Uhr zu erreichen; eine Vorwahl ist nicht erforderlich. Dieses Angebot darf nicht dazu verleiten, ein Handy als Ersatz für eine UKW-Funkanlage anzusehen. Es ist zum Beispiel im Notfall nicht möglich, andere Boote um Hilfe zu bitten.

das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ ist mit an Bord. Die vierköpfige Crew hat schon alles vorbereitet, so daß es schnell heißt: „Leinen los!“

Peter Plump ist Vormann des Bootes. Der Begriff Vormann ist aus der Zeit überliefert, als die Rettungsmänner noch mit Ruderbooten hinausfuhren. Dort saß der Vormann vor den Ruderern und gab den Takt an. Zwar wird heute nicht mehr gerudert, doch der Kapitän heißt bei der DGzRS immer noch Vormann – und gibt an Bord immer noch den Takt an. Peter Plump steuert das Boot auf dem offenen Außenfahrstand aus dem Hafen. „Solche Kontrollfahrten machen wir regelmäßig“, erläutert er, „zum einen sehen wir dabei, ob in unserem Einsatzbereich alles in Ordnung ist und zum anderen werden hier an Bord alle Funktionen überprüft.“

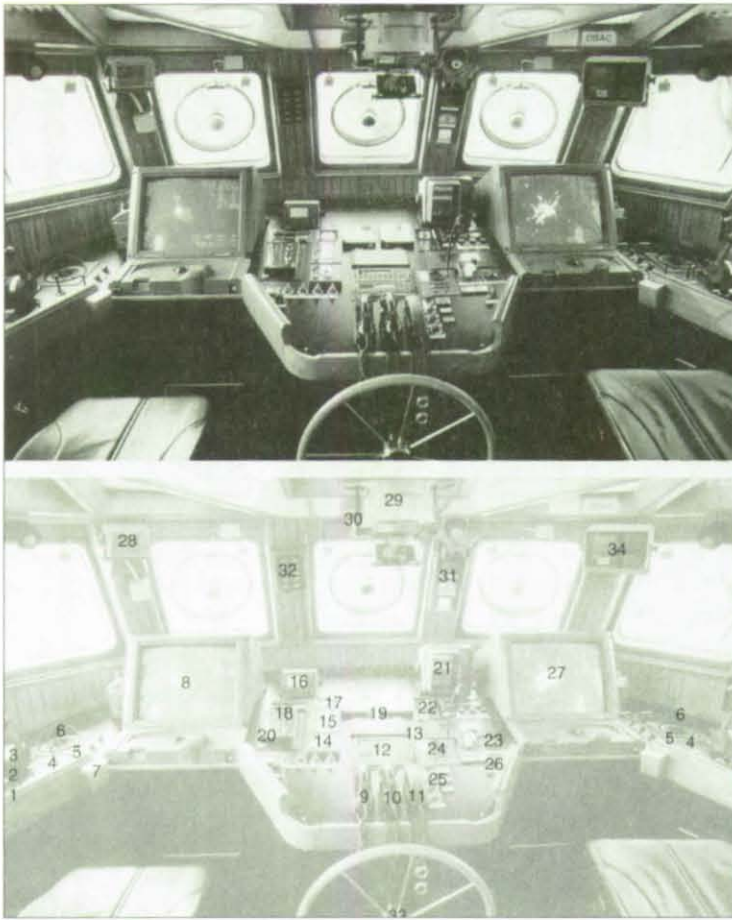
Damit wird deutlich, warum an Deck nur drei Besatzungsmitglieder zu sehen sind – der fehlende vierte Mann der Crew ist der Maschinist. Und der gehört bei einer Funktionsüberprüfung natürlich zu seinen Maschinen tief unten im Bauch des Bootes. Von den beiden Schiffsdieseln hängt schließlich vieles ab.

Derweil steuert Vormann Plump routiniert die offene See an. Zum Wetter meint er beiläufig, daß es „etwas schaukeln“ werde. Im Klartext: Windstärke sieben bis acht mit drei Meter hohen Wellen. Das kann ja heiter werden!

Langsam verschwindet die Küste hinter uns und das Boot pflügt durch die immer höher werdende Wellen. Analog zur Wellenhöhe wächst auch



Die „Hermann Rudolf Meyer“, eine der vier Neukonstruktionen der DGzRS.



Der Innenfahrstand der „Hermann Rudolf Meyer“:

1. Fahrhebel für Pumpjet
2. Überwachung Fahrhebel-Stand
3. Fahrhebel Backbord/Steuerbord
4. Ruder-Tiller Backbord/Steuerbord
5. Scheinwerfer-Tiller Backb./Steuerb.
6. Tochter-Kreisellkompaß
7. Ein/Aus Scheinwerfer Backb./Steuerb.
8. Radarmonitor 2
9. Handhörer Grenzwell
10. Handhörer UKW 1
11. Handhörer SARCUM
12. UKW-Bedienpaneel m. DSC-Controller
13. SARCUM-Bedienpaneel
14. Echolot
15. Fluxgate-Kompaß
16. Kursrechner für Radar 2
17. Drehzahlmesser
18. Maschinen- u. Kupplungsüberwach.
19. Alarmtableaus Steuerung/Überwach. Motorelektronik
20. Flachwasser-Echolot
21. Echograph
22. Selbststeueranlage/Ruderautomat
23. Notruder
24. Intercom und Außenlautsprecher
25. Bedienung Klarsichtscheiben und Scheibenwischer
26. Buchse für Kopfgeschirr Flugfunk
27. Radar 1
28. Empfangsgerät für Differential Global Position System (DGPS)
29. Magnetkompaß
30. Ruderlagenanzeiger
31. Druckanzeigergerät für Zitadellenbetrieb
32. Überwachungstableau Ruderaanlage, Kompaß, Maschinen, Pumpjet
33. Hydraulik-Notruder
34. UKW-Funkpeiler

ein mulmiges Gefühl in der Magen- gegend. Nachdem die ersten Gischt- schleier über den Fahrstand ziehen, beschließt der Vormann: „Gehen wir nach unten, da ist es gemütlicher.“

Innenfahrstand mit modernster Technik

Ist der Außenfahrstand eher spartanisch mit Instrumenten be- stückt, so findet sich ein Deck tiefer im Innenfahrstand eine Bündelung modernster Technik. Alle für die schwierigen Aufgaben eines Seenot- kreuzers erforderlichen Naviga- tions- und Kommunikationseinrich- tungen sind hier vorhanden, die wichtigsten Teile gleich in zwei- facher Ausführung.

Während der Vormann auf der rechten Seite des Fahrstandes seinen Platz hat, kann bei Bedarf auf dem linken Platz ein zweites Besatzungs- mitglied Aufgaben bei der Boots- steuerung übernehmen. Ein dritter Arbeitsplatz im rückwärtigen Teil des Raumes verfügt über alle Kom- munikationseinrichtungen, um die Bootsführung erforderlichenfalls in diesem Bereich zu entlasten.

Interessanter Rundgang

Rettungsmann Dirk Hennesen übernimmt es, einen Rundgang durch das Boot zu begleiten. Unter dem Innenfahrstand liegen der Auf- enthaltsraum und die Kombüse, wo Jörn Meier als Smutje unbeein- druckt vom schwankenden Boden das Mittagessen zubereitet. Jetzt nur nicht an Essen denken!

Der Aufenthaltsraum, seemän- nisch: Messe, ist Speise-, Lese- und Fernsehraum zugleich, kann aber im Bedarfsfall zum Bordhospital werden. Dann wird der große Tisch zum Behandlungsplatz und alles für die Versorgung eines Notfallpatienten Erforderliche findet sich in der seitlich angeordneten Bordapotheke.

Häufig ist – wie im eingangs geschilderten Fall – neben der Ret- tung von Menschen aus Seenot deren anschließende Versorgung erforderlich. Unterkühlung, Schock, Erschöpfung sowie Verletzungen gefährden den Geretteten auch nach seiner Übernahme in den Seenot- kreuzer. Um hier fachlich gerüstet zu sein, werden die Rettungsmänner in verschiedenen Kliniken zielge-

richtet und seefahrtbezogen in der Versorgung von Notfallpatienten ausgebildet.

Daß er weiß, wovon er spricht, wird bei Dirk Hennesens Darstel- lung der medizinischen Möglichkei- ten an Bord deutlich. In fünf wasser- dichten Notfalkoffern ist eine von Seenotärzten festgelegte standar- dierte Bestückung zusammenge- stellt, die von Medikamenten über chirurgisches Notfallbesteck bis zu Verbandmaterial reicht. Ergänzt wird die Ausstattung durch Rettungs- decken, Schienen und Infusionen.

Herzstück der Bordapotheke ist neben der Warmluft-Beatmungsan- lage die EKG-/Defibrillatoranlage. Ein damit an Bord aufgenommenes EKG kann durch eine angegliederte Telemetrieanlage über die Küsten- funkstellen in das Krankenhaus Cuxhaven gesendet werden. Da- durch ist es möglich, in kürzester Zeit gezielte Behandlungsanweisun- gen zu erhalten.

Boot als Zuhause

Noch eine Treppe tiefer befinden sich die Kojen der Mannschaft sowie

die Sanitäreinrichtungen. Hier, wie auf dem gesamten Boot, ist alles aufgeräumt und blitzsauber. Holzvertäfelungen und Messingbeschläge schaffen überall eine angenehme Atmosphäre. „Wir wollen uns hier ja wohlfühlen“, erläutert Dirk Hennesen, „denn schließlich ist das Boot zwei Wochen lang unser Zuhause.“ Dann werden die Männer vom zweiten Teil der Crew abgelöst und haben zwei Wochen dienstfrei.

Die Besatzungen auf den Seenotkreuzern sind je nach Größe des Fahrzeugs unterschiedlich stark: Sechs Mann auf der 19-Meter-Klasse, acht bis zehn Mann auf den größeren Einheiten bis zur 27,5-Meter-Klasse und zwölf Mann auf den 44-Meter-Seenotkreuzern.

Schnelles Tochterboot

Auf der „Hermann Rudolf Meyer“ heißt es jetzt, das Tochterboot „Christian“ auszusetzen. Mitfahren gefällig? Nein danke, bei diesem Seegang in eine 7-Meter-Nußschale zu steigen – dafür langt der Mut dann doch nicht. So sind es Jörn Meier und Dirk Hennesen, die die Probefahrt absolvieren. Schnell ist die heckseitige Bordwand abgesenkt, die Befestigungshaken klinken aus und über eine Rollenbahn gleitet das Boot zu Wasser.

Verblüffend die Geschwindigkeit des kleinen Bootes, schafft es mit seinen 132 kW (180 PS) doch 20 Knoten und ist damit annähernd schnell wie der Seenotkreuzer. Nach



Die Rückkehr: Per Haken und Kettenzug findet das Tochterboot den Weg in die Heckwanne.



Ein eingespieltes Team: Vormann Peter Plump (2. v. links) und seine Crew (v. links): Dirk Hennesen, Horst Danckert und Jörn Meier. (Fotos: Claes)

beendeter Probefahrt wird das Boot durch automatisch einklinkende Haken wieder an Bord gezogen, Bordwand hoch – fertig.

Ein eingespieltes Team

Nicht nur bei diesem Manöver fällt auf, daß wenig Anweisungen gegeben werden. Ein Kopfnicken, ein Handzeichen oder ein knappes Kommando genügen, und schon weiß der andere, was zu tun ist. Vormann Plump dazu: „Das Aufeinander-Eingespieltsein ist das A und O an Bord. Durch den ständigen gemeinsamen Dienst kennt jeder jeden ganz genau. Denn im Einsatz bleibt schließlich keine Zeit für lange Reden.“

Spricht's und dreht die Nase des Bootes Richtung Küste. Die kommt bald in Sicht und schon heißt es am Tonnenhof festmachen. Jetzt, nach Abschalten der Maschinen, schnell noch einen Blick in den Maschinenraum. Maschinist Horst Danckert ist sichtlich stolz auf sein Reich. Mit Recht. Ob die beiden Achtzylinder, das Stromaggregat und die Feuerlöschkreiselpumpe, ob die kleine Werkstatt oder das Materiallager im Vorschiff – auch hier ist alles aufgeräumt und blitzsauber.

Ohne Idealismus geht es nicht

Eine beeindruckende Fahrt ist zu Ende, eine Fahrt, die eine Menge

neuer Erfahrungen brachte. Allem voran die Erkenntnis, daß die ausgefeilte Technik bei aller Perfektion doch nichts wäre ohne sie – die Seentretter. Trotz des Wissens um die 42 Rettungsmänner der DGzRS, die bisher auf See geblieben sind, sehen sie in ihrer Aufgabe mehr als nur einen Job.

Mit einem hohen Maß an Idealismus stehen Männer wie Peter Plump, Horst Danckert, Dirk Hennesen und Jörn Meier rund um die Uhr bereit, Hilfe zu leisten. Beruhigend, das zu wissen – und angesichts des nächsten DGzRS-Sammelschiffchens vielleicht einmal daran zu denken.

Neue staatliche Aufgabe für die DGzRS

Das Bundesministerium für Verkehr hat der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger mit Wirkung vom 1. Januar 1999 die Überwachung der Seenotfrequenzen im Bereich der deutschen Nord- und Ostseeküste übertragen. Bis zu diesem Zeitpunkt wird diese Aufgabe noch von der Telekom wahrgenommen.

„Horror-Szenario“ im Wilmersdorfer Stadion

Realistische Einsatzübung des Berliner Katastrophenschutzes

Von Rainer Schramm

Samstag, 6. September, kurz vor 10.00 Uhr: Bei einem Fußballspiel ging die Mannschaft der Berliner Polizei gegen die der Berliner Feuerwehr mit 3:2 Toren in Führung. Mehrere hundert Zuschauer auf der Tribüne des Wilmersdorfer Stadions freuten sich 60 Minuten gemeinsam über jeden Treffer der beiden Mannschaften. Wenige Minuten nach dem Führungstreffer der Polizei wurde das fröhliche Geschehen durch einen lauten Knall jäh unterbrochen. Große Teile der Tribüne waren eingestürzt. Über 200 Personen lagen, unterschiedlich verletzt, unter den Trümmern.

Das war das Startzeichen für eine großangelegte Übung der Berliner Feuerwehr, der Polizei, des Arbeiter-Samariter-Bundes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Johanniter-Unfall-Hilfe, des Malteser-Hilfsdienstes und des Technischen Hilfswerkes unter dem Schwerpunktthema „Massenunfall mit einer Vielzahl von Verletzten“. Die Übung war im Rahmen des „Großschadensseminars 1997“, das gemeinsam von der Berliner Polizei und der Berliner Feuerwehr durchgeführt wurde, als Abschlußveranstaltung geplant.

Optimale Zusammenarbeit

Als kurz nach 10.00 Uhr die ersten Einsatzkräfte der Feuerwehr im Stadion eintrafen, bot sich diesen ein Horror-Szenario: Im gesamten Tribünenbereich befanden sich schreiende und stöhnende „Verletzte“. Die beiden Fußballmannschaften und die zum Stadionsdienst eingesetzten Helfer des Malteser-Hilfsdienstes hatten bereits damit begonnen, „Verletzte“ auf das Spielfeld zu bringen.

Nacheinander trafen Einheiten und Helfer des THW, des DRK, der JUH und des ASB ein. 30 Minuten nach der ersten Alarmierung waren

400 Helfer an der Einsatzstelle. Dazu kam noch ein Zug der Lehrabteilung der Bereitschaftspolizei, der die Schadensstelle absperrete.

Einsatzkräfte der Feuerwehr und des THW bemühten sich an der Einsturzstelle, die unter schweren Eisen- und Betonteilen eingeklemmten und verschütteten Personen zu retten. Mit zwei Rettungshunden des

ASB versuchte man, „Verschüttete“ zu orten.

Zum Einsatz eines Löschzuges kam es, als in einem neben der eingestürzten Tribüne liegenden Tiefgeschloß ein Brand ausbrach, durch den zwei Mitarbeiter der Stadionverwaltung eingeschlossen wurden.

An der auf der Spielfeldmitte eingerichteten Verletztenablage wurde



Links:
In der Anfangsphase beteiligen sich auch die Fußballspieler an der Versorgung der „Verletzten“.

Unten:
Ein Brett dient dem provisorischen Transport eines „verletzten“ Zuschauers.



jede „verletzte“ Person von Hilfskräften mit einer „Anhängkarte für Verletzte/Kranke“ versehen. In den durch Feuerwehr und DRK eingerichteten Verletzensammelstellen wurden dann die Betroffenen per Computer registriert und einer Triage unterzogen. Diese Daten wurden über die Befehlsstelle der Polizei an die Auskunftsstelle des Landeschutzpolizeiamtes in Berlin-Tempelhof weitergeleitet.

Die aufnehmenden Krankenhäuser meldeten ihrerseits die personenbezogenen Daten der eingelieferten Verletzten an die Auskunftsstelle. Die Krankenhäuser wurden fiktiv durch den Aufbau von Registrierstellen im unmittelbaren Be-

Aus der Praxis

reich des Wilmersdorfer Stadions dargestellt. Voraussetzung für diesen Übungsteil war der kurzfristige Aufbau eines funktionstüchtigen Informationssystems im Bereich der Schadensstelle.

Neues Informationssystem

Die Zusammenarbeit von Einrichtungen des Gesundheitswesens mit der Polizei und der Feuerwehr bei Großschadensereignissen zu opti-

mieren war das allgemeine Ziel der Übung. Punktueller Ziel der Übung war jedoch, das neue Informationssystem zur Erfassung von Verletzten-, Vermissten- und Opferdaten durch die Auskunftsstelle des Landesschutzpolizeiamtes in Berlin-Tempelhof zu testen. Durch die Zusammenarbeit zwischen dem Virchow-Krankenhaus und der Berliner Polizei gemeinsam entwickelten System erhofft man sich für die Zukunft eine verbesserte Opfer- und Angehörigenbetreuung. Voraussetzung für das Funktionieren des Informationssystems ist jedoch die lückenlose Erfassung aller Betroffenen.

Auslösender Faktor für den Aufbau eines derartigen Informationssystems in Berlin waren schwere Unglücksfälle, die sich zwar nicht in Berlin ereigneten, von denen jedoch Berliner Bürger betroffen waren. Dies war zuletzt beim Absturz eines mit Urlaubern besetzten Flugzeuges vor der Küste der Dominikanischen Republik der Fall.

Damals mußte man die Erfahrung machen, daß es für besorgte Angehörige sehr schwierig war, nur von einer Stelle detaillierte Auskünfte zu erhalten. Verständlicherweise wollten sich auch Angehörige von Urlaubern, die sich nicht in der Unglücksmaschine befanden, bei offiziellen Stellen informieren.

Einsatz von Notfallseelsorgern

Erstmals wurde bei einer derartigen Übung der Einsatz von fünf Notfallseelsorgern getestet. Der Grundgedanke, der zum Einsatz von Notfallseelsorgern führte, sollte nicht nur der Beistand im Todesfall, sondern auch die seelsorgerische Betreuung von Verletzten und deren Angehörigen sein. Bei Einsatzkräften soll durch die Gespräche mit einem Seelsorger ein seelisches Trauma in Folge von psychischen Belastungen abgebaut, bzw. gemildert werden.

Berlins Feuerwehrchef, Landesbranddirektor Albrecht Broemme, äußerte sich gegenüber der Presse: „Die Übung war ein voller Erfolg, wengleich wir auch kleinere Schwachstellen notieren mußten. Aber genau aus diesem Grunde machen wir solche Übungen, um für den Ernstfall gewappnet zu sein.“



Oben: Auf dem Spielfeld werden kurzfristig 200 „Verletzte“ abgelegt und mit Anhängerkarten versehen.

Unten: THW-Helfer beseitigen mit einem Trennschleifer eingestürzte Gerüstteile, um an „Verschüttete“ zu gelangen.



Links:
Die Verletzten-
sammelstelle:
In aufblasbaren
Zelten erfolgen
Erfassung, erste
Untersuchung
und Versorgung;
falls notwendig,
erfolgt anschließend
der Transport
ins Krankenhaus.

(Fotos: Schramm)



Dresden im Zeichen der Feuerwehr

16. Deutscher Jugendfeuerwehrtag prägte drei Tage das Stadtbild

Von Paul Claes

Sie waren nicht zu übersehen: Rund 2000 Kinder und Jugendliche aus den deutschen Jugendfeuerwehren trafen sich am Wochenende 22.–24. August 1997 in Dresden zum 16. Deutschen Jugendfeuerwehrtag. An gleich vier Veranstaltungsorten – dem Altmarkt, dem Heinz-Steyer-Stadion, der Eissporthalle und dem Kulturpalast – entwickelte der Florians-Nachwuchs seine Aktivitäten. Eröffnungsfeier, Kameradschaftsabend, Länderpräsentation, Delegiertenversammlung und Bundeswettbewerb ließen keine Langeweile aufkommen. Doch bei allem kamen Spiel, Spaß und Kameradschaft nicht zu kurz.

Zur Eröffnungsfeier am Freitagabend konnte Bundesjugendleiter Marcus Schlef 500 Jugendliche in

der Eissporthalle begrüßen. Nachdem der Vorsitzende des Landesfeuerwehrverbands Sachsen, Siegfried Bossack, die Gäste willkommen geheißen hatte, hielt der Schlußläufer eines in Trier gestarteten Jugendfeuerwehr-Staffellaufs Einlauf in die Halle und überbrachte die Grußworte der Bürgermeister von Trier und Dresden. Dem Präsidenten des Deutschen Feuerwehrverbands, Gerald Schäuble, blieb es vorbehalten, den 16. Deutschen Jugendfeuerwehrtag zu eröffnen.

Eine bunte Präsentation

Der folgende Samstag stand ganz im Zeichen der Präsentation der Jugendfeuerwehren der einzelnen Bundesländer. Auf dem zentral gele-



Vor der Kulisse der historischen Kreuzkirche bietet sich ein interessanter Einblick in die Feuerwehrtechnik.



Links: Viel Beifall gibt es für die gekonnte Tanzdarbietung.

Unten: Der Kulturpalast, Ausstellungsort und Versammlungsraum für die Delegierten zugleich.



genen Altmarkt fanden sich denn auch zahlreiche Besucher ein, die sich ein umfassendes Bild über die Arbeit der Jugendfeuerwehr machen konnten. Die 16 Stände und die historische Fahrzeugschau ließen auf dem Platz einer anderen als der roten Farbe keine Chance.

Die Darbietungen vermittelten ein buntes Bild von den Aktivitäten der Jugendfeuerwehr, angefangen vom hessischen Computer-Kabinett über Folklore aus der Lausitz und aus Sachsen-Anhalt bis zu Spaß-, Spiel- und Quizaktionen verschiedener Bundesländer und der Vorstellung der Dritte-Welt-Arbeit der Jugendfeuerwehr Nordrhein-Westfalen.

Breiten Raum nahm auch das Thema Brandschutzerziehung und -aufklärung ein. Die Jugendlichen hatten sich viel einfallen lassen, um gleichaltrige Besucher auf die entsprechenden Gefahren hinzuweisen. So waren denn „Flori“, der Feuerwehrhund, und andere Maskottchen häufig auf Schautafeln und Spielmobilen zu finden.

Im benachbarten Kulturpalast stellte sich die Deutsche Jugendfeuerwehr mit einem eigenen Stand vor.



Links:
Auf der Messe
werden nicht nur
Fahrzeuge
der Feuerwehr
präsentiert.

Unten:
Der Stand
des Bundesamtes
für Zivilschutz
ist ständig umla-
gert.

(Fotos: Claes)



Hier nahmen über 500 Besucher einen Einblick in die Arbeit der DJF.

Weitergehende Information

Ein Teil der Besucher der Präsentation nahm die Gelegenheit wahr, sich über den Bereich der Jugendfeuerwehr hinaus über Feuerwehr und Rettungsdienst zu informieren. Möglichkeit dazu bot die vom 21. bis 24. August im Messegelände am Straßburger Platz durchgeführte Fachmesse „Florian Dresden“.

Ursprünglich begleitend zum Jugendfeuerwehrtag geplant, entwickelte sich die Messe schnell zum eigenen Anziehungspunkt. Das Ausstellungsspektrum reichte von der Fahrzeug- und Gerätetechnik über die Leitstellen- und Meldetechnik sowie Brandschutz und Schutzausrüstungen bis zu Funk- und Daten-systemen.

Auf rund 4.500 Quadratmetern Ausstellungsfläche in zwei Hallen und dem Freigelände bot sich ein von über 7000 Besuchern genutzter breiter Überblick über die moderne Technik, ergänzt durch Vorführun-

gen von Feuerwehr und Rettungsdienst. Besonderes Interesse fanden dabei jeweils die Demonstrationen der Rettungshundestaffel.

Stets umlagert war der unübersehbar am Eingang zu den Hallen plazierte Stand des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS). Organisationsübergreifend konnten sich die Besucher hier über die Arbeit der im Katastrophenschutz mitwirkenden Einrichtungen und Organisationen informieren. Auf besonderes Interesse stieß dabei die Darstellung der Aktivitäten der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im BZS.

Die Weichen wurden gestellt

Der Kulturpalast bot den Rahmen für die Delegiertenversammlung der Deutschen Jugendfeuerwehr am Nachmittag des Samstags. Rund 300 Delegierte vertraten hier die insgesamt 206.000 Jugendfeuerwehrmitglieder. Dazu konnte Bundesjugendleiter Marcus Schleaf den Sächsischen Staatsminister des Innern, Klaus Hardrath, Dresdens

Bürgermeister Dr. Bernd Ihme und DFV-Präsident Gerald Schäuble begrüßen.

Im Verlauf der Versammlung wurde der Bundesjugendleiter für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt. Neben Tätigkeitsberichten und Wahlen standen weitreichende Beschlüsse auf der Tagesordnung. So beschloß die Versammlung ein neues Bildungsprogramm und änderte Aufgrund gesetzlicher Neuregelungen ihre satzungsmäßige Jugendordnung.

Marcus Schleaf konnte aus den Händen von DFV-Präsident Schäuble das Deutsche Feuerwehr-Ehrenkreuz in Silber entgegennehmen, während DJF-Referent Herbert Becker mit der Ehrennadel der Deutschen Jugendfeuerwehr in Gold ausgezeichnet wurde.

Die Delegierten hatten auch über den Ort der nächsten Delegiertenversammlung zu befinden und beschlossen, diesen im Rahmen des 17. Deutschen Jugendfeuerwehrtages im Jahre 2001 in Saarlouis (Saarland) durchzuführen.

Sportliche Wettkämpfe

Hatten die Mitglieder der 32 Mannschaften am Vortag noch die Gelegenheit zu einem letzten Training genutzt, hieß es am Sonntagmorgen zum Bundeswettbewerb der DJF anzutreten. Strahlender Sonnenschein und die Anfeuerungen der zahlreich vertretenen Fanclubs ließen die Stimmung im Heinz-Steyer-Stadion schnell ansteigen.

Der Wettbewerb setzte sich aus einem Löschangriff und einem Staffellauf zusammen. Freude und Tränen lagen hier dicht beieinander – bei der intensiven Vorbereitung leicht verständlich. Verlierer gab es dennoch nicht, hatte man sich auf Landesebene – je zwei Mannschaften pro Bundesland – ja schon qualifiziert.

Mit der Siegerehrung, bei der die Jugendfeuerwehr Dannelbüttel (Niedersachsen) vor Charlottenthal (Mecklenburg-Vorpommern) und Schaephuysen (Nordrhein-Westfalen) die Nase vorn hatte, ging der 16. Deutsche Jugendfeuerwehrtag zu Ende. Nach schönen Tagen in Dresden konnte Bundesjugendleiter Schleaf den Teilnehmern ein „Auf Wiedersehen in Saarlouis 2001!“ mit auf den Heimweg geben.

Retter müssen auf Airbag achten

Der ADAC gibt Tips für den richtigen Umgang mit dem Luftsack

Der Airbag, vor einigen Jahren noch ein seltenes und teures Sicherheitszubehör, zählt heute, auch auf der Beifahrerseite, in Neuwagen häufig bereits zum serienmäßigen Ausstattungsumfang. Sukzessive kommen auch Systeme auf den Markt, welche bei Seitenkollisionen schützen und seitlich in den Lehnen bzw. in den Türen untergebracht sind.

Entsprechend häufig kann es vorkommen, daß Feuerwehr und Rettungsdienst nach einem Unfall in einem Fahrzeug mit Airbag-Ausrüstung arbeiten werden müssen. Hierbei gilt zu beachten, daß Systeme, die unfallbedingt nicht ausgelöst hatten, nicht unbeabsichtigt gezündet werden. Immerhin ist nicht auszuschließen, daß der Retter hier unnötigerweise gefährdet wird, denn er befindet sich während seiner Tätigkeit ja in einer ganz anderen Position zum Airbag, als vom Konstrukteur vorgesehen.

In diesem Zusammenhang sind einige Vorsichtsmaßnahmen zu beachten, auf die der ADAC aufgrund von Erkenntnissen aus eigenen Crashtests hinweist, ergänzt durch Informationen des Verbandes der Automobil-Industrie (VDA), der Fahrzeughersteller BMW, Volvo, Mercedes-Benz sowie des Airbag-Produzenten Autoliv.

1. Wie funktioniert der Airbag auf Fahrer- und Beifahrerseite?

Die Airbag-Aktivierung ist konzeptionsbedingt auf den Frontalaufprall (der Winkel kann bis zu 30° zur Fahrtrichtung betragen) bei mindestens 20 km/h bis 25 km/h Kollisionsgeschwindigkeit ausgelegt. Bei anderen Unfallsituationen wie auch bei einer Seiten- oder Heckkollision erfolgt keine Auslösung, da in diesen Fällen der Airbag keine Schutzfunktion erfüllen kann. Somit ist es nicht ungewöhnlich, am Unfallort auf ein schwer zerstörtes

Fahrzeug zu treffen, bei welchem aufgrund der Unfallkonstellation die Airbag-Sensoren keinen Zündbefehl erteilt hatten, der oder die Luftsäcke sich also noch in Ruhestellung befinden.

Bei einem Großteil der bis heute mit Beifahrer-Airbag ausgelieferten Fahrzeuge wird dieser zweite Airbag übrigens auch dann zwangsläufig mit ausgelöst, wenn der Beifahrer-Sitzplatz gar nicht besetzt ist. Die Zielrichtung geht aber dahin, dies durch entsprechende Sitz-Belegungs-Sensoren zu unterbinden. Mit anderen Worten: Es ist darauf zu achten, ob neben dem ausgelösten Fahrer-Airbag auf der Beifahrerseite nicht noch ein ruhendes „Pendant“ vorhanden ist.

Seitenairbag: Hier sind die Systeme entweder in den vorderen Seitentüren oder in den Rückenlehnen der Vordersitze integriert. Eine unfallbedingte Auslösung erfolgt dann, wenn Sensoren eine entsprechende Querbeschleunigung (Seitenaufprall) erkennen.

2. Wie ist zu erkennen, ob ein Fahrzeug mit Airbag ausgerüstet ist?

Hierauf weisen die eingepprägten Buchstaben „Airbag“ oder „SRS“ auf der Prallplatte des Lenkrades, im Armaturenbrett-Bereich vor dem Beifahrer sowie auf den Türverkleidungen (Seitenairbag) hin. Diese Schriftzüge sind häufig aber nur unzureichend zu erkennen. Vereinzelt können zusätzlich Aufkleber an unterschiedlichen Stellen im Fahrzeuginnenraum vorhanden sein.

3. Der oder die Airbags haben beim Unfall nicht ausgelöst. Was ist zu beachten?

– Zündung ausschalten sowie Batteriekabel lösen/durchtrennen. Es existiert zudem ein Zündenergiepuffer bis zu einigen Minuten, nach Trennung der Bordspannung.

Sofern es die Bergung von Unfallopfern zuläßt:

– Lenksäule nicht bewegen oder mechanisch trennen.

– Keine Schneidarbeiten im Bereich der Lenkrad-Prallplatte bzw. des Armaturenbrett-Bereiches vor dem Beifahrer durchführen.

– Starke Erhitzung im Bereich der Airbag-Systeme vermeiden (der Gasgenerator löst ab einer Temperatur von ca. 230°C aus).

Grund: Um ein unkontrolliertes Explodieren des Generators zu vermeiden, ist das System so ausgelegt, daß bei einer Temperatur von ca. 230°C am Gasgenerator eine kontrollierte Zündung des Airbags erfolgt, auch dann, wenn die Stromversorgung bereits unterbrochen wurde.

4. Das Airbag-System wurde beim Unfall ausgelöst. Was muß man wissen?

Hier hat das im Zünder enthaltene Treibmittel Natrium-Azid eine chemische Reaktion ausgelöst, wobei überwiegend ungiftiger Stickstoff für die Aufblasung entsteht. Dies geschieht in ca. 30 Millisekunden.

Nach insgesamt 120 Millisekunden hat sich der Luftsack durch Ausströmöffnungen auf der Rückseite wieder entleert. Es kann jedoch zu einer Rauchbildung kommen, da der Airbag zur besseren Entfaltung mit Talkum beschichtet ist.

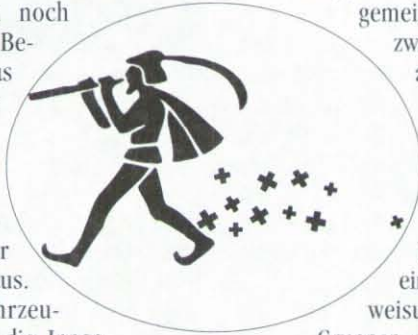
Weder das auf dem Luftsack befindliche Pulver noch das entwichene Gas können nach Aussagen der Hersteller gesundheitliche Schäden verursachen. Eine Auswertung von Airbag-Unfällen durch den ADAC ergab in dieser Beziehung nichts Negatives. Das Fahrzeug sollte jedoch so schnell wie möglich belüftet werden.

Zehn Stationen fordern Flexibilität

Deutsches Rotes Kreuz veranstaltete Bundeswettbewerb Erste Hilfe 1997

Von Paul Claes

Hameln – jeder verbindet den Namen der Stadt sofort mit der Rattenfängersage. Doch am Samstag, 20. September 1997, hat der Name Hameln noch eine weitere Bedeutung: Das Deutsche Rote Kreuz richtet seinen Bundeswettbewerb Erste Hilfe 1997 in der Weserstadt aus. DRK-Einsatzfahrzeuge und durch die Innenstadt eilende Wettbewerbsgruppen zeugen unübersehbar von dem Ereignis.



Parcours mit zehn Stationen

Auf diese Weise kommen die 19 Gruppen zusammen, die sich gemeinsam mit den zwei Gastgruppen am Morgen im Hamelner Bürgergarten zur Eröffnung des Bundeswettbewerbs eingefunden haben. Nach einer kurzen Einweisung gehen die Gruppen nacheinander auf

den Parcours. Nun heißt es, an acht auf den Altstadtbereich verteilten Stationen, an denen Not- und Unfall-situationen dargestellt werden, und an zwei Theoriestationen Können und Wissen unter Beweis zu stellen.

Auf dem Weg zur zugewiesenen Station ist manchem Teilnehmer die Anspannung anzumerken. Aber – vorweg gesagt – starke Nerven werden sie noch brauchen. Die Schminktrupps haben ganze Arbeit geleistet. An den der Öffentlichkeit zugänglichen Stationen sind Absper-rungen angebracht, um den Übungsbereich zu kennzeichnen. Zusätzlich informieren Helferinnen und Helfer die Passanten. Dennoch werden manche beim Anblick der täuschend echt dargestellten Situationen blaß.

„Unfall“ bei der Feuerwehr

Die Feuerwache Hameln ist eine der Stationen. Das Hinweisschild lenkt den Weg in die Fahrzeughalle. Ein scharfes Metallstück in einer Drehbank und die große Blutlache am Boden zeugen von einem Unfall. Was ging hier vor? Zwei Feuerwehr-männer arbeiten in der Halle, der eine rutscht beim Betreten der Arbeitsgrube aus und stürzt in die Grube. Vom Lärm aufgeschreckt, wird sein Kollege an der Drehbank un-aufmerksam; ein scharfes Metall-stück fñgt ihm eine Verletzung zu.

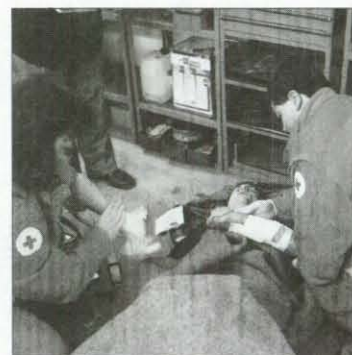
Die erste Gruppe, die die Fahrzeughalle nach einer kurzen Einweisung betritt, wird mit der folgenden Situation konfrontiert:

Der gestürzte Feuerwehrmann sitzt in der Grube und hält sich den Unterarm fest. Er hat sich beim Sturz eine geschlossene Fraktur des Unterarms zugezogen. Eine Schwellung ist deutlich zu erkennen. Der zweite „Verletzte“ steht vor der Drehbank und schaut entsetzt auf eine große Rißwunde am Unterarm, aus der stark Blut spritzt. Er steht offensichtlich unter Schock.

Der Gruppenführer hat die Lage schnell erfaßt und gibt kurze Anweisungen. Man merkt, daß die Mitglieder der Gruppe nicht erst seit heute miteinander arbeiten. Die Schiedsrichter an der Station wachen mit Argusaugen über die eingeleiteten Maßnahmen. Fragen die Helfer den Mann in der Grube nach dem Unfall-



Die beiden „verletzten“ Feuerwehrmänner werden fachgerecht versorgt.



hergang, nach Schmerzen im Rücken? Die Helfer vergessen es nicht. Der „Verletzte“ schildert den Unfall ohne Erinnerungslücken und erklärt, keine Schmerzen im Rücken zu haben.

Bei seinen Antworten und Reaktionen sind dem Verletztendarsteller enge Grenzen gesetzt, alles ist in einem „Patientendrehbuch“ festgehalten. Damit wird sichergestellt, daß sein Verhalten auch bei den kommenden Gruppen stets unverändert ist. Denn die Bewertung der einzelnen Gruppenleistungen läßt sich nur aufgrund gleicher Ausgangslagen durchführen.

In der Grube kann man also durch die Befragung eine Gehirnerschütterung oder eine Rückenverletzung ausschließen. Doch läßt die Enge der Grube eine Versorgung hier nicht zu, also wird der „Verletzte“ vorsichtig herausgebracht, wobei nicht vergessen wird, die Schwellung zu kühlen. Das Ruhigstellen des Arms mittels einer aufblasbaren Schiene ist schließlich nur noch Routine.

Doch wie geht es zwischenzeitlich an der Drehbank weiter? Hier braucht nicht befragt zu werden, die Sachlage ist eindeutig. Arm hochhalten und abdrücken, Druckverband anlegen – alles schon dutzendmal geübt. Die Schocklagerung ist eben-

so kein Problem. Und auch die Wärmeerhaltung durch Zudecken und Unterlegen einer Decke wird nicht vergessen. Die Schiedsrichter sind zufrieden und tragen die Ergebnisse in ihre Wertungsbogen ein.

Schon macht sich die Gruppe auf den Weg zur nächsten Station, ebenfalls auf der Feuerwache, wo es heißt, schriftliche Fragen zu beantworten.

In der Fahrzeughalle verbleibt unterdessen noch einige Zeit bis zum Eintreffen der nächsten Gruppe. Jetzt gilt es, zur Ausgangssituation zurückzukehren. Die Requisiten müssen wieder an ihren Platz und der für das Schminken zuständige Helfer ist gefragt. Schon kündigt sich eine neue Gruppe an, was für die Verletztendarsteller heißt, ihre Plätze wieder einzunehmen. Bis zum Ende des Wettbewerbs steht ihnen das „bloß“ noch zwanzig Mal bevor.

Eine Sporthalle ist das nächste Ziel im Rundgang durch den Parcours. Thema hier: Herz-Lungen-Wiederbelebung. In Reih und Glied warten sechs Übungsphantome darauf, „wiederbelebt“ zu werden.

„Einsatz“ am Ufer der Weser

Weiter führt der Weg an das Ufer der Weser. Hier, am Minensuchboot „Pluto“, befindet sich Station vier



Die „Fingerstummel“ müssen mit Farbe neu präpariert werden.

des Übungsdurchgangs. Das Drehbuch sagt dazu: „Am Schiff hantiert ein Arbeiter an einer Seilwinde. Durch einen Fehler rutscht er mit seiner Hand in die Winde, das Seil amputiert ihm den 2. bis 4. Finger der rechten Hand. Durch den Aufschrei des Mannes wird sein Kollege aufmerksam, der sich ungesichert außerhalb des Schiffes am Geländer befindet und die Relling streicht. Der Aufschrei erschreckt ihn so sehr, daß er vom Schiff fällt.“

Als die Wettbewerbsgruppe auftaucht, steht der erste Arbeiter am Schiff und hält seine „verstümmelte“ Hand fest. Schnell wird der Arm abgebunden und die schrecklich realistisch hergerichtete Hand versorgt. Auch die Sicherstellung der „amputierten“ Finger, die noch unter dem Stahlseil stecken, wird nicht vergessen.

Der zweite Arbeiter, der sich beim Sturz vom Schiff eine lange Rißwunde im Bauchbereich zugezogen hat, konnte vor Eintreffen der Helfer aus eigener Kraft auf einen Bootsanleger gelangen. Hier liegt er nun, völlig durchnäßt und vor Kälte mit den Zähnen klappernd. Eine nicht einfache Aufgabe für die Helfer, die nasse Kleidung zu entfernen, da der „Verletzte“ bei jeder Bewegung laut aufschreit. Doch mit behutsamem Vorgehen gelingt es schließlich doch, die Verletzung zu versorgen und den Mann in Decken zu hüllen. Der Versuch, ihn in Schocklage zu bringen, muß jedoch wegen starker Schmerzáußerung aufgegeben werden. Kein Fehler, denn das Patientendrehbuch

Auch das theoretische Wissen muß unter Beweis gestellt werden.



Den gestrengen Blicken des Schiedsrichters entgeht nichts.



Das schauspielerische Talent der Verletztendarsteller trägt viel zu einem realistischen Bild bei.



schreibt dem Verletztendarsteller vor: „Veränderung der Lage nicht akzeptieren, stärkste Schmerzen angeben.“

Von der Praxis zur Theorie. Auf dem Weg von Station zu Station heißt es zum zweiten Mal, Fragebogen ausfüllen.

Eskalierende Situation

Ortswechsel: Auf dem Vorplatz eines Einkaufsmarktes in der Innenstadt ist ein Mann zusammengebrochen, seine Frau kniet hilflos neben ihm. Die Helfer haben keine Probleme, hier einen Herz-Kreislauf-Still-

stand festzustellen. Die sofort eingeleitete Wiederbelebung erfolgt an einem Übungsphantom. Ein Teil der Helfer nimmt sich der Ehefrau an.

Alles verläuft routiniert, bis plötzlich zwei „betrunkene Nichtsef-hafte“ auftauchen und die Maßnahmen stören. Wütend schlägt die Ehefrau mit ihrer Handtasche auf die „Berber“ ein. Nun haben die Helfer alle Hände voll zu tun. Die Schiedsrichter beobachten sehr genau, wie die Gruppe mit der eskalierenden Situation fertig wird. Doch mehr oder weniger diplomatisch gelingt es den meisten Helfern, die „Störenfriede“ zurückzudrängen und die

Die Helfer haben Mühe, die „Betrunkenen“ von weiteren Störungen abzuhalten.



Links: Die „Explosion“ vor der Post hat drei „Verletzte“ gefordert.

Rechts: Das „explodierte“ Paket. Bis ins Detail stimmt einfach alles.

Ehefrau zu beruhigen. Als dann nach wenigen Minuten der Notarzt eintrifft, ist schon wieder Ruhe eingekehrt.

„Paketbombe“ mit Folgen

Für die Darstellung auf dem Vorplatz der Hamelner Post schreibt das Drehbuch unter „Requisiten“ vor: „Armamputat, Paket, Rauchpulver, Anzünder, Abschußgerät für Pyrotechnik, Knallkörper, Feuer“. All das ist nötig, um die Explosion einer Paketbombe und ihre Folgen darzustellen. Mit einem lauten Knall empfangen, heißt es für die Helfer hier, drei „Verletzte“ zu versorgen.

Ungläubigkeit kommt angesichts eines der Betroffenen auf, der seinen offensichtlich verbrannten Armstummel festhält, während auf dem Boden ein zeretztes Armteil liegt. Wie mögen die Schminkegruppe das nur geschafft haben? Des Rätsels Lösung: Der Verletztendarsteller ist tatsächlich armamputiert und der Arm am Boden besteht natürlich aus Plastik. Aber makaber sieht es schon aus.

Er und die beiden anderen „Verletzten“, einer mit Verbrennungen, der andere mit einer Augenverletzung, fordern das ganze Können der Wettbewerbsgruppen. Zumal sich auch hier die Lage nach Drehbuch verschärft. Bei dem am schwersten „Verletzten“ heißt es: „Nach ca. fünf Minuten fällt er um (wenn er nicht schon hingelegt wurde) und wird bewußtlos.“ Da kommt in mancher Gruppe doch Hektik auf.

Dreifache Prüfung

Besonders knifflig wird es für die Helfer an der Station Bürgergarten. Hier hat ein Mitarbeiter des Gartenamtes durch falschen Umgang mit



dem Sprüherät Unkrautvernichter inhaliert. Durch die schnelle Wirkung des Giftes bekommt er einen Atemstillstand. Das Sprüherät mit der Aufschrift „Vorsicht Kontaktgift!“ soll den Helfern signalisieren, die Atemspende nur mit Beatmungsbeutel durchzuführen.

Kaum ist auch diese Hürde genommen, ruft jemand um Hilfe. Auf einem Steg ist ein Besucher ausgerutscht und hat sich eine offene Unterschenkelfraktur zugezogen. Die sterile Wundbedeckung und das Ruhigstellen des Beins beherrschen alle Helfer.

Aller guten Dinge sind drei: In der Nähe ist ein Rollstuhlfahrer eine Treppe heruntergefallen. Er liegt vor seinem Rollstuhl und blutet leicht aus einer Platzwunde am Kopf. Vorsichtig wird er in seinen Rollstuhl gesetzt und die Wunde versorgt. Erst dann werden die Helfer aus dem Bürgergarten entlassen.

Auch Kinder als „Opfer“

Eine Kindertagesstätte ist der nächste Anlaufpunkt. Hier hat ein Kampfhund eine Erzieherin ins Bein gebissen. Auf der Flucht vor dem Tier ist ein Kind vom Klettergerüst gefallen und hat eine Gehirnerschütterung erlitten.

Während sich einige Helfer um die Erzieherin kümmern und die Bißwunde versorgen, beruhigen andere das Kind. Als alle beschäftigt sind, kommt ein zweites Kind aus dem Haus und zeigt seinen verletzten Finger. Mit einem Pflasterverband ist hier schnell geholfen.



Der „Hundebiß“ wirkt erschreckend echt.

Die Schiedsrichter achten auch darauf, ob die Helfer den „Verletzten“ zusprechen und sie beruhigen.

(Fotos: Claes [6], Zimmermann [5])



Arbeit in Dunkelheit

Neun Stationen sind nun durchlaufen, die letzte befindet sich im Kreisverbandsgebäude des DRK Hameln. Zu sehen ist hier (fast) nichts. In einer total abgedunkelten Fahrzeughalle wird ein Verkehrsunfall im Dunkeln dargestellt. Ein Pkw ist gegen einen Baum gefahren. Die Insassen, drei junge Leute, kamen von einer Techno-Party.

Der Fahrer, er hat ein stumpfes Bauchtrauma erlitten, wird vorsichtig aus dem Wagen geholt und nach Unterlegen einer Decke und Zudecken auf dem Boden gelagert. Sein lautes Jammern, die Dunkelheit, zuckende Blaulichter und der eingespielte Verkehrslärm zerren nicht wenig an den Nerven der auf engstem Raum agierenden Helfer.

Die Beifahrerin ist bewußtlos und hat eine Kopfplatzwunde. Mittels Rettungsriff wird sie aus dem Fahrzeug befreit und ebenfalls auf dem Boden gelagert. Seitenlagerung, Wärmeerhaltung, Wundversorgung und ständige Kontrolle der Vitalfunktionen – Maßnahmen, die es auch im Dunkeln zu beherrschen gilt.

Aufgabe gelöst? Ein letzter Blick in das Fahrzeug läßt innehalten – auf dem Boden vor den Rücksitzen liegt ja noch jemand! Die Person ist unverletzt, aber bewußtlos. Sie hat große Mengen von Exstasy-Pillen eingenommen und zeigt Vergiftungserscheinungen. Hier gilt es, die gleichen Maßnahmen wie bei der Beifahrerin anzuwenden. Geschafft. Man glaubt hier an der letzten Station, manchen Stein vom Herzen fallen zu hören.

Rheinland-Pfalz als Sieger

Jetzt noch einige Stunden bangen Wartens bis zur Siegerehrung. Wer wird für das DRK beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb in Italien dabei sein? Am Abend steht fest: Die Gruppe des Landesverbands Rheinland-Pfalz hat's geschafft und darf die deutschen Farben in Italien vertreten. Doch auch die anderen Gruppen können sich mit Stolz und in dem Bewußtsein auf den Heimweg machen, beim Bundeswettbewerb Erste Hilfe 1997 dabei gewesen zu sein und eine gute Leistung gezeigt zu haben. Der Bundeswettbewerb ist vorbei – Hameln gehört wieder dem Rattenfänger allein.

Ergebnisliste

Landesverband	Platz
Rheinland-Pfalz	1
Hessen	2
Niedersachsen	3
Schleswig-Holstein	4
Nordrhein	5
Oldenburg-Jeverland	6
Badisches Rotes Kreuz	7
Oldenburg-Land	8
Berlin	9
Hamburg	10
Saarland	11
Westfalen-Lippe	12
Baden-Württemberg	13
Thüringen	14
Sachsen	15
Mecklenburg-Vorpommern	16
Bremen	17
Sachsen-Anhalt	18
Brandenburg	19
JUH (außer Konkurrenz)	
MHD (außer Konkurrenz)	

Wir stellen vor:

Das Bundesamt für Zivildschutz (BZS)

Zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben des Bundes im Zivildschutz besteht als Bundesoberbehörde im Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Inneren das Bundesamt für Zivildschutz (BZS) in Bonn-Bad Godesberg. Hervorgegangen ist das BZS aus dem Beschluß des Bundeskabinetts im Dezember 1953, eine „Bundesanstalt für zivilen Luftschutz“ zu errichten. Im Dezember 1958 wurde dann das Gesetz zur Errichtung des „Bundesamtes für zivilen Bevölkerungsschutz“ verkündet. Es wurde im Jahre 1974 geändert – seither führt das Amt seine heutige Bezeichnung.

Das Bundesamt für Zivildschutz kann demnach 1998 auf sein 40jähriges Bestehen zurückblicken.

Durch das Gesetz zur Neuordnung des Zivildschutzes (ZSNeuOG) wurden 1997 die Aufgaben des BZS neu geregelt. Folgende Aufgaben werden durch das Bundesamt wahrgenommen:

Gesetzliche Aufgaben:

○ Die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Zivilverteidigungsplanung,

○ die Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals sowie die Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivildschutzaufgaben,

○ die Entwicklung von Ausbildungsinhalten des Zivildschutzes, einschließlich des Selbstschutzes,

○ die Unterstützung der Gemeinden und Gemeindeverbände bei der Erfüllung der Selbstschutzaufgaben,

○ die Mitwirkung bei der Warnung der Bevölkerung,

○ die Information der Bevölkerung über den Zivildschutz, insbesondere über Schutz- und Hilfeleistungsmöglichkeiten,

○ die Aufgabenstellung für technisch-wissenschaftliche Forschung im Benehmen mit den Ländern, die Auswertung von Forschungsergebnissen sowie die Sammlung und Auswertung von Veröffentlichungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung,

○ die Prüfung von ausschließlich oder überwiegend für den Zivildschutz bestimmten Geräten und Mitteln sowie die Mitwirkung bei der

Zulassung, Normung und Qualitätssicherung dieser Gegenstände.

Übertragene Aufgaben:

○ Ergänzung des Katastrophenschutzes der Länder für Zwecke des Zivildschutzes;

○ Förderung der Erste-Hilfe-Ausbildung und der Ausbildung von Pflegehilfskräften;

○ Schutz von Kulturgut;

○ Unterhaltung von Schutzräumen;

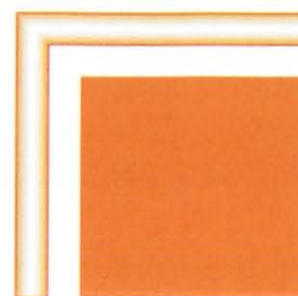
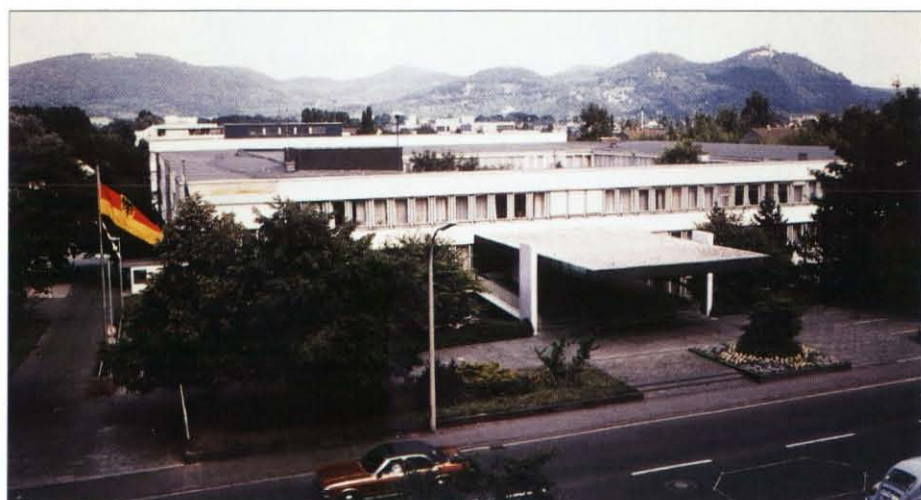
○ Vorsorgemaßnahmen nach dem Wasserversicherungsgesetz;

○ Betreuung der Schutzkommission beim Bundesministerium des Innern.

Die Akademie für Notfallplanung und Zivildschutz im Bundesamt für Zivildschutz führt den Lehrauftrag des Bundesamtes aus.

Informationen über den Zivildschutz sind unter Telefon (02 28) 9 40 - 0 oder Telefax (02 28) 9 40 - 29 81 erhältlich.

Deuschherrenstraße 93,
53177 Bonn
– unter
dieser Anschrift
ist das BZS
zu finden.



AKNZ

AkNZ – Jahresprogramm 1998

Zivile Verteidigung

Bezeichnung	Seminar-tage:	Die Seminare finden in folgenden Kalenderwochen statt:
Allgemeine Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	4	3, 5, 13, 17, 20, 25, 27, 37, 44, 46, 50
Einführung in Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	3	12, 21, 39, 49
Ernährungsnotfallvorsorge für Führungskräfte	3	4, 48
Ernährungsnotfallvorsorge zur Unterweisung des auf diesem Gebiet tätigen oder dafür vorgesehenen verantwortlichen Personals	4	5, 13, 17, 19, 25, 27, 37, 44, 46, 50
Information zur Ernährungsnotfallvorsorge	2	11, 43
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Führungskräfte	3	6, 22, 47
Einführung in die Verkehrssicherstellung für Abteilungsleiter/Sachbearbeiter	3	10, 23, 41, 49
Information zur Verkehrsnotfallvorsorge	2	12, 40
Verkehrssicherstellung für NATO-Experten	2	35
Einzelfragen der Verkehrssicherstellung	4	4, 18, 38, 51
Allgemeine Fragen der Wirtschaftssicherstellung	3	7, 36
Wirtschaftssicherstellung im Rahmen der staatlichen Notfallvorsorge	4	12, 39
Schwerpunkt zur Wirtschaftssicherstellung	2	10, 40
Arbeitssicherstellung für die Bediensteten der Bundesanstalt für Arbeit	3	10, 18, 21, 36, 48, 51
Sicherstellung des Postwesens	3	2, 18, 24, 47
Sicherstellung der Telekommunikation	3	8, 19, 38, 43
Zivil-militärische Zusammenarbeit	4	9, 14, 20, 26, 35, 42, 50
Gesamtverteidigung	10	27/28

Zivildschutz / Selbstschutz

Aufgaben des Zivildschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Sachbearbeiter	3	2, 14, 34, 46
Aufgaben des Zivildschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Wirtschaftliche Angelegenheiten	1	2, 14, 34, 46
Aufgaben des Zivildschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Helferangelegenheiten	2	6, 19, 28, 44, 51
Aufgaben des Zivildschutzes incl. des Katastrophenschutzes - Amtsleiter	3	3, 18, 39, 48
Warnung der Bevölkerung	5	19, 43
Planspiel: Warnung der Bevölkerung	3	27
Arbeitsverfahren zur Sicherstellung der Warnung der Bevölkerung	3	2, 10, 49
Baulicher Zivildschutz	5	7, 20, 38
Schutzraumverwaltung	3	12, 23, 34
Schutzraumstandhaltung	5	4, 17, 26, 36, 45
Erhaltung von Einrichtungen der Wasserversicherung	2	21, 28, 40, 50
Administrative Maßnahmen im Kulturgutschutz	3	9, 24, 41
Praktische Durchführung des Kulturgutschutzes	3	6, 18, 37, 46
Schutz der Gesundheit	3	9, 21, 35, 47
Veterinärverwaltung	2	13, 35, 47
Untersuchungsämter	4	8, 42
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 1	5	2, 5, 10, 17, 20, 27, 34, 40, 44, 46
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 2	5	3, 7, 13, 19, 25, 28, 39, 42, 45, 48
Führen in einer (Technischen) Einsatzleitung 3	3, 4 und 5	9, 22, 37, 50
Leiter von Führungsgremien, Mitarbeiter im Bereich Planung und Einsatz	3	9, 21, 43, 51
Führung und Leitung auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde unter Berücksichtigung landesrechtlicher Regelungen 2	5	3, 5, 7
Öffentlichkeitsarbeit in der Katastrophe, der Krise und im Zivildschutzfall	4	3, 7, 18, 43, 48
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 1	3	5, 7, 8, 13, 19, 23, 27, 34, 37, 39, 43, 45, 49, 51

AkNZ – Jahresprogramm 1998

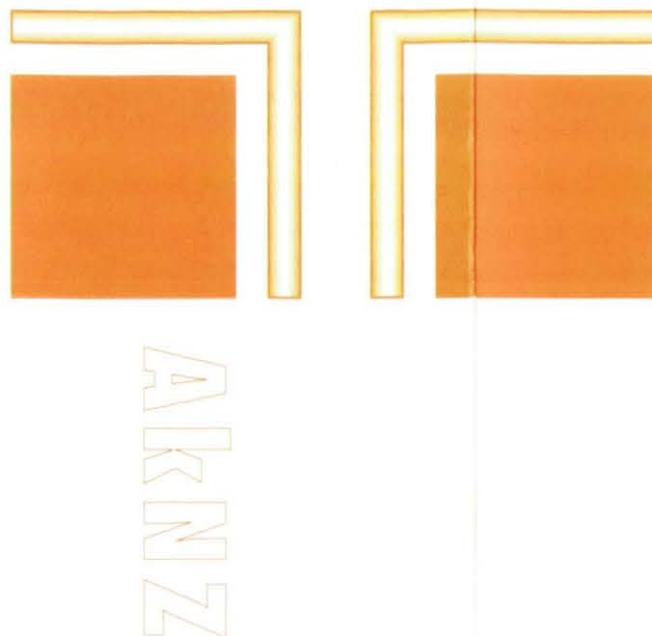
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung 2	3	2, 4, 6, 10, 12, 17, 20, 25, 28, 35, 44, 46, 48, 50
Führung und Leitung unter hoher psychischer Belastung	3	36, 47
Berater für Sanitäts-/Gesundheitsfragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	13, 27, 42
Berater für Betreuung/soziale Dienste in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	3	7, 23, 37
Kommunikationstechnik	3	12, 41
Berater für ABC-Fragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	5, 20, 39
Biologische Risiken	4	11, 48
Chemische Risiken	4	14, 25, 44, 50
Führungskräfte im ABC-Schutz	5	28, 51
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 1	2	6, 38
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz 2	3	24, 49
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz	5	12, 43
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Bereich ABC-Schutz	5	19
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Aufgabenbereich Brandschutz	5	42
Lehrkräfte an den Schulen der privaten Hilfsorganisationen für die Aufgabenbereiche Betreuung und Sanitätswesen	5	17, 35
Anlegen und Durchführen von Übungen für Einheiten und Einrichtungen	4	3, 5, 9, 13, 20, 23, 34, 38, 43, 45
Anlegen und Durchführen von Übungen für Führungsgremien auf der Ebene der Katastrophenschutzbehörde	4	4, 8, 12, 17, 27, 36, 39, 44, 49, 51
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen (Prüfungslehrgang)	3	2, 14, 49
Einsatz pyrotechnischer Gegenstände bei Übungen (Wiederholung)	3	20
Aufgaben der Gemeinden im Selbstschutz	3	2, 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 17, 19, 20, 22, 26, 27, 28, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51
Ausbilder für Selbstschutzthemen	4	4, 11, 19, 23, 26, 28, 38, 46, 49, 51
Selbstschutz in Arbeitsstätten	3	3, 5, 7, 10, 12, 14, 18, 20, 22, 25, 27, 34, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 50
Katastrophenschutz und Selbstschutz in Dienstleistungsunternehmen	3	2, 8, 18, 25, 36, 44

Information

Zivile Verteidigung in Europa	3	18, 45
Neue sicherheitspolitische Anforderungen an Deutschland als Bündnispartner	2	20, 24, 38, 41
Allgemeine Fragen der Notfallvorsorge und zivilen Verteidigung	1	5, 13, 17, 25, 35, 44, 46, 50
Humanitäres Völkerrecht	3	8, 18, 40, 48
Zivilschutz	2	3, 5, 6, 9, 10, 13, 20, 22, 23, 25, 27, 34, 36, 39, 41, 43, 44, 47, 49
Selbstschutz in Arbeitsstätten	2	2, 4, 6, 8, 11, 13, 17, 21, 24, 26, 28, 35, 36, 38, 40, 42, 44, 46, 48, 51
Gesprächskreis/Workshop zu unterschiedlichen Themen	2/3	5, 8, 21, 24, 35, 47

Sonstige Veranstaltungen

Sprengen I für Sprengberechtigte-Anwärter (Prüfungslehrgang)	10	25/26, 35/36, 41/42
Sprengen II für Sprengberechtigte	5	10, 28, 40, 48
Sprengen III für Sprengberechtigte (Prüfungslehrgang)	5	22
Sprengen IV für Sprengberechtigte	5	51



Wir stellen vor:

Die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ)

im Bundesamt für Zivilschutz

Mit der Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im Bundesamt für Zivilschutz besteht in Bad Neuenahr-Ahrweiler eine Bildungseinrichtung des Bundes, die nach modernen pädagogischen Grundsätzen das gesamte Spektrum der zivilen Verteidigung, des Zivilschutzes einschließlich des Selbstschutzes und der zivil-militärischen Zusammenarbeit vermittelt.

Im Rahmen ihres Lehrauftrages hat die Akademie unter anderem folgende Aufgaben:

- Unterweisung des mit Fragen der zivilen Verteidigung befaßten Personals;

- Ausbildung von Führungskräften und Ausbildern des Katastrophenschutzes im Rahmen ihrer Zivilschutzaufgaben;

- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Notfallvorsorge und des Zivilschutzes;

- Vorbereitung, Leitung und Auswertung von Übungen;

- Studien und internationaler Erfahrungsaustausch auf dem Gebiet der Krisenbewältigung und des Zivilschutzes;

- Betreuung von Forschungsvorhaben;

- Mitarbeit in Bund-Länder-Ausschüssen und Arbeitskreisen.

Eine vorrangige Aufgabe der AkNZ ist die Unterweisung bzw. Information der mit der Aufgabenstellung – zivile Verteidigung und Zivilschutz – befaßten Personen bzw. Institutionen.

Die Akademie liegt oberhalb des mittelalterlichen Stadtteils Ahrweiler, umgeben von einer einzigartigen Kulturlandschaft.

In freundlich ausgestatteten Einbettzimmern können bis zu 160 Seminarteilnehmer untergebracht werden.

Zwölf mit moderner Seminartechnik ausgestattete Lehrsäle stehen zur Verfügung.

Die reizvolle Landschaft und vielfältige Freizeitangebote gewährleisten Lernen und Entspannen in einem.

Informationen zum Seminarangebot der AkNZ sind unter Telefon (0 26 41) 3 81 - 2 20 erhältlich.

Die Anschrift der AkNZ lautet:
Ramersbacher
Straße 95,
53474 Bad Neuenahr-
Ahrweiler.



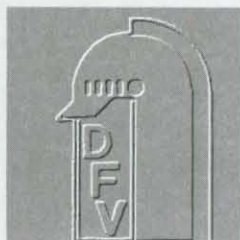
AUS DEN ORGANISATIONEN



ARBEITER-SAMARITER-BUND



DEUTSCHE LEBENSRETTUNGS-GESELLSCHAFT



DEUTSCHER FEUERWEHR-VERBAND



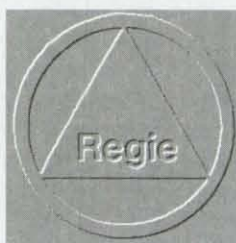
DEUTSCHES ROTES KREUZ



JOHANNITER-UNFALL-HILFE



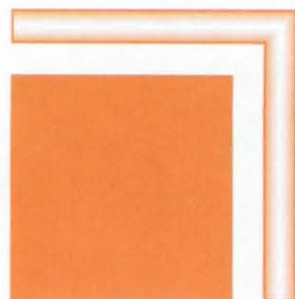
MALTESER-HILFSDIENST



VERBAND DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN DER HELFER IN DEN REGIE-EINHEITEN/-EINRICHTUNGEN DES KATASTROPHENSCHUTZES IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND E.V. (ARRKAT)



TECHNISCHES HILFSWERK



Ausbildung tut not

Neue Konzeptionen in der Diskussion

Von Wolfram Geier

Nachdem mit Inkrafttreten des Zivilschutz-Neuordnungsgesetzes die Reform des Zivil- und erweiterten Katastrophenschutzes abgeschlossen und die Realisierung in den Bundesländern in vollem Gange ist, sind auch die mitwirkenden Hilfsorganisationen gefordert, die von ihnen neu übernommenen Aufgaben in die Praxis umzusetzen.

Neben der Integration von Selbstschutzzinhalten in die Breitenausbildung konzentrieren sich die Anstrengungen der Katastrophenschutzorganisationen vor allem auf die Erarbeitung und Durchführung von Angeboten zur Führungsausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz.

Integriertes Hilfeleistungssystem

Der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) hat im Zuge der Reformdiskussionen vehement ein „Integriertes Hilfeleistungssystem“ gefordert, das aus den Ressourcen der alltäglichen Gefahrenabwehr gebildet werden kann und von der Ersten Hilfe bzw. dem Selbstschutz der Bürger

beginnend, den Rettungsdienst, den Brandschutz, die Technische Hilfeleistung, den Katastrophen- und den Zivilschutz umfaßt.

Da diese Forderung mit den Vorstellungen der anderen Verbände sowie vieler Länder und Kommunen weitgehend deckungsgleich ist, hat dies natürlich Auswirkungen auf die „Integrierte Führungsausbildung“ im ASB sowie deren konkrete Umsetzung.

Ausbildung von Führungskräften im ASB

Die Technischen Leiter des Arbeiter-Samariter-Bundes haben auf ihren Tagungen im Frühjahr und Herbst 1997 ein Konzept beschlossen, das den Anforderungen an eine umfassende, komplexe Führungsausbildung gerecht wird. Folgende inhaltliche Innovationen stehen dabei im Vordergrund.

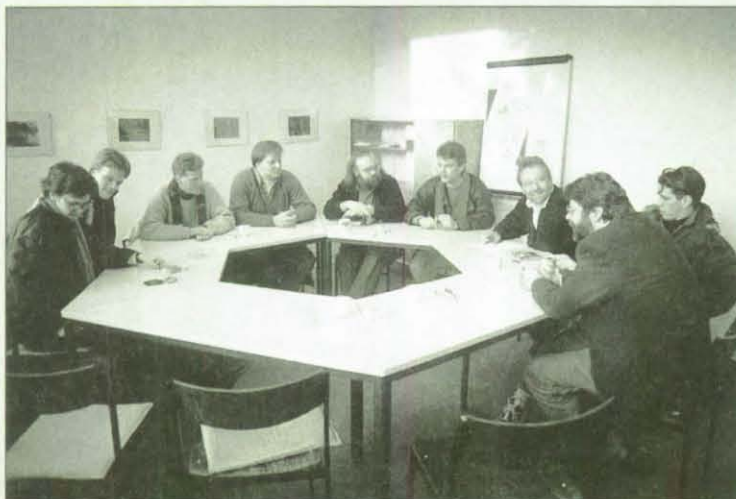
1. Die „Integrierte Führungsausbildung“ soll künftig zur fachlichen Führung von Einheiten des Sanitäts- und Betreuungsdienstes gleichermaßen qualifizieren.

2. Um die Fachdienste des Katastrophenschutzes enger mit anderen, verwandten Aufgabenbereichen zu verknüpfen, werden zusätzliche Module zur klassischen Fachdienstführungsausbildung zwischen- und nachgeschaltet. Dabei ist vor allem an Verknüpfungen zu den Aufgaben- und Leistungsbereichen Rettungsdienst, sanitätsdienstliche Absicherung von Großveranstaltungen und die Führung von Schnell-Einsatzgruppen (SEG) gedacht.

Selbstverständlich werden die Ausbildungsschwerpunkte in der Führung von Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes liegen. Da jedoch verschiedene Bundesländer im Zuge der Zivilschutzreform beschlossen haben, ihre künftigen Katastrophenschutzeinheiten SEG-fähig zu konzipieren und aufzustellen, um bei größeren Schadenslagen den Rettungsdienst zu unterstützen, liegt es nahe, die Führungsausbildung um die Sparten „SEG“ (SEG Rettung und SEG Betreuung) sowie „Rettungsdienst“ zu erweitern.

Organisatorischer Leiter

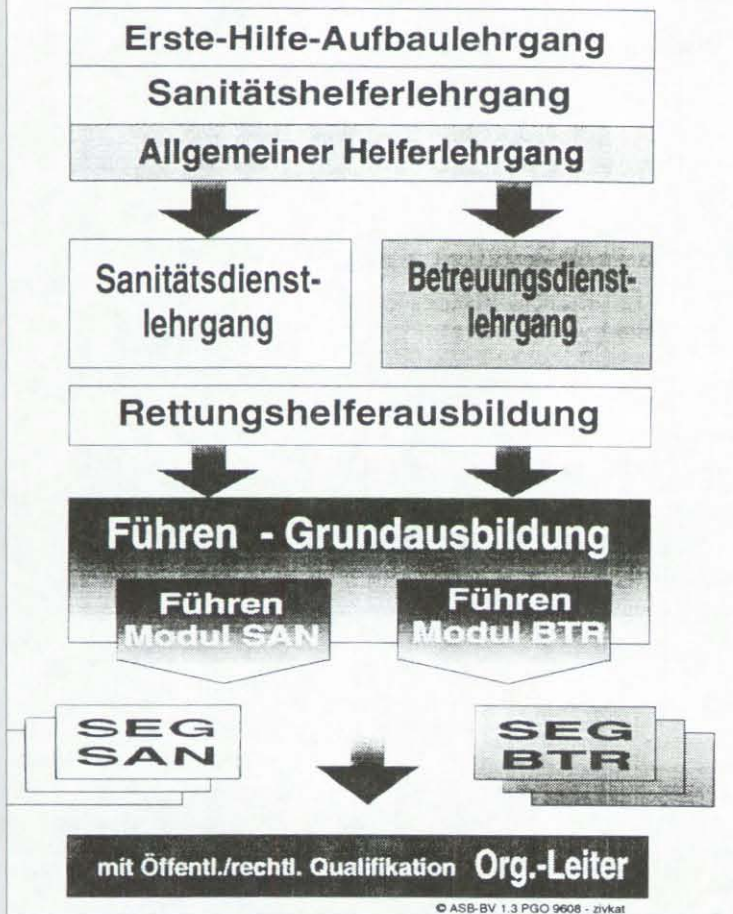
In einem zusätzlichen Ausbildungsmodul, das fakultativ absolviert werden kann, besteht auch die Möglichkeit, rettungsdienstlich qualifizierte Helfer zum „Organisatorischen Leiter Rettungsdienst“ fortzubilden. Die curricularen Vorstellungen aus Bundesländern, in denen der Organisatorische Leiter Rettungsdienst bereits in Ländergesetzen festgeschrieben ist, werden dabei berücksichtigt. Eine Anerkennung des Ausbildungsgangs wird für diese Bundesländer vom ASB angestrebt. Durch die Option der Weiterqualifizierung zum „Organisatorischen Leiter Rettungsdienst“ sowie die rettungsdienstlichen Mindestqualifikationen geht der ASB ganz bewußt den Weg, die in der Vergan-



Die Ausbildung von Führungskräften ist wichtig für den Katastrophenschutz.



Zivil- und Katastrophenschutz Sanitäts- & Betreuungsdienst Ausbildungsmodulare im ASB



Überlegungen abgeschlossen und verbandspolitische Beschlüsse hierzu gefallen sind, geht der ASB nun an die praktische Umsetzung der „Integrierten Führungsausbildung“ im Gesamtverband. Um einen guten Mix aus theoretischer und praktischer Ausbildung zu gewährleisten, werden sich die Lehrgänge auf wenige Standorte im Bundesgebiet konzentrieren, die neben der nötigen Manpower auch die entsprechend geeigneten praktischen Ausbildungs- und Übungspotentiale besitzen oder mit diesen kooperieren. Am Katastrophenschutzausbildungszentrum des ASB in Bremen wird auf dem Gelände der ehemaligen Landeskatastrophenschutzschule ein Pilotlehrgang gestartet, der für das Gros der Teilnehmer neben einem hohen Praxisanteil vor allem die zusätzliche Qualifizierung zum „Organisatorischen Leiter“ beinhaltet.

Der Arbeiter-Samariter-Bund ist nach intensiven Fachdiskussionen der Überzeugung, mit dem neuen modularen Ausbildungsgang zur „Integrierten Führungsausbildung im Zivil- und Katastrophenschutz“ den richtigen Weg eingeschlagen zu haben, um dem Ziel eines „Integrierten Hilfeleistungssystems“ entscheidend näher zu kommen.

genheit eher getrennt agierenden Leistungsbereiche Katastrophenschutz und Rettungsdienst personell und organisatorisch gezielt zu vernetzen. Dadurch soll neben organisatorischen Synergieeffekten eine bessere Zusammenarbeit bei gemeinsamen Einsatzanlässen erreicht werden.

Verbesserung der notfallmedizinischen und psychologischen Kompetenzen

Da der rettungsdienstlichen Qualifikation künftig eine höhere Bedeutung bei der Mitwirkung der Sanitätsorganisationen im Katastrophenschutz beigemessen wird, setzt der ASB die Rettungshelferausbildung neben dem Sanitäts- bzw. Betreuungsdienstlehrgang für Helfer als Mindestqualifikation für die Führungsgrundausbildung voraus.

Die Untersuchungsergebnisse der Universität Ulm (Prof. Dr. E. Pfenninger) anlässlich einer kritischen Bestandsaufnahme der medizinischen Hilfeleistungspotentiale im Zivil- und Katastrophenschutz der Bundesrepublik in der ersten Hälfte der 90er Jahre sind dabei vom ASB berücksichtigt worden. Durch die Erhöhung des Ausbildungsniveaus soll eine zwingend notwendige Verbesserung der notfallmedizinischen Versorgungskompetenzen im Katastrophenschutz angestrebt werden. Gleiches gilt für die neu aufgenommenen Ausbildungsinhalte zum Themenkomplex „psychologische und psychosoziale Aspekte“, die in einer modernen Führungsausbildung in Aufgabenbereichen des Bevölkerungsschutzes eine besondere Bedeutung besitzen müssen.

Nachdem die konzeptionellen, pädagogischen und didaktischen

Helfen
ist unsere
Aufgabe



Allen Menschen, die Hilfe
brauchen. Auch im Ausland:

- Soforthilfe für Katastrophen-Opfer.
- Hilfe zur Selbsthilfe.
- Know how, Berater und Güter zum Aufbau von Hilfs- und Wohlfahrtseinrichtungen.

Helfen
Sie
mit!

Spendenkonto
1 8 8 8
Postgiroamt Köln
BLZ 370 100 50

Wenn Sie mehr wissen wollen,
schreiben Sie an den
Arbeiter-Samariter-Bund
Sülzburgstraße 140 · 50 937 Köln



Der Tag, als das Wasser kam

Hunderte von Helfern und die Zentrale Koordinierungsstelle der DLRG arbeiteten rund um die Uhr

Die gewaltigen Regenfälle Anfang Juli ließen Oder und Neisse über die Ufer treten. Weite Gebiete in Polen und Tschechien wurden über Nacht von den Fluten überrascht. Die Menschen in unseren Nachbarländern wurden als erste von der Katastrophe heimgesucht. Die traurige Bilanz: über 100 Todesopfer, viele Verletzte und Zehntausende, die die Flut obdachlos machte.

Mit einer Verzögerung von zehn Tagen erreichten die schmutzigen Fluten von Oder und Neisse die ostdeutschen Gebiete und überschwemmten hunderte Quadratkilometer Land. Deiche wurden aufgeweicht, sogen sich voll und brachen schließlich. Mit Millionen von Sandsäcken aufgestockte Dämme wurden überflutet. Die Oder erreichte am 27. Juli bei Frankfurt ihren historischen Höchststand von 6,57 m.

500 Helfer alarmiert

Als sich die Überflutung abzeichnete, richtete die Technische Leitung beim DLRG-Präsidium im Bundeszentrum, Bad Nenndorf, am 17. Juli eine zentrale Koordinierungsstelle für die bundesweit bereitstehenden Wasserrettungszüge und -gruppen der DLRG ein. „Über 500 Retter, Taucher und Bootsführer mit mehr als 100 Motorrettungsbooten wurden alarmiert“, erklärte Peter Sieman, Leiter der Koordinierungsstelle. Er stand im ständigen Kontakt mit dem Technischen Leiter Einsatz, Hans-Jürgen Mey, und Rainer Engelbracht, dem Referenten für Katastrophenschutz.

„Als erstes haben wir dem Innenministerium in Brandenburg unsere Hilfe angeboten und die sofortige Einsatzbereichscharft signalisiert“, beschreibt Sieman die Maßnahmen, über eine Zentralnummer war die Koordinierungsstelle rund um die Uhr erreichbar.

DLRG-Gruppen aus Halle und Zerbst waren die ersten, die vor Ort

Folien werden unter Wasser eingebracht, um weitere Schäden zu verhüten.



arbeiten. Sie sicherten vom Wasser aus die Deichbauarbeiten. Später halfen Taucher der DLRG beim Wiederaufbau gebrochener Deiche. Wie viele tausend Helfer arbeiteten sie in Schichten rund um die Uhr. Nach einer Woche Hilfeleistung bis zur totalen Erschöpfung wurden sie von Wasserrettungsgruppen aus Stade und Nordheide abgelöst. Diese sind ausgestattet mit modernen, wendigen Motorrettungsbooten. Sie fungierten als schnelle Einsatzgruppe in Eisenhüttenstadt und Finkenheerd, führten Transferfahrten von Helfern durch und transportierten Gegenstände. Parallel dazu dichteten die Rettungstaucher mit Kunststoffplanen die abgerutschten Deiche ab.

Zudem unterstützte die Koordinierungsstelle die Stäbe vor Ort bei der Beschaffung dringend benötigter Materialien, so zum Beispiel Trinkwassertanks und Rettungswesten.

Als sich die Gefahr der Deichbrüche verschärfte, wurden Wasserrettungszüge und Rettungstauchergruppen angefordert. Sie sollten die Deiche mit Kunststofffolien und Sandsäcken abdichten. Ihre Haupteinsatzorte waren die Gebiete um Eisenhüttenstadt und das Oderbruch.

Rainer Engelbracht und Peter Sieman verlegten ihre Tätigkeit in das Katastrophengebiet, um vor Ort die Arbeiten der immer zahlreicher eintreffenden DLRG-Rettungsgruppen zu koordinieren.

Bis zur Aufhebung der Alarmstufe 4 arbeiteten 270 DLRG-Rettungstaucher, Bootsführer, Einsatzleiter, Ärzte, ABC- und Betreuungsfachleute im Katastrophenschutz im Oder-Neisse-Gebiet. Sie absolvierten etwa 2.600 Manntage. Viele Helfer arbeiteten bis zur völligen Erschöpfung. In Zusammenarbeit mit Bundeswehr, Feuerwehr, THW und den anderen Helfern gelang es, bis auf einige Ausnahmen, die Dämme zu halten und wieder aufzubauen.

270 Fachleute aus zehn Landesverbänden

Insgesamt beteiligten sich Wasserrettungszüge und -gruppen aus Berlin, Brandenburg, Braunschweig, Bremen, Hessen, Nordrhein, Niedersachsen, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Westfalen an den Einsätzen. Bis zum 9. August mußten die Menschen an Oder und Neisse noch bangen, bevor die Gefahr gebannt war.

Erschöpft, aber sicher auch glücklich und etwas stolz kehrten die zahlreichen Helfer der DLRG wieder nach Hause zurück. Am zweiten Augustwochenende leistete die Koordinierungsstelle Hochwasser in Bad Nenndorf ihre letzte „Schicht“. Wenige Tage später stellten die Stäbe und Leitstellen in der Orderregion ihre Arbeit ein. Jetzt beginnt die Zeit, Bilanz zu ziehen und vor allem, die Schäden zu beseitigen.

„Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz um unsere Heimat“

Susanne Mey, stellvertretende Leiterin der Öffentlichkeitsarbeit im Präsidium der DLRG, war im Katastrophengebiet von Oder und Neisse. Sie hat Eindrücke, Stimmungen und Meinungen eingefangen. Ihre eigene Meinung: „Was ich erlebt habe, war eine eindrucksvolle Demonstration der Solidarität und Hilfe“.

„Die Haut aus Gummi, die Nerven aus Stahl“, schrieb die Märkische Oderzeitung über die 22 Rettungstaucher der DLRG aus den Stadtbezirken Bremen und Bremerhaven, die den Deich in Hohenwutzen von der Wasserseite mit 200 m Folie und Sandsäcken abdichteten. Unter den Tauchern war auch Thomas Reim (31) aus Bremerhaven, seit 1981 Mitglied der DLRG. Sein Bericht: „Hier tun wir etwas zur Vorsorge für das Leben vieler Menschen, und das ist schon ein erhebendes Gefühl. Gemeinsam mit den vielen Bundeswehrsoldaten kämpfen wir dafür, daß das Wasser am Deichfuß auf der Oderseite nicht weiter seinen Weg in und durch den Deich sucht. So ganz ungefährlich ist die Arbeit nicht. Strömung und Treibholz erschweren die Arbeit. Immer wieder finden wir neue Risse, die im Eiltempo abgedichtet werden müssen. So schnell, wie wir die Sandsäcke unter Wasser verlegen, können sie gar nicht herbeschafft werden.“



Auch unter Wasser müssen Sandsäcke verlegt werden.



Rührend fand er den Zettel, den sie in der Unterkunft, einer Schule von Seelow, neben zwei Kannen Kaffee vorfanden. Das Hausmeisterehepaar schrieb darauf: „Vielen Dank für Ihren unermüdlichen Einsatz, unseren Deich und damit unser Zuhause zu retten“. Dazu noch einmal Thomas Reim: „So etwas richtet nach einem schweren Arbeitstag die müden Knochen noch einmal auf.“

Die Einsatzzentrale der DLRG war auf einem Hof direkt am Deich untergebracht. Hier koordinierten Rainer Engelbracht, Peter Sieman und Günter Frese, Zugführer des Landesverbandes Bremen, in Zusammenarbeit mit Vertretern des Landesumweltministeriums und dem Deichgrafen den Einsatz. Fahrzeuge und technisches Material waren ebenfalls auf dem Hof untergebracht.

Zu jeder Tages- und Nachtzeit gab es eine heiße Tasse Kaffee und selbstgebackenen Kuchen. Auch die zahlreichen Presse- und Medienvertreter, die sich auf dem Hof versammelten, wurden versorgt. Ein weiterer Wasserrettungszug aus Stade wurde am 1. August an das Oderbruch verlegt, um bei Reitwein den Deich wasserseitig mit Folie abzudichten.

In der Ziltendorfer Niederung gab es für die DLRG andere Aufgaben, die bewältigt werden mußten. Mit Booten richteten die Helfer der DLRG einen Fährbetrieb für die Anwohner der Ernst-Thälmann-Siedlung ein, die ihr Hab und Gut zurückklassen mußten.

Einer der DLRG-Retter, der den Anwohnern bei der Bergung ihrer wertvollen Habe half, ist Nikolaus Schlotter aus dem niedersächsischen Seevetal. „Als ich Nikolaus

traf, stand er immer noch unter dem des Erlebten“, berichtete Susanne Mey. Er sagte: „Soviel Leid und Elend unter den Einwohnern haben mich sehr mitgenommen.“

Als er die Bewohner mit dem Boot zu ihren Häusern brachte, die bis zum ersten Stock im Wasser standen, brachen sie in Tränen aus. Viele Menschen mußte er unverrichteter Dinge wieder zurückfahren, weil es nichts mehr zu retten gab. Andere konnten noch ein paar Dinge aus den Häusern holen, manche hatten aber nur noch das, was sie am Körper trugen. Obwohl Nikolaus Schlotter selbst Trost gebraucht hätte, kümmerte er sich um die leidgeprüften Menschen.

Als es nichts mehr zu retten gab, kümmerten sich die Bootsbesatzungen der DLRG, gemeinsam mit Feuerwehr und THW, darum, Öltanks leerzupumpen, um mögliche Umweltschäden bei einem Platzen der Tanks infolge des großen Wasserdrucks zu verhindern. Weiter sicherten die Bootsbesatzungen Treibgut, das in einigen Häusern bereits Fenster eingeschlagen hatte. Zum Entsetzen der Einwohner hatten sich in oberen Stockwerken einiger Häuser bereits Wasserratten angesiedelt. Immer wieder wurden Tierkadaver geborgen, die einen entsetzlichen Gestank verbreiteten.

Am Rande des Hochwassers hatten Nikolaus und seine Kameraden ihr Zelt aufgeschlagen. Rund um die Uhr schob eine Mannschaft Wachdienst und patrouillierte mit Booten durch die überflutete Niederung. „Man ist so machtlos gegen diese Wassermassen“, sagte Nikolaus, „aber mehr als wir bisher geleistet haben, können wir einfach nicht tun.“

Unermüdlich sind die Helfer der DLRG im Einsatz.





„First responder-System“ im Blick

Aus medizinischer Sicht ist unstrittig, daß ein frühzeitiger Beginn einer Hilfeleistung einen Zeitgewinn im Sinne der Erstversorgung darstellt. Je früher eine Versorgung beginnt, desto größer wird der medizinische Nutzen sein, unabhängig von der psychologischen Wirkung auf die Betroffenen. Für ein derartiges Hilfeleistungssystem können, sofern die entsprechenden Rahmenbedingungen es erlauben, Angehörige der Feuerwehren oder der Hilfsorganisationen infrage kommen. Durch vorgegebene Alarmierungsstrukturen bieten sich für die Organisation eines derartigen Hilfeleistungssystems Feuerwehren an.

Diese Hilfeleistung ersetzt nicht den Rettungsdienst und ist keine Konkurrenz dazu, sondern stellt bis zum Eintreffen des Rettungsdienstes eine Versorgung der Betroffenen mit den Möglichkeiten des Systems sicher. Die Organisation des „First responder-Systems“ ist nicht gekoppelt an den Abtransport oder an die Organisation, die diesen Transport durchführt.

Das Hilfeleistungssystem kann Teil der Aufgaben der Feuerwehren sein, ohne daß daraus eine Verpflichtung für jede Feuerwehr erwächst. Die Alarmierung einer organisierten Ersten Hilfe soll über die Rettungsleitstelle erfolgen. Der Einsatz ist nur dort sinnvoll und vertretbar, wo er tatsächlich planbar und regelmäßig zu einer merklichen Verkürzung des „therapiefreien Intervalls“ bei Überschreiten der medizinischen Hilfsfrist bei lebensbedrohlichen Verletzungen/akuten Erkrankungen führt.

Das „First responder-System“ ist der Einsatz von Angehörigen der Feuerwehren, die zusätzlich speziell ausgebildet und ausgerüstet, ständig einsatzbereit sind und bei vitalen Bedrohungen durch die Rettungsleitstelle zum Einsatz kommen. Voraussetzung für die Teilnahme an einem „First responder-System“ ist eine Zusatzqualifikation über die im Rahmen der feuerwehrtechnischen Ausbildung erworbenen Ersten Hilfe hinaus, die jährlich wiederholt wer-

den muß. Diese zusätzliche Ausbildung ist erforderlich für Angehörige von Feuerwehren, die nicht Rettungsassistenten oder -assistenten sind. Ausbildungsinhalte, -umfang und -erfolg müssen ärztlich kontrolliert werden.

Da die Hilfeleistungen unmittelbar an einem Patienten erbracht werden, sind Maßnahmen zur Qualitätssicherung (Dokumentation/Einsatzkontrolle) erforderlich. Daher muß der Einsatz durch einen verantwortlichen Arzt überprüft werden.

Einzelheiten der Ausbildung, der Organisation und des Einsatzes orientieren sich an den landesrechtlichen Vorgaben und Strukturen.

Günter Hölzl, DFV-Vizepräsident
Prof. Dr. Peter Sefrin,
Bundesfeuerwehrarzt

Feuerwehr-Leistungsbewerbe im Ausland

Meldeschluß: Ende Februar 1998

Für einen Start deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Leistungsbewerben 1998 im Ausland sind nachfolgende Bedingungen zu beachten:

1. Grundsätzliches

Die Teilnahme deutscher Feuerwehren an Feuerwehr-Leistungsbewerben im Ausland ist aufgrund gegenseitiger Vereinbarungen der nationalen Feuerwehrverbände geregelt und möglich. Für die Feuerwehren der Bundesrepublik Deutschland ist hierfür der Deutsche Feuerwehrverband zuständig.

2. Antrag

Anträge zur Teilnahme an einem Feuerwehr-Leistungsbewerb im Ausland sind zu richten an den

Deutschen Feuerwehrverband (DFV)
– Bundesgeschäftsstelle –
Koblenzer Straße 133
53177 Bonn

Für die Teilnahme an einem Feuerwehr-Leistungsbewerb im Ausland

ist eine Starterlaubnis des DFV erforderlich.

An einer Teilnahme interessierte deutsche Feuerwehren können die Unterlagen bis Ende Februar formlos beim DFV anfordern.

Zusätzlicher Hinweis für bayerische Feuerwehren: Teilnahmevoraussetzung für Feuerwehren des Freistaates Bayern ist, daß die Mitglieder der Bewerbungsgruppe mindestens die Stufe II (Silber) des Bayerischen Feuerwehrleistungsabzeichens besitzen. Diese Voraussetzung ist von den Abnahmeberechtigten des DFV zu prüfen. Liegt die Voraussetzung nicht vor, kann keine Abnahme der Trainingsleistung und Bestätigung im Anmeldebogen erfolgen.

3. Voraussetzungen

Allgemeine Voraussetzungen (gemäß österreichischen Bestimmungen) für die Zulassung sind, daß das Mitglied der Bewerbungsgruppe

- seit mindestens drei Monaten aktives Feuerwehrmitglied ist,
- am ersten Tag des Leistungsbewerbes (Stichtag) das 65. Lebensjahr nicht überschritten hat und
- einen gültigen Feuerwehrdienstausweis besitzt.

Der Aktive darf im Bewerb um das FLA in Bronze und im Bewerb um das FLA in Silber bei jeder Bewerbsveranstaltung nur einmal antreten,

- darf unbeschadet des Besitzes eines FLA aus einem früheren Feuerwehr-Leistungsbewerb erneut antreten.

Die Bewerbergruppe

- muß aus Angehörigen der gleichen Feuerwehr bestehen,
- muß in der Klasse A antreten, wenn das Gesamtalter der Aktiven weniger als 270 Jahre beträgt,
- darf bei einem Gesamtalter von 270 Jahren und darüber entweder in der Klasse A (ohne Alterspunkte) oder in der Klasse B (mit Alterspunkten) antreten.

Frauengruppen bzw. gemischte Gruppen der Feuerwehren können nur dann eine Starterlaubnis erhalten, wenn das Gastland hierfür Bewerbungsgruppierungen vorgesehen hat bzw. wenn dem DFV von dort eine Einwilligung zum Start (Sondergenehmigung) vorliegt. Jugendfeuerwehren können an diesen Bewerben nicht teilnehmen.



4. Bedingungen

Bei den hier angesprochenen Feuerwehr-Leistungsbewerben im Ausland handelt es sich um Bewerbe nach den Bestimmungen für den Bewerb um das FLA in Bronze/Silber des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes bzw. den Bestimmungen für den Erwerb des FLA in Bronze und Silber des LFV Südtirol, die im wesentlichen den Bestimmungen des Österreichischen Bundesfeuerwehrverbandes entsprechen.

Magnesium im Fahrzeugbau

Da die Gefahr, im Einsatzfall im Kfz-Bereich mit Magnesium in Form einer Legierung in Berührung zu kommen, mittlerweile gewachsen ist, hat der DFV-Ausschuß für Technik ein Merkblatt mit folgendem Wortlaut erstellt:

Zur Gewichtsreduzierung im Kraftfahrzeugbau und somit auch zur Einsparung von Kraftstoff kommt es vermehrt zum Einsatz von Magnesium (Mg). Konkret finden Magnesiumteile als Motorblöcke, Zylinderkopfdeckel, Ansaugkrümmer, Getriebe- bzw. Kupplungsgehäuse, Armaturenräger, Sitzlehnenrahmen, Türstrukturen in Verbindung mit anderen Werkstoffen und Bauteilen bei Fahrzeugkarosserien Verwendung.

Aufgrund dieser neuen Produktphilosophie der Fahrzeughersteller kommen auf die Feuerwehren neue Einsatzstrategien beim Brand zu.

Deshalb soll mit diesem Merkblatt die notwendige Sensibilität für die Thematik „Brandgefahr und Löscheinsatz“ nicht nur im Bereich der Fahrzeugbrände, sondern vor allen Dingen bei der Bearbeitung von Magnesium-Bauteilen und die damit auftretenden Probleme und Gefahren im Werkstattbereich oder im Bereich der Hobbybastler geweckt werden.

Fahrzeugbrände – Technische Hilfeleistungen

Bei Fahrzeugbränden oder Technischen Hilfeleistungen bei Ver-

kehrsunfällen mit eingeklemmten Personen ist eine gewisse Vorsicht angebracht.

Versuche in der Fahrzeugindustrie haben aufgezeigt, daß Magnesiumbauteile erst nach mehrminütiger Flammenbeaufschlagung (Zündpunkt je nach Legierung bei ca. 2.800° C) in Brand geraten sind. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Auslaufen von Kraftstoff und Öl hingewiesen.

Verhaltensweise bei Fahrzeugbränden

1. Bei Bränden von Magnesium-Bauteilen (nach der klassischen Lehrmethode bei den Feuerwehren), wenn vorhanden, auf

- Löschpulver Brandklasse D (3–5 fache Menge Pulver/Brandgut)
- Zement
- trockenen Sand
- Graugußspäne zurückgreifen.

Wenn es die Umgebung zuläßt und keine Personen gefährdet sind, entweder

- wie bisher mit viel Wasser aus sicherer Entfernung löschen oder
- die Magnesium-Brandmasse kontrolliert abbrennen lassen
- Umgebung kühlen
- Angriffsleitung in Bereitstellung

2. Bereich der Bearbeitungsindustrie sowie der mechanischen Werkstätten und der Hobbybastler:

a) Werkstattbereich

Jede(r) mit Magnesium umgehende Person/Betrieb muß sich über die leichte Entzündlichkeit dieses Werkstoffes und die explosionsartige Brandausbreitungsgefahr bei Staub- oder Pulver-Luftgemischen im klaren sein. Entsprechende Schutzmaßnahmen gehen auch aus der TRgA 509 hervor.

Grundsätzlich gilt:

- eine strikte Trennung von zu bearbeitenden Werkstoffen (Magnesium- und Eisen-Stäuben/-pulver/-spänen). Hier ist eine besondere Gefahr beim Trennschleifer-/Schleifscheiben-Einsatz gegeben;
- Lagerung und Transport nur in besonders gekennzeichneten, geschlossenen Behältern;
- absolutes Rauchverbot;

– Vorhalten trockener Löschmittel;

– Für die oben aufgeführten Bereiche sollte u.a. im Rahmen von Begehungen (z.B. Vorbeugender Brandschutz) auf die Gefährlichkeit aufmerksam gemacht werden;

– mit der örtlichen Feuerwehr einen Alarmplan erstellen.

b) Hobbybastler

Für den Bereich der Hobbybastler sollten die Feuerwehren im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Gefahrensituation hinweisen. Da Bastler in der Regel keine Vorstellung von der Reaktion Magnesium-Pulver/-Späne mit Wasser haben, könnte ihnen anhand von Vorführungen dieses Risiko praktisch vor Augen geführt werden.

„Feuerwehr-Olympiade“ jetzt auf Video

Die Freiwilligen Feuerwehr Böblingen (Röhler Weg 12, 71032 Böblingen, Tel. 07031/273047) bietet einen professionell gedrehten Videofilm auf VHS-Kassette von der 11. Feuerwehr-Olympiade in Herning/Dänemark an. Und zwar zugeschnitten auf die deutschen Mannschaften – 30 Minuten Wettkämpfe, packende Szenen und die wichtigsten Entscheidungen.

Aufbau eines Notrufs

Im Bemühen um einen einheitlichen Aufbau von Notrufmeldungen über 112 können die Feuerwehren offenbar einen (Teil-)Erfolg verzeichnen. So haben sich die Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitssicherheit und der Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften bei ihren Informationen und Unterweisungen dem Feuerwehr-Vorschlag angeschlossen: WER (meldet), WO (ist der Schadens-/Notfall), WAS (ist geschehen), WIE (ist die Lage/Situation), WARTEN (auf Rückfragen).



Hautnah erlebtes Hochwasser

DRK-Helfer im Einsatz bei der Jahrhundertflut

„Es war nicht so, wie es im Fernsehen ausgesehen hat. Es war in Wirklichkeit viel schlimmer. Kein Bild hat richtig wiedergeben können, welches Ausmaß die Katastrophe tatsächlich hatte“, sagte

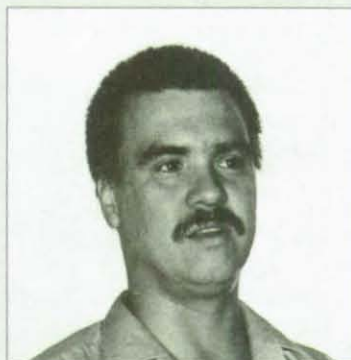


Anne Caspar vom Team der zehn DRK-Helfer aus Hamburg und Berlin in Slubice. Sie war nachhaltig beeindruckt von dem, was die Fluten angerichtet hatten und gerade auf polnischer Seite war der Schaden viel größer als in Frankfurt/Oder auf der gegenüberliegenden Flußseite. Anne Caspar gehörte zum Team von



Einsatzleiter **Jürgen Hirsch**, der mit den Kollegen zwei Wochen lang für die Verpflegung und Betreuung eines Teils der evakuierten Bevölkerung von Slubice gesorgt hatte. Jürgen Hirsch, im normalen Leben Unternehmer, der sich seine Firma mit einem Partner teilt, arbeitet leidenschaftlich gerne für das Rote Kreuz, weil er darin einen Sinn sieht. Anderen Menschen zu helfen macht einfach Spaß und man lernt interes-

sante Menschen kennen, auch wenn die Begleitumstände nicht die besten sind. In Polen hat er mit seinem Team für rund 6.000 Evakuierte gesorgt. Teilweise waren die Bedingungen mehr als erbärmlich, wie z.B. bei einer Gruppe von 48 Menschen, die sich zwei Duschen und einen Kochtopf teilen mußten. In den 14 Tagen seines Einsatzes haben die Helfer rund 300 Tonnen Lebensmittel verteilt.



Auch **Konrad Kerpa** aus Berlin gehört zur Truppe der Helfer in Slubice. Er hatte bereits zweimal seinen Einsatz verlängert und mußte nun wieder zurück nach Berlin.



Anka Puls, attraktive Schülerin, hätte bereits längst wieder in der Schule sein müssen. Aber auch für sie war der Wunsch, helfen zu wollen, zwingend. An den Direktor ihrer Schule ging schlicht ein Brief, in dem sie erklärte, warum sie zu Schulbeginn nicht erscheinen würde. Man muß eben Prioritäten setzen. Die Hilfe hat Vorrang.

So sehen das auch die beiden Betreuer für die „Bundeswehrosoldaten-Waschstraße“. Waschstraße halt daher, weil die „Jungs“ auf der einen Seite dreckig rein und auf der anderen Seite sauber rauskommen.



Ferdinand Pressel, chemisch-technischer Assistent aus Berlin, sammelt zum erstenmal Erfahrungen in der Katastrophe. Ebenso wie



der Student **Markus Szymaniak**. Warum sie beide für die „Bundeswehrosoldaten-Waschstraße“ zuständig sind, können sie auch nicht so genau erklären, aber das ist ja auch egal. Irgendwer muß schließlich dafür sorgen, daß die Duschen funktionieren und auch saubergemacht werden. Und das macht Ferdinand Presse nur mit rechts und nicht mit links, weil er die linke Hand in Gips ruhen hat. Ein bißchen gehandicapt ist er schon beim Schrubben der Holzplatten in den Duschzelten.

Die Arbeit jedes einzelnen Teams ist unverzichtbar, jeder ist ein le-



benswichtiges Rädchen im Getriebe der Hilfe. Genau wie die vier Leute der Wasserwacht aus Neuruppin. Wir erwischen sie am letzten Einsatztag, bevor es wieder nach Hause geht. Zwei Wochen waren sie in Frankfurt/Oder. Hauptsächlich zuständig für die Sicherung der Dämme vor Treibgut und zum Schutz für die tausend Helfer der Bundeswehr, damit niemand „absäuft“ bei seinem Einsatz. Einsatzleiter und Lehrer **Wolfram Baum**, seit 20 Jahren begeisterter Wasserwachtler, findet Helfen ebenso selbstverständlich wie Unterrichten. Und natürlich hat er Verständnis für die 18jährige



Stefanie Gerlich, die sich vom Unterricht befreien ließ, damit sie mit „Dienst am Nächsten schieben“ kann. Ihre Klassenkameradinnen haben Stefanie ein bißchen um diese zusätzliche schulfreie Zeit beneidet.

Glücklicherweise hat sie keinen Lernstreß in der Schule und glaubt, daß sie Versäumtes problemlos aufholen kann. Warum sie bei der Wasserwacht ist? „Na, ist doch klar, um zu schwimmen natürlich“, erzählt sie und dann hat sie ja auch die Rettungsschwimmerausbildung bei der Wasserwacht gemacht. Kurioses



erfahren wir von **Jens Lengert**, der berichtet, daß die DRK-Wasserwacht

in Frankfurt/Oder einen umgekippten Bundeswehr-Lkw aus den Fluten der Oder gefischt hat. Fahrer und Beifahrer haben sich problemlos retten können, aber wieder flott gemacht haben die Kiste die Wasserwachtler aus Neuruppin. Wir sehen gerade noch den vierten Mann des Teams kommen, der unterwegs war, um etwas zu besorgen. Dann flüchten wir, weil die Luft voll ist mit Wespen, Mücken und all den anderen Fluggeräten, die stechen. Prompt hat's mich erwischt und ich werde umgehend Erste-Hilfe-mäßig versorgt. Zum Schluß dann nochmals im Haus des Kreisverbandes Frankfurt/Oder, durch den Mann, für den es keine Probleme gibt, der immer einen Rat und immer weiter weiß:



Horst Boldt, Kreisgeschäftsführer von Frankfurt/Oder. „Der Boldt macht das schon“, hat einer der Helfer gesagt. Und Horst Boldt

macht wirklich. Da schüttelt er mal eben so aus dem Ärmel sechs Kühlschränke für die Bundeswehr in den Hallen der Messe Frankfurt/Oder. Denen verkommen die Lebensmittel und kalte Getränke mit Temperaturen um die 30 Grad Celsius mag auch niemand. Nicht bei der Hitze, die Land und Leute jetzt heimgesucht hat. Oder die Insulin-Spritzen, die das Team in Slubice dringend für Zuckerkrankte benötigt. Er treibt sie auf, innerhalb von zehn Minuten. Nicht ganz die benötigte Menge, aber morgen sehen wir weiter. Eben auf die Schnelle noch eine Spendenübergabe durch Gerd Padotzke, Geschäftsführer der Firma „Ruef-Handelshof“ in Höhe von 20.000,- Mark für die Hochwasseropfer Brandenburg. Fototermin mit den lokalen Zeitungen und einem Stadtfernsehsender. Und wieder zurück ins Büro. So nebenbei wird noch der Einsatz für einen Eintrag ins Guinness-Buch der Rekorde veranlaßt. Die Wasserwachtler planen ein 24-stündiges Dauerrutschen im Schwimmbad.

Und dann war da noch jemand, der sagte: „Ich gehe nicht mehr in die Badewanne, weil ich Wasser in der Menge nicht mehr sehen kann.“ Wir können das verstehen.

*Text und Fotos:
Margitta Zimmermann*

Dir zu Liebe
ERSTE HILFE
Mir zu Liebe
Rotes Kreuz +

Das Rote Kreuz dankt für den kostenlosen Abdruck



Zum dritten Mal dabei

JUH bei der LoveParade 1997 in Berlin im Einsatz

Auch in diesem Jahr unterstützte die JUH, Kreisverband Berlin, den Malteser-Hilfsdienst bei der Durchführung des Sanitätsdienstes bei der LoveParade 1997 in Berlin. Seitens des MHD gab es diesmal eine wesentlich größere Anforderung an Personal und Material an die JUH als in den vergangenen Jahren.

Es kamen insgesamt fünf Krankenwagen, vier Rettungswagen, zwei Notarzteinsatzfahrzeuge, zwei arztbesetzte und zwei mobile Sanitätsstationen sowie drei Mannschaftstransporter und der Fernmeldedienst zum Einsatz. Diese Einsatzmittel wurden von insgesamt 80 Helfern, darunter vier Ärzte, besetzt.

Seitens der JUH war es kein Problem, dieser Material- und Personalanforderung, dank der Unterstützung anderer Kreisverbände, gerecht zu werden. Auch die Forderung des MHD, daß keine Helfer unter Sanitätshelfer-Ausbildung (60 Stunden) eingesetzt werden sollten, konnte erfüllt werden.

Mittlerweile hat der JUH-Kreisverband Berlin zum dritten Mal an der LoveParade unterstützend teilgenommen. Dies machte sich auch in der positiven Zusammenarbeit während der Planungsphase unter den Ortsverbänden bemerkbar. Helfermeldungen, Materialbeschaffung und Koordination liefen im wesentlichen reibungsfrei.

Wie schon in den letzten drei Jahren war die Zusammenarbeit mit dem MHD im Vorfeld und während der Veranstaltung sehr gut. Vor allen Dingen während des Einsatzgeschehens konnte festgestellt werden, daß kaum noch Berührungspunkte zwischen den eingesetzten Malteser- und Johanniter-Helfern bestanden.

In diesem Jahr war eine bessere Disposition der eingesetzten Fahrzeuge möglich, da eine funkmäßige Trennung zwischen RTW und KTW stattgefunden hat. Trotzdem kam es dazu, daß sich zeitweise an einigen Sanitätsstationen mehrere Fahrzeuge sammelten.

Es wäre eventuell einsatztaktisch günstiger gewesen, keine Fahrzeugpools zu bilden, sondern aufgrund des schwer zu durchfahrenden Einsatzgebietes die Fahrzeuge nahezu flächendeckend über die Strecke zu verteilen. Im nächsten Jahr sollte bei der Alarmierung der Fahrzeuge nicht die örtliche Nähe zur Einsatzstelle ausschlaggebend für die Alarmierung sein, sondern die günstigste (schnellste) Anfahrt.

Es macht keinen Sinn, ein Fahrzeug von einem Standort südlich der Strecke zu einem Einsatzort nördlich der Strecke zu schicken, wenn dieses durch eine Menschenmasse mit hoher Dichte bzw. außen herum fahren muß. Ein weiter entfernt stehendes Fahrzeug ist über parallel verlaufende, leerere Straßen wesentlich schneller am Einsatzort und verringert somit die Hilfeleistungsfristen.

Es wäre auch darüber nachzudenken, inwieweit es einsatztaktisch günstig ist, die Notarzteinsatzfahrzeuge unter Einsatzbereitschaft den mobilen Sanitätsstationen zuzuteilen, um diese somit zeitweise zu arztbesetzten Stationen „umzufunktionieren“.

Trotz des verhältnismäßig hohen Ausbildungsstandes der eingesetzten Helferinnen und Helfer muß bemerkt werden, daß ein Teil der Einsatzkräfte mit den vorgekommenen Unfall- und Krankheitsbildern über-

fordert waren. Dies führte zwangsläufig dazu, daß nicht-adäquate Alarmierungen von RTW und NEF erfolgten, die somit unnötig in Einsätzen gebunden waren.

Um dieses in Zukunft zu vermeiden, ist nicht nur eine Grundqualifikation der Helfer, sondern auch rettungsdienstliche Erfahrung vonnöten. Alternativ dazu wäre auch denkbar, daß mindestens ein bis zwei Rettungssanitäter bzw. -assistenten pro Station zum Einsatz kommen, die keine Führungsaufgaben haben, sondern ausschließlich zur Patientenbetreuung eingesetzt werden (analog eines medizinischen Leiters).

Durch die hohe Anzahl von Teilnehmern der diesjährigen LoveParade kam es punktuell zum Anfall von mehreren Verletzten, die durch mobile Sanitätsstationen versorgt wurden. Da nicht immer ein Leitender Notarzt, der eigentlich nur für die medizinische Führung bei einem Massenankunft von Verletzten verantwortlich ist, zur Verfügung steht, wäre es günstig, einen mobilen Einsatzleiter vorzuhalten.

Im großen und ganzen war die diesjährige LoveParade wieder ein Motivationsschub für die Helfer von MHD und JUH. Die Helfer der JUH freuen sich schon auf eine gute Zusammenarbeit mit dem MHD bei der LoveParade 1998.

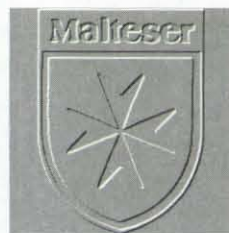
Menschen in Not zur Seite stehen.

Eine Aufgabe der Johanniter.
Unterstützen Sie uns.
Ihre Spende lindert Not.

Spendenkonto: **43 43 43 43**
bei der Bank für Sozialwirtschaft Köln (BLZ 307 205 00)

DIE JOHANNITER





Ein Dauerbrenner:

Koordination in der internationalen Katastrophenhilfe

Fortsetzung aus Heft 3/97

II. Europaweite Koordinierung

1. ECOM – Das europäische Malteser Netzwerk in der Katastrophenhilfe

Das Ziel des Emergency Corps of the Order of Malta (ECOM) ist die Bündelung der Kapazitäten von derzeit acht europäischen Malteser Assoziationen im Bereich Not- und Katastrophenhilfe, um diese bei Bedarf gemeinsam und sich gegenseitig ergänzend in den Einsatz zu entsenden. Da der Malteser Auslandsdienst das ECOM-Sekretariat, die operative „Leitzentrale“ von ECOM stellt, ist es unsere besondere Aufgabe, alle verfügbaren Informationen, Material, Personal und Finanzen zu erfassen, zu koordinieren und entsprechend des Bedarfs anzufordern und vor Ort einzusetzen.

2. UN und Europäische Union

Die zentrale Koordination der Hilfsmaßnahmen mit der UN sowie der Europäischen Union wurde in den letzten Jahren zunehmend ins Einsatzgebiet verlegt. Trotzdem ist es notwendig, engen Kontakt mit der Europäischen Union in Brüssel wie zur UN in Genf zu unterhalten. In Brüssel und Genf haben die Malteser Vertretungen bzw. Malteser Ordensbotschaften, welche die Anliegen der Malteser Assoziationen im Notfall auch persönlich unterstützen. Sonstige Kontakte auf europäischer Ebene werden einsatz- und projektbezogen aufgebaut.

III. Koordinierung im Einsatzgebiet

Um neben der Soforthilfe auch Hilfestellungen für eine dauerhafte

Entwicklung geben zu können, ist eine enge, partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den lokalen Regierungsbehörden, z. B. dem Gesundheitsministerium, Zollbehörden, Einwanderungsbehörden, Kirchenvertretern, lokalen Hilfsorganisationen, Einzelpersonen, wie z. B. Stammesfürsten oder andere traditionelle Führer, in einer Gemeinschaft zwingend notwendig.

Immer wieder stehen die Katastrophenhelfer angesichts der erdrückenden Not in Gefahr, zu vergessen, daß sich der ausländische Helfer als „Gast“ in einem fremden Land befindet und sich seine Vorstellungen, Prioritäten und Ansichten nicht immer mit denen der „Gastgeber“ decken müssen. Auch entspricht die von ihm aufgenommene Realität nicht immer der „Wirklichkeit“. Zudem sind Länder, in denen Katastrophen stattgefunden haben, keine rechtsfreien Räume. Die lokalen Autoritäten sind daran interessiert, zu wissen, welche ausländischen Helfer sich im Land aufhalten, welche Medikamente importiert

werden und wer wo welches Gebäude baut. Auch die Tatsache, daß der Bedürftige ein Mitspracherecht hat, sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

Die Koordination vor Ort wird in der Regel vom UNHCR oder einer allgemein anerkannten „Lead-Agency“, die durch die in der Anfangsphase der Katastrophe anwesenden Organisationen bestimmt wird, übernommen. In kurzer Zeit bilden sich Arbeitsgruppen für bestimmte Arbeitsfelder, die sich bei akuten Katastrophen oft täglich treffen, um sich abzustimmen. Innerhalb dieser Gruppen werden Verantwortungsbereiche, beispielsweise die Zuständigkeit für ein bestimmtes Flüchtlingslager, direkt abgegeben oder die regelmäßige Teilnahme als Grundlage für eine Aufgabenübergabe und Kofinanzierung durch den UNHCR angesehen. So informell diese Treffen auf den ersten Blick erscheinen mögen – sie sind ein festes und vielleicht das wichtigste Instrument der Koordination unter den Hilfsorganisationen, da alle Akteure daran beteiligt sind.



Die Malteser sind auch in der internationalen Katastrophenhilfe aktiv, hier beim Einsatz einer Wasseraufbereitungsanlage.



Der Malteser-Jahresbericht 1996 meldet unter „Katastrophenschutz“:

Neues flexibles Einsatzkonzept

Auch 1996 stand der Katastrophenschutz noch im Zeichen der Umstrukturierung. Dennoch blieb die Gesamtzahl der aktiven Malteser Helferinnen und Helfer dieses Bereichs weitgehend konstant (- 426) – unter anderem aufgrund der Neuausrichtung der Einheiten auf

ein flexibles Einsatzkonzept. Die Anzahl der Sanitäts-, Betreuungs- und Pflegegruppen konnte gesteigert werden. Zusätzlich wurden 1996 63 neue Schnelleinsatzgruppen (SEG) aufgestellt. Ihre Ausrichtung auf den örtlichen Bedarf und ihre Verfügbarkeit auch außerhalb von Katastrophenfällen führten zu einer gestiegenen Zahl von Einsätzen.

Mitarbeiter im Katastrophenschutz	1995	1996
Aktive Helferinnen und Helfer vom Wehrdienst freigestellt	15 470 5 584	15 044 5 611
Gruppen, davon	998	1 101
Sanitätsgruppen	450	479
Betreuungsgruppen	158	195
Verpflegungsgruppen	125	154
Fernmeldegruppen	60	45
Schnelleinsatzgruppen	94	157

Problemfelder der Katastrophenkoordination

Trotz aller Bemühungen und den dabei bisher erzielten Ergebnissen muß jedoch auch festgehalten werden, daß Koordination in der internationalen Katastrophenhilfe noch nicht effektiv genug gestaltet wird. Die Ursachen hierfür liegen in strukturellen Rahmenbedingungen und Zwängen der Katastrophen an sich. Die erschwerenden Rahmenbedingungen für die Koordination sind beispielsweise der Zeitdruck, unter dem gehandelt werden muß, fehlende Infrastruktur, fehlende Kommunikationsmittel oder die Gesamtzahl der Flüchtlinge.

Eine zentrale Stellung innerhalb des Koordinierungsnetzes kommt den Medien zu. Dies kann sich positiv, aber auch sehr negativ auswirken. Zum einen liegt es im Interesse der Bedürftigen wie auch der im Katastrophengebiet tätigen Hilfsorganisationen, daß über die Ereignisse berichtet wird, um damit politischen Handlungsdruck zu erzeugen und Spenden zu mobilisieren. Andererseits

zeichnen sich einige Katastrophenberichterstattung dadurch aus, daß sie kurzfristige spektakuläre Bilder oder Skandale aus dem Katastrophengebiet liefern müssen, um ihre Auftraggeber im Heimatland zu befriedigen. Dieser Erfolgsdruck führt zu selektiver Darstellung und schlechten Hintergrundrecherchen. Aber auch die Hilfsorganisationen rücken Medienträchtigkeit und Spendenwirksamkeit in den Mittelpunkt ihrer Hilfen, ohne sich dabei zu koordinieren oder negative Nebeneffekte zu berücksichtigen. Doch auch in diesem Bereich sind eindeutige Verbesserungen zu erkennen.

Perspektiven in der Internationalen Koordinierung von Hilfsmaßnahmen

Durch die Einführung neuer Kommunikationstechniken ergeben sich auch für die Koordination von Katastrophenhilfe neue Möglichkeiten und Chancen. Bereits jetzt kann man über Internet aktuelle Informationen über Bedarfslagen, Aktivitäten von anderen Organisationen etc.

abrufen, die bisher schwierig zu bekommen waren. Auch die Interaktion zwischen den verschiedenen Teileinheiten im Feld wird erleichtert und ermöglicht neue Koordinationsformen. Die Malteser versuchen sich aktiv und im Sinne der Bedürftigen einzubringen und empfinden die Zusammenarbeit als ein gegenseitiges „Geben und Nehmen“. Viele Hilfsmaßnahmen konnten nur aufgrund der engen Zusammenarbeit effektiv durchgeführt werden. Trotzdem muß weiter an Verbesserungen und einer Feinabstimmung gearbeitet werden.

Not ist grenzenlos



Die Malteser leisten weltweit Aufbau- und Entwicklungshilfe für Menschen in Not und bei Bedarf akute Katastrophenhilfe.

Spendenkonto 5 000 000
Postbank Köln,
BLZ 370 100 50
Kennwort: Auslandsdienst

Wir informieren Sie gerne.
Schreiben Sie an:
Malteser Auslandsdienst,
Kalker Hauptstr. 22,
51103 Köln,
Telefon 0221/9822-222

Name:
Straße:
Ort:
Telefon:
(A.I.D.)





IDNDR-Initiative zur nachhaltigen Entwicklung der Katastrophenvorsorge

Die Rio-Nachfolgekonzferenz der Vereinten Nationen, die im Juni des Jahres in New York stattfand, hatte sich u.a. auch mit der Bedeutung der Katastrophenvorsorge für nachhaltige Entwicklungsprozesse (sustainable Development) befaßt.

Der Begriff der nachhaltigen Entwicklung soll sich bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen als neues Leitbild durchsetzen und die Komplexität des Zusammenwirkens ökonomischer, ökologischer und sozialer Prozesse gleichermaßen berücksichtigen.

In der AGENDA 21 wird hierzu explizit die Entwicklung und Anwendung von Kriterien und Indikatoren gefordert, mit deren Hilfe national und international Entwicklungsprozesse daraufhin überprüft werden sollen, ob sie dem Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gerecht werden.

Der Vorsitzende des deutschen IDNDR-Komitees, Hans Koschnik, hatte deshalb am 16. 09. 1997 zu einer Expertenrunde nach Bonn eingeladen. ARKAT-Bundvorsitzender Klaus-Dieter Kühn, Vertreter des Umweltbundesamtes (UBA) sowie des Wissenschaftlichen Beirates für

globale Umweltfragen (WBGU) waren sich einig, daß nachhaltige Entwicklungsprozesse zweifellos eine Beurteilung der jeweiligen Risiken für Gesellschaften und Umwelt und deren Vulnerabilität und Katastrophenanfälligkeit erfordern. Dazu ist es notwendig, die gesamte Kausalkette der Ursachen, Wirkungen und Folgen von Katastrophen zu betrachten, um nicht nur Indikatoren für die Beurteilung der Katastrophenanfälligkeit zu erhalten, sondern vor allem auch die Nachhaltigkeit der Katastrophenvorsorge selbst initiieren und zu erwartenden Risiken adäquate immaterielle und materielle Ressourcen gegenüberstellen zu können.

Eine nachhaltige Strategie der Katastrophenvorsorge muß deshalb

○ durch Risikoanalysen und präventive Planung Katastrophensachen vermeiden,

○ Katastrophewirkungen durch die Analyse von Schadensszenarien und deren Wirkungen auf Gesellschaften und Umwelt identifizieren und

○ durch Integration von Hilfeleistungspotentialen und Management-

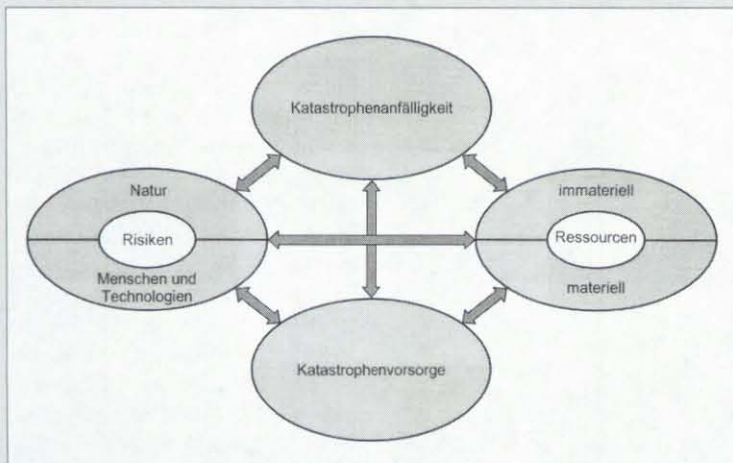
systemen Katastrophenfolgen mindern bzw. vermeiden.

Das jetzt vom IDNDR-Komitee in Auftrag gegebene Gutachten über die Einbindung der Katastrophenvorsorge in die UN-Indikatorenliste wird damit nicht zuletzt auch ein Einstieg in die weitere Diskussion über ein vernetztes Vorsorgesystem sein.

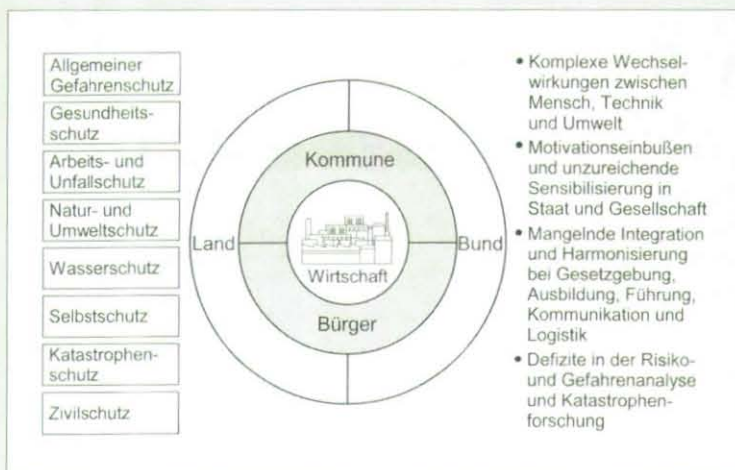
Durch eine engere Vernetzung der an der Katastrophenvorsorge beteiligten Aufgabenträger und Verantwortungsebenen lassen sich zweifellos große Synergieeffekte, verbunden mit erheblichen Kosten- und Qualitätsvorteilen, erzielen.

„Die Katastrophenanfälligkeit für das deutsche Staatsgebiet ist bislang nicht definiert. Das Oder-Hochwasser müßte aber alle Verantwortungsträger hinsichtlich bestehender globaler Risiken, deren Ursachen zum Teil außerhalb Deutschlands angesiedelt sind, wieder neu sensibilisiert haben. Schließlich entscheiden gesellschaftliche – also gestaltungsabhängige und politikfähige – Faktoren, ob sich die Exponiertheit gegenüber extremen Ereignissen zum positiveren beeinflussen läßt oder zur existentiellen Katastrophe auswächst“, konstatierten Wiebke Lass (Gesellschaft für sozio-ökonomische Forschung, Potsdam) und Fritz Reusswig (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) in ihrem Diskussionsbeitrag für das IDNDR-Komitee. Nicht zuletzt das Oder-Hochwasser hat gezeigt, daß in Deutschland dank präventiver Warnmöglichkeiten, gut organisierter Hilfskräfte und einer großen nationalen Anteilnahme deutlich weniger Schäden auftraten als in den vom Hochwasser betroffenen Nachbarländern.

Systematische Forschungen, wie eine Gesellschaft auf drohende Gefahren mit einem entwickelten Katastrophenpräventionspotential



Indikatoren für nachhaltige Katastrophenvorsorge.



Ebenen eines risikobewußten Katastrophenmanagements (Verantwortungspartnerschaft)

bzw. bei eingetretenen Katastrophen mit einem entsprechend verfügbaren Katastrophenbewältigungspotential reagieren muß, existieren derzeit nur ansatzweise. Methodisch schlagen LASS und REUSSWIG vor, sog. syndromgestützte Indikatoren der Katastrophenanfälligkeit zu erarbeiten.

Der „Syndrom-Ansatz“ des WBGU gilt innerhalb der deutschen Forschungslandschaft als ein vielversprechendes wissenschaftliches Analyse- und Politikberatungsprojekt, mit dem versucht werden soll, alle wichtigen Elemente der Katastrophenvorsorge syndromar zueinander in Beziehung zu setzen.

Regieeinheiten an der Oder

Analysiert man den Pressespiegel aus den vom Hochwasser betroffenen Gebieten an der Oder, nimmt nach den vorläufigen Bilanzen vor allem der Einsatz von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz, Technischem Hilfswerk und Bereitschaftspolizei breiten Raum in der Berichterstattung ein. So haben beispielsweise

die Streitkräfte Einheiten der ABC-Abwehrtruppe eingesetzt, um Häuser zu reinigen und zur Seuchenprophylaxe beizutragen. Von ABC-Komponenten des Katastrophenschutzes hörte man dagegen wenig.

Mit im Katastropheneinsatz an der Oder war auch die kommunale Regieeinheit der Katastrophen-

schutzbehörde des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, deren Helfer am 24. 07. 1997 nach Anforderung durch das Innenministerium des Landes Brandenburg alarmiert wurden. Die Einheit meldete sich in einer Stärke von 1/20 Helfern mit vier Fahrzeugen (Führungsfahrzeug, UNIMOG-N 1450, W50 MTW, LO 2002 Werkstattwagen mit drei Schlauchbooten) bei der Einsatzleitung in Eisenhüttenstadt, wo sie gegen 19:00 Uhr den ersten Einsatzauftrag erhielt. Gemeinsam mit Einheiten der Bundeswehr waren die Helfer bis in die frühen Morgenstunden des 25. 07. zur Deichabsicherung, d. h. Aufkantung der Deichkrone im Abschnittskilometer 6,5–10,5 und zur Abdichtung von Sickerstellen an der Deichsohle mit Sandsäcken eingesetzt.

Am 25. 07. von 08:00 bis 18:30 Uhr luden die Helfer zunächst Sandsäcke und Faschinen um und wurden dann gegen 19:00 von der Einsatzleitung zur Ausleuchtung eines anderen akut gefährdeten Deichabschnitts auf einer Länge von 3,5 km beordert. Diese Arbeiten wurden mit Material des THW durchgeführt und dienten der Unterstützung der Bundeswehr.

Während der Arbeiten gingen wolkenbruchartige Regenfälle nieder, die den bis 23:00 Uhr währenden Einsatz erheblich erschwerten und für alle Helfer auf dem Deich ein zusätzliches Sicherheitsrisiko darstellten.

Am Morgen des 26. 07. wurde die kommunale Regieeinheit dann zu Evakuierungsmaßnahmen nach Ziltendorf und später nach Neuzelle beordert. Am 27. 07. gegen 20:00 Uhr rückten die Helfer wieder in die Katastrophenschutztechnische Zentrale nach Altdöbern ein. Vier Tage waren sie nahezu rund um die Uhr überwiegend mit logistischen Aufgaben zur Unterstützung von THW und Streitkräften betraut gewesen. Alle eingesetzten Helfer waren ohne Ausnahme hoch motiviert und diszipliniert an die Erfüllung der gestellten Einsatzaufgaben herangegangen. Die mitgeführte Ausstattung, speziell die Wetterschutzbekleidung, hatte sich bewährt. Geleitet wurde der Einsatz von Dietmar Zeidler, dem anfänglich die Verpflegung und nächtliche Unterbringung seiner Helfer Probleme bereitete.



Die Schutzbekleidung aus vergangenen Zeiten hat sich bei strömendem Regen bewährt.

Größter Einsatz in THW-Geschichte

Hilfeleistung gleichzeitig in In- und Ausland



Die außergewöhnlich starken Regenfälle in Tschechien und Polen haben im Juli den größten Einsatz in der Geschichte des THW ausgelöst. Zunächst erreichten die Flüsse in diesen Ländern Jahrhundertpegelstände und überfluteten weite Landesteile. Die Wassermassen breiteten sich mit einer solchen Macht über das Land aus, daß ganze Ortschaften innerhalb weniger Stunden weggespült wurden und viele tausend Einwohner in beiden Ländern obdachlos wurden.

Beauftragt und finanziert vom Arbeitsstab für Humanitäre Hilfe des Auswärtigen Amtes leistete das THW bereits ab dem 12. Juli in Polen technische Hilfe mit Trinkwasseraufbereitungsanlagen und Pumpen. Der Einsatzschwerpunkt lag in und um Wroclaw und Opole; später dann auch in Tschechien. In Opole sicherte das THW unter anderem die Wiederinbetriebnahme eines Kraftwerkes und einer Glashütte, indem es mit Hochleistungspumpen tiefgelegene Räume wasserfrei hielt.

In Wroclaw lag der Hauptbedarf von Beginn des Einsatzes an beim Trinkwasser. Später unterstützte das THW hier auch die Aufräumarbeiten. Am Rande ist zu vermerken, daß am 10. April 1997 ein gegenseitiges Hilfeabkommen zwischen Polen und Deutschland unterzeichnet worden war. Obwohl es noch nicht ratifiziert ist, erleichterte es doch bereits die Hilfeleistung im Nachbarland.

Mit einer zeitlichen Verzögerung von mehr als einer Woche erreichte die erste Oder-Flutwelle deutsches Gebiet bei Ratzdorf. Durch die schon eingesetzten THW-Kräfte in Polen, aber auch durch eine unbürokratische Zusammenarbeit mit den verantwortlichen polnischen und tschechischen Stellen wurde rechtzeitig über das Ausmaß der zu erwartenden Hochwasserflut informiert.

Ausgesprochen hilfreich war die Einbindung des THW sowohl in bilaterale grenzüberschreitende und

gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen in Anrainerstaaten, wie auch durch seine Einbindung in das internationale Hilfeleistungssystem im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland.

Dadurch standen bereits frühzeitig Informationen von polnischer und tschechischer Seite über die drohende Hochwasserkatastrophe zur Verfügung. Zusätzlich verschaffte der frühe THW-Einsatz in Opole und Wroclaw detaillierte Erkenntnisse über den Zeitpunkt und das Ausmaß der in Richtung Deutschland rollenden Oder-Flutwelle.

Mehr als 7.000 THW-Helfer kamen mit über 200 Kraftfahrzeugen und – teilweise schwerem – Gerät zum Schutz der Menschen an der Oder in den Einsatz. Die erste Phase des Einsatzes war naturgemäß gekennzeichnet von den Bemühungen, Schäden abzuwenden oder gering zu halten. THW-Helfer erfüllten u.a. folgende Aufgaben:

- Füllen und Verladen von Sandsäcken; am Hubschrauberlandeplatz in Eisenhüttenstadt beluden THW-Helfer Netzcontainer und hängten diese im Minutentakt an Hubschrauber, die sie auch selbst einwiesen,

- Deichsicherung; u.a. unterstützten THW-Helfer mit Booten Taucher der DLRG beim Verlegen von Plastikplanen und beleuchteten die Einsatzstellen verschiedener Organisationen,

- Pendelverkehr mit Booten und waffähigen Lkw für die Bevölkerung und Materialtransporte.

In dieser Phase war das THW zunächst nur aufgrund örtlicher Anforderungen im Einsatz. Später kamen zur Verstärkung oder Ablösung auch THW-Helfer weiter entfernt liegender Ortsverbände an die Oder.

Nachdem der Scheitel der Flutwelle die Einsatzorte passiert hatte, begann für das THW die zweite Phase. Die Hilfe wurde überörtlich vom Innenministerium des Landes Bran-

denburg angefordert und dem THW wurde die Ziltendorfer Niederung als eigener Einsatzabschnitt übertragen.

Während der Wasserspiegel langsam zu sinken begann, änderten sich die Aufgaben:

- Ölschadensbeseitigung in Häusern und auf Wasserflächen,
- Pumparbeiten in Häusern und Fäkaliengruben,
- Beräumen von Häusern, gemeinsam mit Bewohnern,
- Einspeisen von Strom in das Elektrizitätsnetz,
- Unterstützung der Instandsetzung von Ver- und Versorgungsanlagen,
- Beseitigung von Tierkadavern.

In enger Kooperation mit den Berliner Wasserbetrieben überprüfte und reinigte das THW Hausanschlüsse am Netz der Ziltendorfer Niederung. Nachdem auch Wasserproben aus den Häusern analysiert waren, konnten die Bewohner unbesorgt wieder ihr Leitungswasser verwenden.

Insgesamt gelang es der THW-Einsatzleitung zeit- und bedarfsgerecht materielle und personelle Ressourcen entlang der Oder-Deiche in Bereitschaft zu bringen. Darüber hinaus konnten bereits während der ersten Krisensitzung zum Hochwasser im Innenministerium Brandenburg (14. Juli) THW-Fachberater erste Erfahrungen der THW-Mannschaft aus Polen beitragen.

Damit stand das THW als Bundesorganisation den Krisenstäben in Brandenburg von Beginn an für technische Hilfeleistung zur Verfügung. Mit allen Behörden und den beteiligten Hilfsorganisationen, besonders zu nennen sind hier aber auch der Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr, war die Zusammenarbeit durchweg hervorragend. Daß dieser Katastrophenfall manchen punktuellen Mangel besser offenlegen konnte als jede Übung, sollten alle Beteiligten als Chance nutzen.

Weiterführung der Gesundheitsstrukturreform im Rettungsdienst

Von Dr. Günter Döhler

1. Rückblick

Die Leistungserbringer im Rettungsdienst haben große Anstrengungen unternommen, die negativen Auswirkungen der Deckelung durch das per 1. 1. 1993 gültige Gesundheitsstrukturgesetz für den Rettungsdienst in Grenzen zu halten und gleichzeitig durch Vorschläge zur Weiterentwicklung des Systems sowie zur Begrenzung der Kosten beizutragen (5, 8, 10, 11, 23).

In Vorbereitung der 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform hat das DRK dann im Oktober 1995 eine Konzeption „Strukturreform im Rettungsdienst“ beschlossen, die von den anderen Hilfsorganisationen mitgetragen wurde und volle Akzeptanz in der 5. Sitzung der „Ständigen Konferenz für den Rettungsdienst“ am 17. 11. 1995 fand. Diese Konzeption war zum damaligen Zeitpunkt das einzige umfassende Konzept für die Weiterentwicklung des Rettungsdienstes in der Bundesrepublik Deutschland (21).

Wichtige grundsätzliche Forderungen der Konzeption „Strukturreform im Rettungsdienst“ fanden dann auch im Entwurf des GKV-Weiterentwicklungsgesetzes der Regierungskoalition ihren Niederschlag (9, 19). Danach sollte im § 27 SGB V (Krankenbehandlung) der Rettungsdienst als eigener Leistungsbereich aufgenommen und als § 36 a separat definiert werden, was mit der überfälligen Herausnahme des Rettungsdienstes aus dem § 60 Fahrkosten verbunden gewesen wäre.

Die Änderung des § 75 (1) sollte die ebenfalls überfällige eindeutige Zuordnung der notärztlichen Tätigkeit zum Rettungsdienst definieren und im neuen § 133 war generell das Verhandlungsmodell zwischen Leistungserbringern und Krankenkassen vorgesehen. Die Entwürfe der anderen Parteien zur 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform enthielten zum Rettungsdienst keine Vorschläge.

Der Gesetzesentwurf wurde nach der 2. und 3. Lesung am 24. 5. 1996 im Bundestag beschlossen, am 14. 6. 1996 im Bundesrat behandelt, von da in den Vermittlungsausschuß verwiesen und scheiterte dort endgültig am 26. 8. 1996. Daraufhin verabschiedete die Regierungskoalition am 26. 9. 1996 „Eckpunkte zur Fortführung der 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform“, die in den Referentenentwurf zum 2. GKV-Neuordnungsgesetz vom 18. 10. 1996 eingingen. Für den Rettungsdienst war dieser Gesetzesentwurf insofern fatal, als keine der grundsätzlichen Forderungen des GKV-Weiterentwicklungsgesetzes erneut aufgegriffen und gleichzeitig der Krankentransport in eine Satzungs- bzw. Gestaltungsleistung der GKV umgewandelt wurde. Die Versi-

cherten sollten also ihren gesetzlichen Anspruch auf die Erstattung von Krankentransportleistungen verlieren.

Im Vorfeld der Anhörung zu diesem Gesetzesentwurf am 4. 12. 1996 im Gesundheitsausschuß des Deutschen Bundestages hat sich das DRK mit entsprechenden Stellungnahmen an alle Fraktionsvorsitzenden des Deutschen Bundestages, das Bundesministerium für Gesundheit und den Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses gegen diese Regelung gemeinsam mit anderen Leistungserbringern und den Krankenkassen vehement zur Wehr gesetzt, die danach auch wieder fallengelassen wurde. Zu diesem Zeitpunkt ging es also nicht mehr um die Weiterentwicklung des Rettungsdienstes, sondern nur noch um eine Schadensbegrenzung, ausgelöst durch politische Entscheidungen.

Interessant ist, daß nach Scheitern dieses Gesetzes im Bundesrat und im Vermittlungsausschuß die SPD-Fraktion mit der Bundestagsdrucksache 13/6578 vom 13. 12. 1996 zwei entscheidende Punkte wieder aufgegriffen hatte: nämlich die Regelung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst durch Änderung des § 75 (1) SGB V sowie das Verhandlungsmodell im § 133 SGB V.

Der Deutsche Bundestag hat das neu gefaßte 2. GKV-Neuordnungsgesetz am 20. 03. 1997 nach der 2. und 3. Lesung beschlossen. Trotz Ablehnung im Bundesrat und Nicht-einigung im Vermittlungsausschuß wurde das Gesetz im Juni 1997 mit

Autor:
Dr. Günter Döhler
DRK-Generalsekretariat
Friedrich-Ebert-Allee
53113 Bonn

der Kanzlermehrheit angenommen und trat am 1. 7. 1997 in Kraft.

Für den Rettungsdienst gibt es zwei neue Regelungen. Einmal wurde der § 75 SGB V Abs. 1 Satz 2 neu gefaßt:

„Die Sicherstellung (der Kassenärztlichen Vereinigung) umfaßt auch die vertragsärztliche Versorgung zu den sprechstundenfreien Zeiten (Notdienst), nicht jedoch die notärztliche Versorgung im Rahmen des Rettungsdienstes, soweit Landesrecht nichts anderes bestimmt“.

Zum anderen ist eine Erhöhung der Zuzahlung um 5,- DM auf nunmehr 25,- DM festgelegt worden.

Jeweils bis zum 15. 3. des Jahres der Anpassung wird durch das Bundesgesundheitsministerium die Höhe der Anpassung bekanntgegeben. Erstmals 1999 (§ 62 a (2) SGB V).

Damit sind aus gesetzgeberischer Sicht die Ergebnisse der 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform für den Rettungsdienst recht bescheiden. Gegenseitige Blockaden der Parteien haben die dringend notwendigen grundsätzlichen Regelungen von Sachfragen verhindert.

2. Bewertung der aktuellen Situation

Das DRK ist im Interesse der Patienten erleichtert, daß der Krankentransport im Pflichtleistungskatalog der Krankenkassen verblieben ist.

Die vorliegende Änderung des § 75 SGB V bedeutet eine entscheidende Weichenstellung für die Rechtssicherheit, insbesondere aber für die Stabilität und Qualität der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst. Ob für die Politik diese qualitativen Aspekte oder die finanzielle Entlastung der Kassenärztlichen Vereinigung von Kosten des Rettungsdienstes ausschlaggebend waren, bleibt offen.

Leider ist die grundsätzliche Neubewertung des Rettungsdienstes als medizinische Leistung im Rahmen der Krankenbehandlung (§ 27 SGB V) nicht erfolgt. Diese Forderung gegenüber dem Gesetzgeber bleibt nach wie vor bestehen, da die Subsumierung des Rettungsdienstes unter Fahrkosten (§ 60) seinem medizinischen Charakter in keiner Weise gerecht wird.

Besonders hervorzuheben ist, daß es zwischen Leistungserbringern, Ländern, Notfallmedizinern und Spitzenverbänden der GKV bei wesentlichen Eckpunkten der zukünftigen Gestaltung des Rettungsdienstes weitestgehende Übereinstimmung gibt, wie die nach der Konzeption „Strukturreform im Rettungsdienst“ des DRK entstandenen weiteren Konzepte zeigen.

Das betrifft insbesondere das Positionspapier des ASB (3), die „Stellungnahme der BAND zur präklinischen notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung in Deutschland“ (20), die „Grundsätze zur Weiterentwicklung des Rettungsdienstes in den Ländern“ vom Ausschuß Rettungswesen (13) und nicht zuletzt die „Grundlagen und Empfehlungen für ein effizientes präklinisches Versorgungssystem“ von Ahnefeld (2). Diese erstmalig in Deutschland zu verzeichnende hohe Kongruenz der Positionen der Verantwortungsträger im Rettungsdienst sollte sich vor allem in einer größeren Harmonisierung der Ländergesetzgebung niederschlagen.

Nicht zuletzt sieht der Autor in der mit § 63 ff. SGB V vorgesehenen Möglichkeit, Modelle zur Verbesserung der Qualität und Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern einrichten zu können, eine erhebliche Chance für eine zumindest punktuelle Weiterentwicklung des Rettungsdienstes.

Zur Bewertung der aktuellen Situation gehört auch der bedeutende Zuwachs an wissenschaftlichen Erkenntnissen über innere organisatorische und wirtschaftliche Zusammenhänge im Rettungsdienst sowie bereits praxisrelevante Ergebnisse von Strukturveränderungen in den Ländern.

Beispielhaft seien genannt:

○ Die Anzahl der Rettungsleitstellen und damit der Rettungsdienstbereiche ist zwischen 1992 und 1995 von 443 auf 332 zurückgegangen; ausschlaggebend dafür waren die Verwaltungsstrukturreform in den neuen Bundesländern, aber auch erhebliche Veränderungen von Rettungsdienst-Strukturen in den alten Bundesländern. Der Anteil integrierter Leitstellen ist dabei deutlich gestiegen.

○ Im Zusammenhang mit dem Basisgesundheitsbericht des Bundesamtes für Statistik (Kapitel 6–10 - Rettungsdienst -) ist es für 1995 erstmalig gelungen, eine Gesamtstatistik der Leistungen aller öffentlich-rechtlichen Leistungserbringer im Rettungsdienst zu erstellen. Diese Statistik gibt vor allem neben den Gesamtleistungen im Rettungsdienst auch Auskunft über die innere Struktur der Leistungserbringung in den Ländern (Leistungen im Rettungsdienst, Verhältnis von Krankentransport zu Notfallrettung, Notfallrettung mit und ohne Arzt absolut und auf Einwohner bezogen), wodurch auch Kostenrelationen ableitbar sind (4).

○ Die Ausgaben der GKV 1995 für Fahrkosten gesamt und in den einzelnen Leistungsarten machen die Anstrengungen der Leistungserbringer im Rettungsdienst deutlich, die Kosten zu senken bzw. zu stabilisieren. Die Ausgaben für Krankentransporte waren von 1993 zu 1994 um 2,36 % zurückgegangen und wiesen zwischen 1994 und 1995 mit 5,2 % das geringste Wachstum aller „Fahrkostensparten“ auf. Der Rettungsdienst insgesamt stieg um 6,9 %, während die Steigerung bei Taxen / Mietwagen 19,5 % und bei sonstigen Fahrkosten sogar 37 % betrug. In absoluten Zahlen ausgedrückt, überstieg also 1995 der medizinisch nicht relevante Kostenblock von 1,06 Mrd. die Ausgaben für Krankentransporte (892 Mio.) um 168 Mio., die für Notfalleinsätze ohne Arzt (962 Mio.) um knapp 100 Mio. und die für Notarzt-Einsätze (777 Mio.) um 283 Mio. DM. Auch aus diesem Grund muß die Herausnahme des Rettungsdienstes aus dem § 60 - Fahrkosten - des SGB V weiter verfolgt werden, um Fehlbeurteilungen des Wachstums der allgemeinen Fahrkosten zum Nachteil des Rettungsdienstes zu vermeiden.

○ Auf der Grundlage des Leistungs-Kosten-Nachweises Rettungsdienst, der vom Institut für Rettungsdienst des DRK zur Transparenz und Vergleichbarkeit von Leistungen und Kosten entwickelt wurde und inzwischen breite – jedoch noch nicht generelle – Anwendung gefunden hat, wurden inzwischen ca. 2 Mio.

Einsätze aller Leistungserbringer ausgewertet.

Es konnte der Beweis erbracht werden, daß

– eine gesetzmäßige Abhängigkeit der „Vorhalteleistung“ in der Notfallrettung von der Bevölkerungsdichte besteht (Bundesdurchschnitt 4,5 Vorhaltestunden pro Einsatz bei durchschnittlich 90,- DM je Vorhaltestunde)

und

– daß das von der Politik immer wieder in die Diskussion gebrachte organisatorische „Trennmodell“ von Krankentransport und Notfallrettung die teuerste Variante für die Durchführung des Rettungsdienstes überhaupt ist.

Mit diesen statistisch gesicherten Ergebnissen (16) wird auch die These des Sachverständigenrates (Sondergutachten 1996, Punkt 265) gestützt, wo es heißt

„Unter Vorhaltestunden werden in der Regel jene Aufwendungen zusammengefaßt, die vor allem für medizinische Notfälle 24 Std. am Tag die erwünschten Leistungen vorhalten. Wird ein Notfall behandelt, so entfallen sämtliche Vorhaltekosten auf diesen einen Fall, bei zwei Fällen halbieren sich die Kosten, bei drei Fällen dritteln sie sich usw.“

Da eine Vorhaltestunde heute für die Notfallrettung im Durchschnitt ca. 90,- DM beträgt, muß also ein Einsatz pro 24 Std. – und in dünnbesiedelten Gegenden spielt dies eine erhebliche Rolle – 90,- DM x 24 = 2.160,- DM kosten, bei weiteren Einsätzen pro 24 Std. entsprechend weniger.

Natürlich „ist es günstig, die Vorhaltekosten auf möglichst viele Patienten zu verteilen“, wie es im Gutachten heißt, dann müßte aber für die Notfallrettung in dünner besiedelten Gegenden die Hilfsfrist (heute im Durchschnitt 10–15 Min.) durch eine politische Entscheidung erhöht werden, was medizinisch nicht zu akzeptieren wäre und die Landbevölkerung gegenüber der in Ballungsräumen deutlich schlechter stellen würde.

Das Problem der Vorhaltekosten läßt sich auch nicht mit wettbewerb-

lichen Regularien lösen, sondern nur durch größere Strukturen, durch Nutzung von Synergien und effizientere Betriebsabläufe, um möglicherweise die Kosten pro Vorhaltestunde weiter zu reduzieren.

– Das Institut für Rettungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes führte eine empirische Bestands- und Strukturanalyse der notärztlichen Versorgung in Deutschland durch (17). Diese zeigt, daß zwischen 1992 und 1995 bei gleichbleibender Anzahl der Notarzt-Standorte und einem jährlich deutlich steigenden Notfallaufkommen (Einsätze der NFR) die Notarzteinsatzquote gesunken ist. Sie schwankt zwischen den einzelnen Bundesländern erheblich (Bayern 52 %, Saarland 57 %, Hamburg 14 %), liegt im Durchschnitt in den neuen Bundesländern höher als in den alten – Kostenfaktor! – und insgesamt nach Hochrechnung bei 41 %. (In der oben zitierten Gesamtstatistik von 1995 sind es nur 38,5 %!). Insofern existiert noch immer kein flächendeckendes Notarzt-System, eher ist es weiter in die Ferne gerückt, so daß das Handeln von Rettungsassistenten in Notkompetenz ein langdauernder essentieller Kompromiß bleiben muß, es sei denn, das präklinische Notfallversorgungssystem wird, dem Ansatz von Ahnefeld folgend, grundlegend reformiert.

– Ein interdisziplinärer Workshop „Leitstelle“ unter Leitung des Instituts für Rettungsdienst im September 1996 in Maria Laach hat sich vom Grundsatz her mit der Stellung, dem Aufgaben- und Anforderungsprofil der Leitstelle beschäftigt, und entsprechende Konsequenzen und Lösungsvorschläge entwickelt, sowie den Handlungs- und Forschungsbedarf aufgezeigt. Vom Grundsatz her sind die Ergebnisse so eindeutig, daß unverzüglich mit ihrer Umsetzung begonnen werden könnte (18).

Im Rahmen der „strategisch-organisatorischen Neuausrichtung der DRK-Rettungsdienste“ entsprechend der Forderung der „Strukturreform Rettungsdienst“ ist im DRK intensiv begonnen worden, insbesondere im Rettungsdienst das Qualitätsmanagementsystem nach DIN EN ISO 9000 ff einzuführen, wodurch Führungs- und Leitungs-

sowie Organisations- und Handlungsabläufe systematisiert und hinsichtlich ihrer Effizienz nach vorgegebenen Kriterien durchleuchtet werden. Erste Zertifizierungen sind erfolgreich abgeschlossen worden, das Musterhandbuch befindet sich in Druck (12).

Es ist zu erwarten, daß mit der systematischen Weiterführung dieses Prozesses im DRK deutliche Fortschritte in der Struktur-, Prozeß- und Ergebnisqualität der Leistungserbringung im Rettungsdienst verbunden sind und sich andere Leistungserbringer ebenfalls intensiv mit dem Qualitätsmanagement auseinandersetzen werden.

3. Notwendige Maßnahmen zur Weiterführung der Gesundheitsstrukturreform im Rettungsdienst

Nachdem mit Inkrafttreten des 1. und 2. GKV-Neuordnungsgesetzes per 1. 7. 1997 vorerst die Sozialgesetzgebung im Rahmen der 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform als abgeschlossen zu betrachten ist, sollte dennoch bei allen Verantwortlichen Konsens darüber bestehen, daß die Forderung, den Rettungsdienst, der jährlich etwa 8,5 Mio. Patienten versorgt, eindeutig dem Gesundheitsversorgungssystem zuzuordnen, gegenüber dem Gesetzgeber weiterhin mit Nachdruck zu vertreten ist.

Der Rettungsdienst hat nach wie vor Anspruch darauf, als medizinische Aufgabe eigenständig dem Leistungs- und Versicherungsumfang der Krankenkassen durch Aufnahme im § 27 SGB V / (Krankenbehandlung) zugeordnet und aus den Fahrkosten (§ 60 SGB V) herausgenommen zu werden.

Die größte Verantwortung liegt jedoch nunmehr insgesamt bei den Ländern, gemeinsam mit den Kostenträgern, den Ärztenverbänden und den Leistungserbringern, die Landesrettungsgesetze den neuen durch die beiden GKV-Neuordnungsgesetze geschaffenen Rahmenbedingungen anzupassen und gleichzeitig die im Rettungsdienst aufgezeigten Defizite (1, 6, 7, 14, 15, 22) auf der Grundlage der bisher erarbeiteten Reformkonzepte zu überwinden.

Qualität und Wirtschaftlichkeit sind dabei von einem objektiven

Standpunkt als Einheit zu betrachten, wobei bei Entscheidungen subjektive Positionen, individuelle Betrachtungsweisen oder Interessensphären zurückstehen müssen. Wenn der Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen für die Weiterentwicklung des Gesundheitswesens ein widerspruchsfreies Zielsystem fordert, unter dem er

○ Verhinderung des vermeidbaren Todes

○ Verhütung, Heilung und Minderung von Krankheit sowie damit verbundenem Schmerz und Unwohlsein

○ Wiederherstellung der körperlichen und psychischen Funktionsfähigkeit und

○ „Angstfreiheit“ durch Verfügbarkeit von Leistungen für den Eventualfall (Verfügbarkeit, Rechtzeitigkeit, Kompetenz etc.)

versteht, ist auch für den Rettungsdienst die Aufgabe klar definiert. Im übrigen entspricht er bereits vom Grundsatz her diesen Prämissen.

Welche Probleme stehen zur Lösung an, welche Rahmenbedingungen sind beizubehalten bzw. zu schaffen?

1. *Die bewährten Grundsätze sollten erhalten bleiben*, d. h. Rettungsdienst als öffentlich-rechtliche Aufgabe unter Einschuß der Luftrettung / des Lufttransportes und des Intensivverlegungstransportes sowie der Wasser- und Bergrettung, die Länderkompetenz und die systemische Verknüpfung von Notfallrettung und Krankentransport (Integrationsmodell, nicht Trennmodell).

2. *Gestaltung eines effektiven Rettungsdienstes innerhalb effektiver Strukturen*. Es sollte Kurs genommen werden auf ein effizientes präklinisches Versorgungssystem, wie es Ahnefeld vorschlägt, weil nur so der permanenten und nicht notwendigen Mengenausweitung in der Notfallrettung begegnet werden kann und Notfallpatienten derjenigen Versorgungsebene zuzuordnen sind, auf der sie am besten *ärztlich* versorgt werden.

Ein erster Schritt wäre die systemische Verknüpfung von Rettungsdienst und Kassenärztlichem Bereitschaftsdienst in den Leitstellen. Weitere medizinische und soziale Dienste könnten dem folgen, soweit es für die Leitstellen leistbar bleibt.

Im Zusammenwirken der Ressorts Inneres und Gesundheit sind weiterhin die Funktionen Rettungsdienst, Brandschutz und Katastrophenschutz in integrierten Leitstellen zusammenzuführen.

Die Hilfsfrist ist in allen Gesetzen einheitlich zu definieren und zur Grundlage der Strukturplanung in der Notfallrettung zu machen.

Bundesweit ist eine einheitliche Notrufnummer einzuführen. (Noch immer offene EU-Forderung.)

Der Prozeß der Vergrößerung der Rettungsdienstbereiche auch über kommunale Grenzen hinweg und damit die Verringerung der Anzahl der Rettungsleitstellen ist fortzuführen. (Nach wie vor gilt als Modellorientierung der Freistaat Bayern, wo ein RDB 2.700 km² groß ist und 430.000 Einwohner versorgt.)

Die aktuellen Erkenntnisse (Workshop Maria Laach 1996) sind bei der Weiterentwicklung der Leitstellen zu berücksichtigen.

3. *Finanzierung, Transparenz und Vergleichbarkeit von Leistungen und Kosten*. Für den Rettungsdienst ist eine bundesweite Leistungsstatistik auf der Grundlage der Länderergebnisse aller Leistungserbringer zu entwickeln, die jährlich fortgeschrieben wird.

Der Leistungs- und Kostennachweis Rettungsdienst ist generell bis in alle Rettungswachen einzuführen und sollte Grundlage für die Kostenverhandlungen mit den Krankenkassen werden.

Der Intention des 1. u. 2. GKV-Neuordnungsgesetzes folgend sind zur Stärkung der Selbstverwaltung ernsthafte Schritte zur Ausweitung des bewährten Verhandlungsmodells zwischen Krankenkassen und Leistungserbringern entsprechend § 133 SGB V für eine beitragsverträgliche Finanzierung des Rettungsdienstes zu unternehmen. Nur so kann das Selbstkostendeckungsprinzip überwunden und der Dynamik wirtschaftlicher Prozesse entsprochen werden.

Die Krankenkassen sind grundsätzlich an allen strukturellen, organisatorischen und qualitativen Entscheidungen zu beteiligen, die finanzielle Auswirkungen haben.

Träger und Krankenkassen sollten sich in den Ländern überhaupt erst einmal auf vergleichbare Anteile der Kostentragung einigen (Leitstelle, Infrastruktur, Investitionen für Fahrzeuge, Betriebskosten), sonst bleibt eine Vergleichbarkeit der Kosten für den Rettungsdienst weiterhin eine Illusion.

Nach den bisherigen Erkenntnissen wäre es dann möglich, auf der Grundlage einer einheitlichen Hilfsfrist, die von der Einwohnerdichte abhängige Vorhaltung für die Notfallrettung mit oder ohne Einsatzleistung zu budgetieren (Preis pro Vorhaltestunde). Im Krankentransport entfällt eine Vorhaltung in diesem Sinne, hier kann der Preis pro Einsatz verhandelt werden. Die Wettbewerbsanreize sind offensichtlich.

Künftig sollten die Möglichkeiten der §§ 63 ff SGB V auch im Rettungsdienst geprüft werden, um dort Modelle zur Verbesserung der Leistungserbringung zu entwickeln und sie im Rahmen der föderalen Strukturen weiter zu verbreiten, falls sie sich besonders bewährt haben.

Schließlich sind aus Kostengründen und zur Beurteilung des objektiv Notwendigen die Leistungsanforderungen auf jeder Ebene auf der Grundlage einer exakten Statistik zu evaluieren.

Der Rettungsdienst ist keine Wachstumsbranche. Über längere Zeiträume sind die ärztlich veranlaßten Krankentransporte und das Nofallaufkommen relativ konstant, selbst wenn sich medizinische Notfälle zeitlich und räumlich stochastisch verhalten. Die bedeutendsten objektiven Einflußgrößen sind das jeweilige Altersprofil einer definierten Bevölkerungsgruppe (z. B. RDB) oder epidemiologische Besonderheiten. Im Prinzip ist also der Bedarf bekannt, im jährlichen Vergleich schwankt er nur geringfügig.

Wie kommen aber die großen Unterschiede in den Leistungsanforderungen zwischen den Ländern und Regionen zustande?

Medizinische Begründungen lassen sich ganz sicher nicht heranziehen, wenn 1995 z. B. in Schleswig-Holstein 34 Patienten je 1000 Einwohner im Krankentransport beför-

dert wurden, in Bremen 40, in Berlin jedoch 91. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 62 Patienten je 1000 Einwohner. Ist die Bevölkerung in Berlin so krank oder haben sich nicht kostenintensive Gewohnheiten herausgebildet, gefördert durch das Akquisitionsverhalten der gewerblichen Unternehmer, die dort überwiegend tätig sind?

Ähnliche Fragen drängen sich in der Notfallrettung auf. Hamburg hat 108 Einsätze je 1000 Einwohner, Berlin 59 und Baden-Württemberg 29, der Bundesdurchschnitt liegt bei 42 Einsätzen je 1000 Einwohner. Auch hier werden die Unterschiede einer medizinischen Begründung nicht standhalten; es sind Systemmängel, deren Gemeinsamkeit darin besteht, daß Patienten versorgt werden, deren Indikationsprofil nicht in den Rettungsdienst gehört. Diese stillschweigend akzeptierte und den Rettungsdienst überproportional auch kostenmäßig belastende Fehlentwicklung läßt sich nicht organisatorisch oder durch Reglementierung lösen, sondern nur durch eine permanente Evaluation der Indikationen für Notfallrettung und Krankentransport, die allein ein ärztlicher Leiter Rettungsdienst fachlich zu leisten in der Lage ist.

4. Qualität im Rettungsdienst. Vorrangig ist der neugefaßte § 75 SGB V zwischen Trägern und Ärztenverbänden so auszugestalten, daß Umfang und Qualität der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst langfristig gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Notarzt-Einsatz und Rettungsdienstprotokoll sind verbindlich einzuführen und nach den vorhandenen EDV-Programmen auszuwerten.

In Verbindung mit dem Leistungs- und Kostennachweis Rettungsdienst ließe sich die geforderte Statistik erheblich qualifizieren.

Für ein umfassendes Qualitätsmanagement ist die schrittweise Implementierung des Ärztlichen Leiters Rettungsdienst und seine Verankerung in den Rettungsdienstgesetzen unverzichtbar. Ohne ihn gehen die Forderungen nach einem effizienten präklinischen Versorgungssystem oder die wirkungsvolle Verzahnung von Notfallrettung und Kassenärztlichem Bereitschaftsdienst ins Leere. Erst mit der ärztlichen Leitung des Rettungsdienstes sind die bisher

weitgehend fehlenden Erkenntnisse über die Versorgungsqualität im Rettungsdienst zu gewinnen, werden Voraussetzungen geschaffen, die Patientenströme im Notfall sowie das Inanspruchnahmeverhalten der Bevölkerung im Sinne einer jeweils adäquaten Hilfe zu beeinflussen.

In den Rettungsdienstgesetzen sind auch klare Vorgaben für die Struktur-, Prozeß- und Ergebnisqualität aufzunehmen.

4. Zusammenfassung

Die durch die Gesundheitsstrukturreform bei allen am Rettungsdienst Beteiligten ausgelösten Bestrebungen, Qualität, Effektivität und Effizienz im Rettungsdienst langfristig zu erhöhen, sollten in Verbindung mit den vorliegenden Analysen und wissenschaftlichen Erkenntnissen von den Ländern aufgegriffen werden und bei der Weiterentwicklung der Rettungsdienstgesetze ihren Niederschlag finden. Der Rettungsdienst muß sich künftig als Teil eines komplexen präklinischen Versorgungssystems verstehen, wofür eine enge Kooperation mit den Ärztenverbänden, den Kostenträgern und den Leistungserbringern ebenso erforderlich ist wie die weitere Entwicklung der rettungsdienstlichen Qualität selbst.

Literaturverzeichnis

- 1 „Ärztliche Forderungen zur Neuordnung des Rettungsdienstes in Deutschland“
Notfallmedizin 22 (1996) 3, S. 163-164
- 2 Ahnefeld, F. W.: „Grundlagen und Empfehlungen für ein effizientes präklinisches Versorgungssystem“
Notfallmedizin 22 (1996) 3, S. 159-162
- 3 „ASB-Positionspapier zum Rettungsdienst“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, A 8.0
- 4 „Basisgesundheitsbericht des Bundesamtes für Statistik“ (Kap. 6-10 - Rettungsdienst -) Organisations- u. Planungsbüro f. d. Rettungswesen, Lahntal
- 5 „Das Gesundheitsstrukturgesetz und seine Auswirkungen auf den Rettungsdienst“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B II 2.5.
- 6 Dick, W., Moecke, Hp.: „Aufgabenstellung und Qualifikation für Notärzte und Rettungsassistenten“
Notfallmedizin 22 (1996) 3, S. 156-158
- 7 Döhler, G.: „Rettungsdienst 2000“
Notfallmedizin 22 (1996) 2, S. 104-112

8 Döhler, G.: „Welche Auswirkungen hat das Gesundheitsstrukturgesetz auf den Rettungsdienst?“
Leben Retten 21 (1995) 3, S. 84-89

9 „Dritte Stufe der Gesundheitsstrukturreform (GKV-Weiterentwicklungsgesetz)“
Leben Retten 22 (1996) 1, S. 1-9

10 „Gemeinsame Erklärung der vier Hilfsorganisationen ASB, DRK, JUH, MHD zum Gesundheitsstrukturgesetz v. 09. 12. 1992“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B II 2.3

11 „Gesundheitsstrukturgesetz; Auswirkungen auf den Rettungsdienst“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B II 2.5.1.

12 Grabe, V., Topp, S.: „Qualitätsmanagement im Rettungsdienst am Beispiel der DIN EN ISO 9000 ff.“
Leben Retten 22 (1996) S. 138 - 153

13 „Grundsätze zur Weiterentwicklung des Rettungsdienstes in den Ländern“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B III. 0.5

14 Klingshirm, H.: „Der Ärztliche Leiter Rettungsdienst“
Notfallmedizin 22 (1996) 2, S. 101-103

15 Knuth, P.: „Medizinische Forderungen und Rahmenbedingungen für neue Strukturen und Systeme im Deutschen Rettungsdienst“
Notfallmedizin 22 (1996) 2, S. 98-100

16 Koch, B., Büch, E., Kuschinsky, B.: „Zur Wirtschaftlichkeit im Rettungsdienst“
Leben Retten 23 (1997) 2, S. 42 - 50

17 Koch, B., Kuschinsky, B., Puhan, T., Winkels, W.: „Die notärztliche Versorgung“
Institut f. Rettungsdienst des DRK, Band 14

18 „Leitstelle“
Workshop Maria Laach 24./25.09.1996
Institut f. Rettungsdienst des DRK, Band 15

19 „Stellungnahme des Deutschen Roten Kreuzes zur 3. Stufe der Gesundheitsstrukturreform (Koalitionsentwurf GKV - Weiterentwicklungsgesetz - Teil Rettungsdienst)“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B II 2.6.

20 „Stellungnahme der BAND zur präklinischen notfallmedizinischen Versorgung der Bevölkerung in Deutschland“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag A 7.1 und
Leben Retten 22 (1996) 1, 10-11

21 „Strukturreform im Rettungsdienst - Gesamtkonzeption -“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen und Leben Retten 21 (1995) 4, S. 122-130, 22 (1996) 1, S. 12-17

22 Ufer, M. R.: „Strukturwandel im Notarzt-dienst aufgrund höchstrichterlicher Rechtsprechung“
Notfallmedizin 22 (1996) 2, S. 94-96

23 Verbandspolitische Position des DRK zur öffentlichen Diskussion „Gesundheitsstrukturgesetz und Rettungsdienst“
in: Handbuch Rettungswesen, Mendel-Verlag Aachen, B II 2.4.

Engagement für das Gemeinwohl

Die fünf großen deutschen Hilfsorganisationen leisteten im vergangenen Jahr insgesamt mehr als 100 Millionen Einsatzstunden durch ehrenamtliche Helfer. Diese Zahl veröffentlichen die Präsidenten von Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft, Deutsches Rotes Kreuz, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst nach einem gemeinsamen Treffen in Köln.

Die etwa 570.000 ehrenamtlichen Helfer und mehr als 460.000 Mitglieder der Jugendverbände der Hilfsorganisationen leisteten ihren Beitrag für das soziale Fundament Deutschlands vor allem in den Bereichen der Notfallvorsorge (Ausbildung, Katastrophenschutz, Sanitäts- und Betreuungsdienst), den Sozialen Diensten (Betreuungs- und Besuchsdienste), der Jugendarbeit und in Auslandseinsätzen.

Bundespräsident Professor Dr. Roman Herzog bewertete die Arbeit der Hilfsorganisationen als „Grundpfeiler unseres Sozialsystems“ und als „tragenden Unterbau des Sozialstaates“. Ohne die ehrenamtlichen Dienste der Hilfsorganisationen, die zudem von fast acht Millionen fördernden Mitgliedern aus dem gesamten Bundesgebiet unterstützt werden, wäre ein Funktionieren des sozialen Staatswesens nicht denkbar.

Allein die Zahl von mehr als einer Million geleisteten Ausbildungen durch die Hilfsorganisationen im Bereich der Ersten Hilfe für die Bevölkerung verdeutlicht die Gewährleistung des staatlichen Sicherstellungsauftrages durch die Verbände.

Bei Störfällen ist Vertrauen notwendig

Vom 8. bis 10. Oktober 1997 fand in München das 2. Seminar des Arbeitskreises Notfallschutz mit dem

Die zwei Neuen aus dem BZS

Seit Herbst sind zwei neue Informationsbroschüren des Bundesamtes für Zivilschutz (BZS) erhältlich. Bei der Broschüre „Schutz von Kulturgut bei bewaffneten Konflikten“ handelt es sich um die Neuauflage eines Nachschlagewerks, das seit Jahren von allen, die sich mit dem Thema „Schutz von Kulturgut“ befassen, geschätzt wird. Die Broschüre wurde in Text und Bild völlig überarbeitet.

Das zweite Druckerzeugnis trägt den Titel „Kompetenz im Zivilschutz“. Die Broschüre informiert auf 80 Seiten über die Aufgaben des BZS und über die Akademie für Notfallplanung und Zivilschutz (AkNZ) im BZS. Sie beinhaltet auch das Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes, das am 4. April 1997 in Kraft getreten ist.

Beide Broschüren sind über das BZS (Referat Information, Öffentlichkeitsarbeit, Deutscherherrenstr. 93-95, 53177 Bonn) erhältlich.

Thema „Information von Behörden, Medien und Bevölkerung im Ereignisfall“ statt. Zielsetzung des Seminars war es, gemeinsam mit 160 Fachleuten aus den Bereichen Kraftwerksbetreiber, Fachaufsichts- und Katastrophenschutzbehörden sowie den Medien, einen Konsens für eine vertrauensvolle gegenseitige Information bei einem Störfall zu finden. Die ehrliche Information, die nicht den Versuch macht, einen Ereignisfall in einem Kernkraftwerk herunterzuspielen, wird letztendlich auch bei der Bevölkerung ein Mißtrauen gegenüber den Informationsquellen dämpfen. Dies war das Fazit eines Großteils der 35 Referate der Veranstaltung.

Der Schweizer Diplom-Physiker Martin Baggenstos von der Hauptabteilung für die Sicherheit der Kernanlagen in der Schweiz wies darauf hin, daß die Bewältigung von Kernkraftwerksunfällen in den letzten 20 Jahren einen starken Wandel erfahren habe. In seinem Einleitungsreferat sagte Baggenstos: „Die Erfahrungen der Störfälle von Three-Mile-Island 1979 und Tschernobyl 1986 zeigten, daß die Bevölkerung – insbesondere wenn die Information nicht verständlich und rechtzeitig erfolgt – eine Eigendynamik entwickelt und sämtliche auf Sicherheit und Dosisprognosen beruhenden Planungen Makulatur werden läßt.“ Baggenstos weiter: „Die Bewältigung eines Störfalles ist heute zum größten Teil eine Frage der raschen, kompetenten und auch quantitativ genügenden Präsenz der Informationsverantwortlichen.“

Professor Dr. Anton Bayer vom Bundesamt für Strahlenschutz in Oberschleißheim bei München stellte zur gleichen Problematik fest: „Bei der Bewältigung eines Ereignisses ist die Information bzw. der Informationsfluß eine wesentliche Komponente des Notfallschutzes. Ob und wie die Öffentlichkeit die Informationen akzeptiert, hängt vor allem vom Vertrauen in die Informationsgeber und die Qualität, Darstellung und Sachlichkeit der Medien als Informationsvermittler ab.“

Einen stark beachteten Vortrag hielt Dipl.-Ing. Ulrike Welte vom Kernkraftwerk Krümmel. Mit erstaunlicher Offenheit mahnte sie die primäre Verantwortung der Kraftwerksbetreiber nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch der in den Nachbarländern an, angemessene Informationen über den Zustand der Anlage in einem Notfall herauszugeben. Dabei läge bei Störfällen das Interesse der Menschen nach Meinung von Welte weniger an technisch-naturwissenschaftlichen Auskünften als vielmehr an konkreten und verständlichen Aussagen zum Ausmaß der Gefahr.

Den Ausführungen von Ulrike Welte schlossen sich mit wenigen Ausnahmen die übrigen Referenten an. Ein Informationsdesaster wie nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, bei dem die Bevölkerung den Informationen offizieller Stellen sicherlich zu Unrecht keinen Glauben schenkte, dürfe nach den bisher gesammelten Erfahrungen nicht mehr geschehen.

In eigener Sache

Mit dem am 4. April 1997 in Kraft getretenen Gesetz zur Neuordnung des Zivilschutzes paßt der Bund die Zivilschutzvorkehrungen den neuen sicherheitspolitischen Bedingungen an. Um die Akzeptanz für die Neukonzeption und deren Umsetzung zu fördern, wird das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ ab 1998 einer neu zugeschnittenen Zielgruppe als Orientierungshilfe dienen. Es soll insbesondere den Entscheidungs- und Funktionsträgern auf allen Stufen der staatlichen und kommunalen Verwaltung, der Politik sowie den Führungskräften des Katastrophenschutzes zur Verfügung stehen.

Daher mußten Einschnitte beim bisherigen Empfängerkreis des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ vorgenommen werden. Die Redaktion bittet um Verständnis, daß jene Empfänger, die bisher eine größere Anzahl von Exemplaren des Magazins erhalten haben, ab 1998 eine reduzierte Lieferung erhalten werden.

Auf diesem Wege wünschen wir unseren Lesern ein gutes und erfolgreiches Jahr 1998.

Ihre Redaktion

Günter Sers verabschiedet

Wer in Zukunft das Kürzel „güse“ hinter einem Beitrag des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erwartet, wird es wohl nicht mehr finden. Günter Sers, langjähriger Mitgestalter des Magazins, hat die Redaktionsstuben im Bundesamt für Zivilschutz mit seinem gemütlichen Zuhause in Köln-Porz getauscht und ist in den Ruhestand gegangen.

Sers hat das Licht der Welt in Köln erblickt. Seine Kinder- und Jugendjahre erlebte er im niederbayerischen Straubing. Dort wurde er auch zum Fotografen ausgebildet. Nach Lehre und fünfjähriger Bun-

Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Helmut Schuch (rechts), verabschiedet Günter Sers.

(Foto: Hilberath)



deswehrzeit führte ihn der Weg wieder nach Köln zurück.

Seit 1964 hieß sein Arbeitgeber Bundesluftschutzverband, der spätere Bundesverband für den Selbstschutz. Hier war Sers als Fotograf, in der Unterweisung von Filmvorführern und bei der Produktion von Ausbildungsfilmern tätig. 1981 wurde er Sachbearbeiter in der Redaktion des damaligen „Zivilschutz-Magazins“. Neben seinen fotografischen

Tätigkeiten verfaßte er auch Beiträge für das Magazin, mit dem Kürzel „güse“ versehen. Ab 1986 übernahm er das Amt eines Redakteurs.

Die Symbiose von niederbayerischer und rheinischer Lebensart, von Ernsthaftigkeit und Lebensfreude ist Günter Sers vorbildlich gelungen. Das spiegelte sich in seinen Beiträgen wieder und das schätzten seine Gesprächspartner, seine Kollegen und vor allem seine Freunde.

Termine

24. und 25. Januar (Ausweichtermin 14. und 15. Februar) 1998: 10. Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften

Ort: Breitenberg
Info: Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Straße 133, 53177 Bonn

25. und 26. Februar 1998: 7. Internationale Fachtagung „Gefährliche Stoffe“

Ort: Salzburg (A)
Info: Vereinigung für Gefahrstoff- und Brandforschung, z.H. Mag. Franz Petter, Georg-von-Nissen-Straße 57, A-5020 Salzburg

23. bis 25. April 1998: 125 Jahre Landesfeuerwehrverband Schleswig-Holstein

Ort: Rendsburg
Info: LFV Schleswig-Holstein, Sophienblatt 33, 24114 Kiel

13. bis 15. Mai 1998: 9. DRK-Rettungskongreß „Rettungsdienst 2000“

Ort: Münster
Info: Deutsches Rotes Kreuz, Kongreßbüro, Auf dem Steinbüchel 22, 53340 Meckenheim-Merl

16. August 1998: 130 Jahre Thüringer Feuerwehrverband

Ort: Jena
Info: Thüringer Feuerwehrverband, Magdeburger Allee 4, 99086 Erfurt

Seminare und Lehrgänge von Instituten und Firmen

die Feuerwehrausbildung und die Lehrgänge der Landesrettungsschule des ASB für das 1. Halbjahr 1998 liegen vor und können an der Schule angefordert werden.

Drägerwerk AG, Seminarzentrum Sicherheitstechnik, Dornestraße 56-58, 23542 Lübeck: 25./26.11., 9./10.12. Intensivseminar Gasmeßtechnik für Feuerwehren.

Haus der Technik e. V., Hollestraße 1, 45127 Essen: 20./21.11. Brand- und Intrusionsschutz in der Praxis. 4.12. Brandschutz an Kabelanlagen.

Minimax GmbH, Schulungszentrum, Minimaxstraße 1, 72574 Bad Urach: 18.–21.11., 25.–28.11. Seminar Brandschutz aktuell.

Niedersächsische Landesfeuerwehrschule Loy, Braker Chaussee 245, 26180 Rastede: Der Lehrgangsplan für die Feuerwehrausbildung im 1. Halbjahr 1998 kann an der Schule angefordert werden.

Safe-Tec GmbH, Beratung und Service in Sicherheitstechnik und Umweltschutz, Novesiastraße 56, 41564 Kaarst: 17.–21.11. Ausbildung Brandschutzbeauftragter I.

Verband der Schadenversicherer e.V., Pasterstraße 17a, 50735 Köln: 24.–25.11. Grundlagen des Brandschutzes, Teil 1. – Fachtagungen sowie Lehrgänge für Brandschutzbeauftragte: Termine auf Anfrage.

Werkfeuerwehrverband Deutschland e. V., Falkenstraße 12, 85716 Unterschleißheim: 18.–20.11. Internationales Seminar „Gefährliche Stoffe beim Feuerwehreinsatz“ an der BKS Heyrothsberge.

Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge, Biederitzer Straße 5, 39175 Heyrothsberge: Die Lehrgangspläne für

Lehrstoffmappen für die Feuerwehr Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen e.V., 59063 Hamm

Die neu herausgegebene Mappe „Sonderfunktionen“ ist ein weiterer Baustein in der Reihe der vom Landesfeuerwehrverband Nordrhein-Westfalen herausgegebenen Ausbildungsunterlagen. Mit den Lehrstoffmappen, die bereits in weite Kreise der Feuerwehr Eingang gefunden haben, hat der Landesfeuerwehrverband ein auf die Bedürfnisse der Ausbildung abgestimmtes Lehr- und Lernmaterial geschaffen.

Zum aktuellen Thema „Gefahrstoffe“ steuert der Landesfeuerwehrverband ebenfalls Lehrmaterial bei. Die mehrfarbige GSG-Tafel zur Kennzeichnung gefährlicher Stoffe und Güter wird in zwei Größen angeboten. Während sich das Kleinformat für die Brieftasche oder das Handschuhfach anbietet, ist das Format 30 x 80 cm für den Unterricht oder als Aushang geeignet. Abgerundet wird das Thema durch einen fünfteiligen Foliensatz im DIN A 4-Format.

Belastungen und ihre Folgen für den Gesundheitszustand im Feuerwehr- und Rettungsdienst Hamburger Feuerwehrstudie Landesfeuerwehrschule, 22113 Hamburg

Mit der Studie wurde nicht nur eine Fülle von Erkenntnissen zusammengetragen, sondern auch ein Maßnahmenkatalog erarbeitet, der Anregungen und praxisbezogene Hinweise enthält, wie die hohen Belastungen des Feuerwehrdienstes wirksam durch technische, organisatorische und personenbezogene Maßnahmen gemindert werden können.

Fahrzeughandbuch Berufsfeuerwehr Köln Berufsfeuerwehr Köln, 50737 Köln

In diesem Jahr wurde die Kölner Berufsfeuerwehr 125 Jahre alt. Aus diesem Anlaß wurde ein Buch über den Fahrzeugpark der Berufsfeuer-

wehr Köln herausgegeben. In dem Bildband werden auf ca. 80 Seiten alle Fahrzeuge in Wort und Bild vorgestellt. Texte über die einzelnen Fahrzeuggattungen wechseln ab mit Fahrzeugfotos, technischen Daten und großformatigen Einsatzfotos.

Neben dem vorgestellten Fahrzeugpark gibt es in Köln noch eine große Anzahl kommunaler und bundeseigener Fahrzeuge der Freiwilligen Feuerwehr in den Fachdiensten Brandschutzdienst, ABC-Dienst und Fernmeldedienst, die im Rahmen der Dokumentation in einer tabellarischen Übersicht enthalten sind.

Lexikon Brand- und Explosionsschutz Von Konrad Polthier Verlag W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart

In dem Werk werden der aktuelle Stand der Wissenschaft und die vielfältigen, bei der Bekämpfung von Störfällen gewonnenen praktischen Erfahrungen präsentiert. Es enthält ca. 4000 Begriffe in übersichtlicher und systematischer Darstellung. Damit wird die Vereinheitlichung der wissenschaftlichen Fachsprache gefördert und ein interdisziplinäres Nachschlagewerk für den alltäglichen Gebrauch etabliert.

Das durchstoßene Herz Ramstein 1988 Beispiel einer Katastrophen-Nachsorge Von Hartmut Jatzko, Sybille Jatzko und Heiner Seidlitz Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey, 26183 Edewecht

Beim Flugtag von Ramstein kamen 70 Zuschauer ums Leben, fast unüberschaubar war die Zahl der Verletzten und Hinterbliebenen. Mit diesen Menschen haben die Verfasser – ein Arzt, eine Psychologin und ein Seelsorger – sechs Jahre lang gearbeitet.

Welche Schwierigkeiten überwunden werden mußten, um die Nachsorgegruppe überhaupt erst aufzubauen, welche Erkenntnisse die Autoren – besonders über die posttraumatische Belastungsreaktion – während dieser Zeit gewannen, welche Tips sie vor allem für den Aufbau und die Arbeit mit ähn-

lichen Gruppen geben können, ist in diesem Buch dargestellt.

Handbuch für Technische Einsatzleitungen Von Thomas Mitschke Verlag W. Kohlhammer GmbH, 70549 Stuttgart

Schadenereignisse in Deutschland, insbesondere die Waldbrandkatastrophe in Niedersachsen 1975 und viele Schadenereignisse danach, haben gelehrt, dem Führungssystem besonderes Augenmerk zu widmen.

Das Handbuch kann dem Leser ein praktischer Leitfaden auf der Grundlage des Modells einer EL/TEL sein, wie es in der Feuerwehrdienstvorschrift 12/1 und der Katastrophenschutzdienstvorschrift 100 seinen Niederschlag gefunden hat.

In vier Kapiteln werden alle für die Arbeit einer EL/TEL wesentlichen Aspekte praxisnah erläutert. Im fünften Kapitel stellen einzelne Kreise und kreisfreie Städte ihre EL/TEL-Konzeption vor.

Handbuch der kommunalen Redepraxis Von Hans Jung Deutscher Gemeindeverlag GmbH, 50858 Köln

Mit der 8. Auflage ist das Handbuch aktualisiert und wesentlich erweitert worden. Zahlreiche Änderungen und Ergänzungen berücksichtigen die veränderten Gegebenheiten nach der Wiedervereinigung ebenso wie die besondere Situation der Gemeinden in den neuen Bundesländern. Mit weiteren aktuellen Musteransprachen, Hinweisen für Mitarbeitergespräche und andere besondere Redeanlässe sowie Tips und Anleitungen für Reden, ist die Neuauflage für die Arbeit im kommunalen Bereich von Nutzen.

Rettungsdienst in New York City Von Christoph Lippay Verlagsgesellschaft Stumpf & Kossendey, 26183 Edewecht

Die Arbeit beim New York City Emergency Medical Service ist so faszinierend wie die Stadt selbst. Inmitten der pulsierenden Metro-

Für Sie gelesen

le arbeitet der weltweit größte Rettungsdienst, der täglich mehr als 3000mal angefordert wird.

Auf 148 Seiten mit 160 Hochglanz-Farbabbildungen macht der Leser einen Ausflug durch New York City und seinen Rettungsdienst von den Ursprüngen bis heute. Der Bildband beschreibt Arbeitsalltag, Ausbildung, Organisation und Ausrüstung.

Feuerwehr-Fahrzeuge
Wandkalender 1998
efb-Verlagsgesellschaft mbH,
63521 Erlensee

Mit dem neuen Feuerwehrkalender wird die Reihe der Bildkalender mit Motiven aus dem Bereich der Fahrzeuge der Feuerwehr fortgesetzt. Der großformatige Kalender stellt auf dem Deckblatt und den zwölf Monatsblättern interessante Fahrzeuge aus aller Welt vor. Nach den vielfarbigen Illustrationen wird abschließend eine technische Kurzbeschreibung der abgebildeten Fahrzeuge geboten. Über den Informationsgehalt hinaus ist der Kalender aufgrund seiner optischen Gestaltung ein ansprechender Wand schmuck.

Handbuch
für Organisatorische Leiter
Von Udo B. Crespin
und Hanno Peter
Verlagsgesellschaft Stumpf &
Kossendey, 26183 Edewecht

Der Organisatorische Leiter ist beim Massenansturm von Verletzten in vielen Rettungsdienstbereichen heute schon ein fester Bestandteil der Führung im Rettungs- und Sanitätsdienst. Wie bei jeder neu eingeführten Funktion müssen zunächst Aufgaben und Verantwortlichkeiten gegenüber anderen Führungskräften beschrieben werden.

Diesen Zweck verfolgt das vorliegende Buch in drei Abschnitten. Im ersten Teil geht es dabei um Grundlagen; der zweite Teil betont die Zusammenarbeit mit der Polizei, der Bundeswehr, den Krankenhäusern, der Verwaltung sowie der Luftrettung. Weiter schildern eine Reihe von Autoren, wie in ihren Rettungsdienstbereichen die Aufgaben des OrgL wahrgenommen werden.

Taschenkalender
für die Feuerwehren 1998
Verlag W. Koblhammer,
70549 Stuttgart

Auch 1998 wird die Reihe der Feuerwehr-Taschenkalender fortgesetzt. Der Kalender beinhaltet neben dem Kalendarium zahlreiche Tabellen und Textbeiträge mit einer Vielzahl von praktischen Hinweisen. Der in neun Landesausgaben erschiene Kalender wird durch länderspezifisches Adressen- und Zahlenmaterial ergänzt.

Die Roten Hefte
Verlag W. Koblhammer,
70549 Stuttgart

Die Fachschriften der bewährten Reihe „Die Roten Hefte“ haben bereits ihren festen Platz bei der Feuerwehr gefunden. Mit der vorliegenden Neuauflage wird der Themenkreis auf den aktuellen Stand gebracht:

Heinz-Otto Geisel
Feuerwehr-Sprechfunk
Nr. 45, 6. Auflage

Ergänzungslieferung zu Sammelwerken

Birtb/Lemke/Poltbier
Handbuch Brandschutz
35.-38. Ergänzungslieferung
ecomед Verlagsgesellschaft,
86899 Landsberg

Grafe/Steegmann
Feuerwehrsicherheitsrecht
in Nordrhein-Westfalen
8. Ergänzungslieferung
Hütbig Fachverlage,
69121 Heidelberg

Brauer
Handbuch Atemschutz
57.-59. Ergänzungslieferung
ecomед Verlagsgesellschaft,
86899 Landsberg

Vogelbusch
Katastrophenschutz
in Arbeitsstätten
64.-65. Ergänzungslieferung
ecomед Verlagsgesellschaft,
86899 Landsberg

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postfach 20 03 51
53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesamt für Zivilschutz, Deutscherherrenstraße 93-95, 53177 Bonn

Verlag:
Bundesamt für Zivilschutz

Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint viermal jährlich: Mitte Februar, Mai, August und November. Redaktionsschluss ist jeweils der 10. des Vormonats.

Chefredakteur:
Hans-Walter Roth
Telefon (02 28) 940 - 1100
Telefax (02 28) 940 - 2981

Redaktion und Layout:
Paul Claes
Telefon (02 28) 940 - 1164
Telefax (02 28) 940 - 2981

Druck, Herstellung und Vertrieb:
Suhl-Druck GmbH + Co. KG
Schützenstraße 14
98527 Suhl
Telefon (0 36 81) 89 17 - 0
Telefax (0 36 81) 89 17 - 17

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 3,50
Abonnement jährlich DM 14,-
zzgl. Porto und Versandkosten.
Mitteilungen zum Versand bitte ausschließlich an die Druckerei richten.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.

Vom Vorbild zum Modell

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Von Wolfgang Jensch

Heute: Führungstruppfahrzeug (FüTrKw)

Aus dem ehemaligen Sanitätszug des Katastrophenschutzes ist die Einsatzinheit (EE) geworden, aus dem Zugtruppkraftwagen (ZTrKw) das Führungstruppfahrzeug. Ein solches Fahrzeug nimmt wie bisher den Führungstrup (Zugtrup) auf, ihm gehören neben dem Zugführer und seinem Stellvertreter ein Arzt und ein Führungshelfer an. Lediglich der Kfz-Typ hat sich vom Ford Transit (alt) zum modernen Ford Transit gewandelt.

Das Vorbildfahrzeug des DRK-Kreisverbandes Konstanz ist weiß lackiert und mit den Emblemen der Sanitätsorganisation versehen.

Das Modell

Als Grundmodell steht der Ford Transit Bus der Firma Rietze in verschiedenen Versionen zur Verfügung (z.B. Nr. 10520). Eine helle Grundfarbe (z. B. gelb) erleichtert das Umlackieren. Das Modell wird zerlegt. Dabei empfiehlt es sich, zur besseren Stabilität zunächst die beiden Teile des Chassis bzw. des Einrichtungsteiles zusammenzukleben. Auf das Fahrzeugdach (mittig, vorn) wird ein schmaler Blaulichtsockel in schwarz-matt geklebt (Herpa).

Dann kann die Karosserie in weiß-matt grundiert, später in weiß-glanz lackiert werden. Die Innenbereiche der Fensterauskleidungen (Dichtgummis) erhalten eine schwarz-matte Farbgebung, ebenso das komplette Fahrgestell (Stoßstangen, Kühlerfront), die Seitenspiegel, die Scheibenwischer und die Türgriffe.

Nach völligem Trocknen der Farben kann das Modell zusammengesetzt werden. Farbige Scheinwerfer bzw. Rückleuchten sind bereits enthalten, lediglich die Blinker sollten orange eingefärbt werden.

Damit wäre das Führungstruppfahrzeug (FüTrKw) bereits „gebaut“.

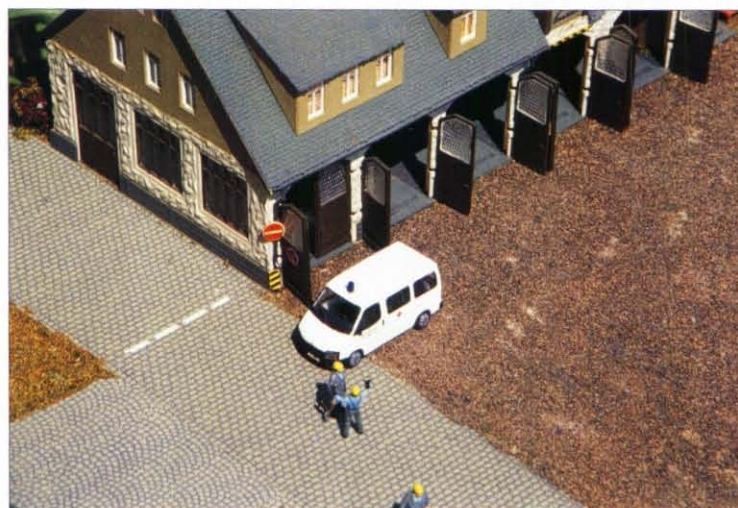


Ford Transit des DRK-Kreisverbandes Konstanz in weißer Lackierung.

Die Beschriftung erfolgt – wie immer in unseren Modellbeispielen – vorbildgerecht, hier mit den Emblemen des DRK. Die Firma Müller, Siegen, bietet in ihrer Produktpalette hierfür nahezu alle gängigen Beschriftungssets an.

Als Hinweis: Die multifunktionelle Einsatzinheit (EE) ist neben dem FüTrKw in der Sanitätsgruppe mit einem ATrKw (z. B. MB 609-Doppelkabine/Kastenaufbau, mit Hänger)

und zwei Sanitätsfahrzeugen (KTW-4-Tr, z. B. MB 208), in der Betreuungsgruppe mit zwei Bussen (z. B. MB 208, mit Hänger) und einem LKW (z. B. MB 608-Doppelkabine und Pritsche/Plane) und in der Gruppe „Technik und Sicherheit“ mit einem Gerätefahrzeug (z. B. VW-Doppelkabine/Geräteaufbau, mit Hänger) ausgestattet.



Der „kleine“ Ford im Maßstab 1 : 87 /H0.

ZULETZT

Die nächste Ausgabe des „Bevölkerungsschutz-Magazins“ erscheint am 15. Februar 1998

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: Suhl-Druck
Schützenstraße 14, 98527 Suhl
Vertriebskennzahl G 2766 E



Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1865 dem maritimen Such- und Rettungsdienst verschrieben. Das Einsatzgebiet der DGzRS erstreckt sich heute von der Emsmündung im Westen bis zur Pommerschen Bucht im Osten und mitunter in Zusammenarbeit mit den benachbarten Seenotrettern über diese Grenzen hinaus. Die Gesellschaft unterhält dafür eine Rettungsflotte auf über 50 Stationen entlang der Küsten und auf den Inseln – vom kleinen Seenotrettungsboot bis zum 44 Meter langen Seenotkreuzer.

Doch trotz modernster Technik bleibt der Mensch, seine Qualifikation und seine Bereitschaft, hinauszufahren, die wichtigste Voraussetzung für den erfolgreichen Einsatz. Rund 180 hauptamtliche und über 600 freiwillige Rettungsmänner versehen ihren Dienst unter der Flagge des Hansekreuzes. Sie kennen keine Saison, sie sind bei jedem Wetter, rund um die Uhr, klar zum Einsatz. Jahr für Jahr zählt die DGzRS mehr als 2000 Such- und Rettungsmaßnahmen. Dabei werden mehrere hundert Menschen aus Seenot gerettet oder aus lebensbedrohender Gefahr befreit. Seit Bestehen der Gesellschaft verdanken über 50 000 Menschen ihre Rettung dem Eingreifen der Seenotretter.

Unser Titelbild zeigt den Seenotkreuzer „Vormann Steffens“ auf Kontrollfahrt in der Nordsee, das Foto dieser Seite verdeutlicht den Grundsatz der Rettungsmänner, ständig präsent und wachsam zu sein (siehe auch Beitrag im Innern des Heftes). (Fotos: DGzRS)